



5. Sitzung

Mittwoch, 15. Dezember 1993

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Rolf Kruse und Zweite Vizepräsidentin Ulla Bussek

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin		Dank an ehemalige Senatsmitglieder	159 B
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	157 A	Wiederaufleben des Mandats	159 B
Ausscheiden aus dem Senat und Aufleben des Mandats (Traute Müller SPD)	157 A	(Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Wolfgang Curilla und Peter Zumkley, alle SPD)	
Ausscheiden eines Abgeordneten (Dr. Michael Selk SPD)	157 A	Dank an ausgeschiedene Abgeordnete	159 B
Ausscheiden aus dem Senat (Dr. Hans-Jürgen Krupp, Zweiter Bürgermeister)	157 A	(Monika Gawron, Günter Barnbeck und Dietrich Ellger, alle SPD)	
Ausscheiden aus der STATT-Partei- Fraktion (Gundi Hauptmüller)	157 B	Schreiben des Präsidenten des Senats an die Präsidentin der Bürgerschaft	159 C
Rücktritt des Senats	157 B	Geschäftsverteilung des Senats 1993	159 C
Antrag der Fraktionen der SPD und der STATT Partei:		Regierungserklärung des Senats	
Festsetzung der Zahl der Senatoren — Drs 15/183 —	157 C	Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister	160 A, 182 D
Beschluß	157 C	Besprechung	165 A
Antrag der Fraktionen der SPD und der STATT Partei:		Ole von Beust CDU	165 A
Wahl von Senatoren — Drs 15/184 —	157 C	Günter Elste SPD	169 C
Ergebnis	157 D	Krista Sager GAL	174 D
Vereidigung der gewählten Senatorinnen und Senatoren	158 C	Markus Wegner STATT Partei	179 A
		Birgit Schnieber-Jastram CDU	183 D
		Jan Ehlers SPD	185 A
		Dr. Martin Schmidt GAL	187 A
		Rotraut Verheyen STATT Partei	188 B
		Alexander Porschke GAL	189 D
		Nächste Sitzung	190 C

150

A Beginn: 16.02 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Guten Tag, meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich habe zunächst bekanntzugeben, daß Frau Traute Müller mir mit Schreiben vom 25. November 1993 ihr sofortiges Ausscheiden aus dem Senat mitgeteilt hat. Gleichzeitig hat Frau Müller bekundet, von ihrem Recht Gebrauch machen zu wollen, das während ihrer Amtszeit als Senatorin ruhende Bürgerschaftsmandat auszuüben.

Frau Müller, zunächst begrüße ich Sie zur Aufnahme Ihrer parlamentarischen Tätigkeit. Ich danke Ihnen gleichzeitig für Ihre bisherige Tätigkeit als Senatorin. Lassen Sie mich aus der Sicht dieses Hauses feststellen, daß Sie das Ihnen vom Senat übertragene Ressort, das verbunden war mit dem Aufbau einer neuen Behörde, mit großem persönlichen Engagement ausgeübt und dabei auch einen neuen Stil geprägt haben. Dafür möchte ich Ihnen danke sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wegen der Aufnahme des Mandats durch Frau Müller ist Herr Dr. Michael Selk aus der Bürgerschaft ausgeschieden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Oh, ist ja schade!)

Ich möchte Herrn Dr. Selk, der diesem Hause sieben Jahre angehört hat, für seine geleistete Arbeit im Namen des Hauses danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Zweite Bürgermeister, Herr Senator Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp, ist mit seiner Bestellung zum Präsidenten der Landeszentralbank für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg und der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zum 1. Dezember 1993 aus dem Senat ausgeschieden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Paßt ja alles ganz prima! — Ole von Beust CDU: Salomitaktik!)

Auch ihm möchte ich Dank sagen für die geleistete Arbeit und vor allem Geschick, Erfolg und Glück für die neue Aufgabe wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich habe Ihnen noch weitere Veränderungen bekanntzugeben: Frau Gundi Hauptmüller hat mir mit Schreiben vom 13. Dezember 1993 mitgeteilt, daß sie aus der STATT-Partei-Fraktion ausgeschieden ist und ihr Bürgerschaftsmandat als fraktionslose Abgeordnete aufrechterhält.

Ich habe Ihnen weiterhin bekanntzugeben, daß der Senat gestern zurückgetreten ist.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der STATT Partei — Dr. Roland Salchow CDU: Das war die beste von den Nachrichten! — Ole von Beust CDU: Dann können wir ja gehen!)

Sie haben sehr früh geklatscht. Nach Artikel 37 Absatz 1 der Hamburgischen Verfassung führt der Senat bis zur Wahl eines neuen Senats die Geschäfte weiter.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet auch, daß die Bürgerschaftsmandate der Senatsmitglieder bis dahin weiterhin ruhen.

Bevor ich den ersten Punkt aufrufe, habe ich noch mitzuteilen, daß im Einvernehmen mit dem Ältestenrat die Tages-

ordnung um die Punkte 3 a und 31 ergänzt worden ist. Die Unterlagen dazu sind Ihnen zugegangen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zur Tagesordnung. Ich rufe den Punkt 0.1 auf: Antrag der SPD- und der STATT-Partei-Fraktion zur Festsetzung der Zahl der Senatoren.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der STATT Partei: Festsetzung der Zahl der Senatoren — Drucksache 15/183 —]

Wer möchte diesen Antrag beschließen? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Das war einstimmig. Damit ist die Zahl der Senatorinnen und Senatoren auf zwölf festgesetzt.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 0.2: Antrag der SPD- und der STATT-Partei-Fraktion zur Wahl von Senatoren.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der STATT Partei: Wahl von Senatorinnen und Senatoren — Drucksache 15/184 —]

Da das Senatsgesetz in Paragraph 2 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, daß Frau Mack, Frau Vogel und Herr Scheelhaase abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Wilhelm den Stimmzettel mit einem Wahlumschlag entgegenzunehmen. Der Stimmzettel enthält zwölf Wahlvorschläge. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Nach der Wahlhandlung stecken Sie bitte den Stimmzettel in den Wahlumschlag und begeben sich dann zu Herrn Kämmerer, bei dem die Wahlurne steht — leer, wie Sie sich überzeugen können. Stecken Sie dann bitte Ihren Umschlag in die Wahlurne.

Ich darf nun Frau Mack bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)

Meine Damen und Herren! Nun frage ich zur Sicherheit, ob es einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete gibt, der oder die nicht aufgerufen worden ist und noch nicht gewählt hat. Dies ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß alle Abgeordneten aufgerufen worden sind.

Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.46 Uhr

Wiederbeginn: 17.40 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Stimmauszählung bekannt. Es wurden 119 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 118 Stimmzettel gültig und ein Stimmzettel ungültig. Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfielen folgende Stimmen:

Helgrit Fischer-Menzel: 64 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Werner Hackmann: 68 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen.

B

D

(Präsidentin Ute Pape)

A Professor Dr. Leonhard Hajen: 66 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Klaus Hardraht: 90 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Dr. Thomas Mirow: 64 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Rosemarie Raab: 64 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Professor Dr. Erhard Rittershaus: 91 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Ortwin Runde: 66 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Dr. Fritz Vahrenholt: 67 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Dr. Henning Voscherau: 65 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

(Beifall bei Günter Elste SPD — Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Eugen Wagner: 64 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

(Ingeborg Knipper CDU: Bei Wagner klatscht keiner!)

Dr. Christina Weiss: 67 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der STATT Partei und der CDU)

B Nach Artikel 34 der Hamburgischen Verfassung werden die Senatoren mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft gewählt. Für die Wahl sind deshalb mindestens 61 Ja-Stimmen erforderlich. Ich stelle fest, daß alle Kandidatinnen und Kandidaten dieses Erfordernis erfüllt haben und somit gewählt sind.

(Krista Sager GAL: Jetzt hätten Sie klatschen müssen! — Günter Elste SPD: Wissen Sie, geklatscht wird dann, wenn wir das wollen!)

Ich bitte die soeben Gewählten, auf den freien Platz vor dem Rednerpult zu kommen.

(Ole von Beust CDU: Zu knien! — Heiterkeit — Die Damen und Herren betreten den Plenarsaal — Beifall bei der SPD, der STATT Partei und der CDU)

Ich habe die Gewählten zunächst zu fragen, ob sie die Wahl annehmen. Ich frage der alphabetischen Reihenfolge nach.

Frau Fischer-Menzel.

(Helgrit Fischer-Menzel: Ja.)

Herr Hackmann.

(Werner Hackmann: Ja.)

Herr Professor Dr. Hajen.

(Dr. Leonhard Hajen: Ja.)

Herr Hardraht.

(Klaus Hardraht: Ja.)

Herr Dr. Mirow.

(Dr. Thomas Mirow: Ja.)

Frau Raab.

(Rosemarie Raab: Ja.)

Herr Professor Dr. Rittershaus.

(Dr. Erhard Rittershaus: Ja.)

Herr Runde.

(Ortwin Runde: Ja.)

Herr Dr. Vahrenholt.

(Dr. Fritz Vahrenholt: Ja.)

Herr Dr. Voscherau.

(Dr. Henning Voscherau: Ja.)

Herr Wagner.

(Eugen Wagner: Ja.)

Frau Dr. Weiss.

(Dr. Christina Weiss: Ja.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg hat jede Senatorin und jeder Senator vor Antritt des Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich werde Ihnen gleich den Wortlaut des Eides vorlesen. Anschließend bitte ich Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ einzeln nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

(Die Anwesenden erheben sich)

„Ich schwöre, daß ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senates obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will.“

Frau Helgrit Fischer-Menzel.

Senatorin Helgrit Fischer-Menzel: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Werner Hackmann.

Senator Werner Hackmann: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Professor Dr. Leonhard Hajen.

Senator Dr. Leonhard Hajen: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Klaus Hardraht.

Senator Klaus Hardraht: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Ute Pape: Herr Dr. Thomas Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Rosemarie Raab.

Senatorin Rosemarie Raab: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Professor Dr. Erhard Rittershaus.

C

D

A **Senator Dr. Erhard Rittershaus:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Ute Pape: Herr Ortwin Runde.

Senator Ortwin Runde: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Dr. Fritz Vahrenholt.

Senator Dr. Fritz Vahrenholt: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Ute Pape: Herr Dr. Henning Voscherau.

Senator Dr. Henning Voscherau: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Eugen Wagner.

Senator Eugen Wagner: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Dr. Christina Weiss.

Senatorin Dr. Christina Weiss: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Ute Pape: Sie haben damit alle den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich allen Senatorinnen und Senatoren eine glückliche Hand in der Amtsführung und Erfolg im Interesse aller Bürger unserer Stadt.

(Beifall bei allen Fraktionen — Glückwünsche und Blumen zur Wahl der Senatorinnen und Senatoren, dazu überreichen die Abgeordneten der STATT Partei Sparschweine — Glocke)

B

Meine Damen und Herren! Nach den ersten stürmischen Beglückwünschungen wird der Senat nun zu seiner Konstituierung, der Wahl seines Präsidenten und Regelung seiner Geschäftsverteilung zusammentreten. Vereinbarungsgemäß wird die Sitzung der Bürgerschaft solange unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn unserer Sitzung durch Klingel- und Hupzeichen aufmerksam machen. Die Sitzung ist hiermit unterbrochen.

Unterbrechung: 17.55 Uhr

Wiederbeginn: 18.25 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Mit der soeben durchgeführten Neuwahl des Senats sind drei Senatsmitglieder endgültig aus dem Senat ausgeschieden, und zwar Frau Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Herr Wolfgang Curilla und Herr Peter Zumkley. Frau Dr. Peschel-Gutzeit und meine Herren, ich darf Ihnen — das darf ich wohl im Namen des ganzen Hauses sagen — den Dank der Bürgerschaft dafür aussprechen, daß Sie in schwieriger Zeit Ihre Pflicht in Ihren schwierigen Ämtern erfüllt haben. Für alle drei aus dem Senat Ausgeschiedenen endet damit das Ruhen ihrer Bürgerschaftsmandate. Ich begrüße Sie nunmehr als Mitglieder dieses Hauses.

(Beifall bei allen Fraktionen und bei *Gundi Hauptmüller fraktionslos*)

Dadurch sind Frau Monika Gawron, Herr Günter Barnbeck und Herr Dietrich Ellger aus der Bürgerschaft ausgeschieden. Ich danke Ihnen für Ihre bisherige Mitarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen und bei *Gundi Hauptmüller fraktionslos*) C

Mir ist soeben ein Schreiben des Präsidenten des Senats zugegangen. Dieses hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, daß der neugewählte Senat in seiner ersten Sitzung mich zu seinem Präsidenten, Ersten Bürgermeister, und Herrn Professor Dr. Erhard Rittershaus zu meinem Stellvertreter, Zweiten Bürgermeister, gewählt hat.

Der Senat hat ferner die anliegende Geschäftsverteilung beschlossen.“

Diese gebe ich Ihnen hiermit auch zur Kenntnis:

„*Geschäftsverteilung des Senats 1993*

Senatsämter und Fachbehörden

I. *Senatsämter*

Senatskanzlei	Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
	Chef der Senatskanzlei Senator Dr. Thomas Mirow
Staatsarchiv	Senator Dr. Thomas Mirow
Senatsamt für den Verwaltungsdienst	Senator Werner Hackmann
Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	Senator Dr. Thomas Mirow
Senatsamt für die Gleichstellung	Senatorin Dr. Christina Weiss

D

II. *Fachbehörden*

Justizbehörde	Senator Klaus Hardraht
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung	Senatorin Rosemarie Raab
Behörde für Wissenschaft und Forschung	Senator Professor Dr. Leonhard Hajen
Kulturbehörde	Senatorin Dr. Christina Weiss
Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Senatorin Helgrit Fischer-Menzel
Stadtentwicklungsbehörde	Senator Dr. Thomas Mirow
Baubehörde	Senator Eugen Wagner
Wirtschaftsbehörde	Zweiter Bürgermeister Professor Dr. Erhard Rittershaus
Behörde für Inneres	Senator Werner Hackmann
Umweltbehörde	Senator Dr. Fritz Vahrenholt
Finanzbehörde	Senator Ortwin Runde“

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Senats beabsichtigt, eine Regierungserklärung abzugeben.

Das Wort hat Herr Erster Bürgermeister Dr. Voscherau.

A Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Knapp drei Monate sind vergangen, seit die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs gewählt haben, drei Monate, die im Zeichen des Bemühens standen, für unsere Stadt fruchtbare Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis der Wahlen zu ziehen. Nicht wenige in Hamburg werden sich gewünscht haben, daß die Regierungsbildung in kürzerer Frist erfolgt. Mit gutem Recht wurde darauf hingewiesen, daß drängende sachliche Probleme auf eine Lösung warten.

Aber hätte man wirklich nach diesem denkwürdigen 19. September 1993 rasch zur Tagesordnung übergehen und so tun sollen, als sei nichts eigentlich Wichtiges geschehen? Tatsache ist doch: Die SPD blieb zwar die mit Abstand stärkste politische Kraft in Hamburg, verlor aber mit 7,6 Prozent die absolute Mehrheit der Sitze. Das Ergebnis der CDU kommt einem Absturz gleich. Die GRÜNE/GAL konnte ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Die F.D.P. scheiterte an der 5-Prozent-Hürde. Dafür gelang es der Wählervereinigung STATT Partei, aus dem Stand acht Abgeordnete in die Bürgerschaft zu entsenden. Vor allem aber dürfen wir nicht vergessen: 44,8 Prozent aller Wahlberechtigten sind in dieser Bürgerschaft nicht vertreten. Auch wenn STATT Partei und SPD — damals im September bekanntlich mit tatkräftiger Hilfe unseres Ehrenbürgers Helmut Schmidt — einen sehr konsequenten Anti-rechts-Wahlkampf geführt haben, so ist es im wesentlichen glücklichen Umständen zu verdanken, daß jetzt hier keine rechtsextremistischen Abgeordneten sitzen. Republikaner und DVU sind zwar an der 5-Prozent-Hürde gescheitert, zusammengenommen aber haben sie 7,6 Prozent der Stimmen erzielt. Ich bleibe deshalb dabei: Diese Wahl war eine Art letzter Abmahnung an die Parteiendemokratie. Deshalb mußten und müssen nachhaltige Konsequenzen gezogen werden, und zwar inhaltlich, aber auch in der Art und Weise, wie wir politisch handeln und miteinander umgehen.

Der Auftrag der Wählerinnen und Wähler war eindeutig. Die SPD sollte zwar weiter Regierungsverantwortung tragen, aber nicht allein, sondern mit einem Partner. Die Bildung eines solchen Bündnisses, einfach so, nach Adam Riese, zweckfrei, ohne Rücksicht auf Inhalte, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Um eine stabile, verlässliche Zusammenarbeit vereinbaren zu können, müssen zunächst die anstehenden Sachfragen sorgfältig geklärt werden. Das hat große, zuweilen schmerzliche Mühen bereitet, Enttäuschungen bewirkt.

Mehrere Wochen hat es — sehr intensive — Verhandlungen mit der GAL über eine Koalition gegeben. Am Ende dieser Verhandlungen, die nicht von der SPD abgebrochen wurden, stand aber letztlich das Ergebnis, daß keine politisch tragfähige Brücke zu bauen war. In wichtigen, für die Zukunft der Stadt zentralen Fragen gab es keine gemeinsamen Antworten. Diese Fragen hatten — jedenfalls aus meiner Sicht — wenig mit parteipolitischen Positionen zu tun, aber um so mehr mit der Wahrnehmung ökonomischer Zusammenhänge und Realitäten der Stadt. Die Beurteilung der Notwendigkeiten und Realitäten war offenkundig zu verschieben, obwohl in den Verhandlungen Kompromisse erarbeitet wurden, die die sozialdemokratische Seite voll und ganz mitgetragen hätte. Einige von ihnen sind jetzt zum Bestandteil der Kooperationsvereinbarung zwischen SPD und STATT Partei geworden.

Die Verhandlungen zwischen SPD und GAL sind gescheitert, vergeblich waren sie nach meiner Überzeugung nicht.

Ich glaube, wir haben in diesen Gesprächen voneinander lernen können. Und über manches — das will ich ungeschmälert hier öffentlich sagen — hat sich eingehender und weiterführender reden lassen, als es die Rituale von Regierung und Opposition sonst zulassen.

Die jetzt vereinbarte Kooperation von SPD und STATT Partei, die soeben das Vertrauen der Bürgerschaft gefunden hat, stellt ihrerseits eine tiefgreifende Konsequenz aus der Bürgerentscheidung vom 19. September 1993 dar. Das bundesweite Interesse daran belegt: Hier ist eine ganz neue, interessante politische Kombination entstanden: Auf der einen Seite eine 130 Jahre alte Partei, die noch immer mehr als jede andere für sich beansprucht, Volkspartei zu sein, auf der anderen Seite eine Wählervereinigung aktiver, couragierter, verantwortungsbewußter Bürgerinnen und Bürger, deren demokratisches Engagement insbesondere dem Aufbrechen von verkrusteten Strukturen in unserem politischen und öffentlichen Leben gilt. In schwieriger Zeit wollen wir also Neues wagen und einen auf Landesebene noch nie gegangenen Weg beschreiten, einen Weg mit Risiken und Chancen.

Wir werden es mit einem dramatischen Aufgabenwandel zu tun bekommen. Die Wirtschaft unseres Landes steht inmitten der tiefsten Rezession seit 1948. Der internationale Wettbewerb hat sich dramatisch verschärft. Jeden Monat verlieren Tausende ihren Arbeitsplatz und damit die Grundlage ihrer bürgerlichen Existenz. Zeitgleich müssen die Folgen der deutschen Teilung bewältigt werden, muß der wirtschaftliche und soziale Aufbau in den östlichen Ländern bewältigt werden. Nicht ausschließlich, aber doch wesentlich ist aus dieser besonderen Lage die Vertrauenskrise der Parteiendemokratie in unserer Republik — West wie Ost — erwachsen.

Die von SPD und STATT Partei abgeschlossene und veröffentlichte Kooperationsvereinbarung ist eine verantwortliche Antwort auf diese Herausforderungen unserer Stadt. Ich meine, die Lektüre der nachprüfbaren Vereinbarungen lohnt; ich beziehe mich hier darauf und möchte sie in fünf Schwerpunkte zusammenfassen:

Erstens: Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ausbauen und den öffentlichen Sektor modernisieren.

Zweitens: Zukunft, Arbeitsplätze und Attraktivität Hamburgs sichern und ausbauen.

Drittens: Die Probleme der wachsenden Stadt lösen.

Viertens: Solidarität und soziale Gerechtigkeit stärken.

Fünftens: Die Finanzlage der öffentlichen Hand konsolidieren.

Zum ersten Thema: Die Anpassung unserer Regierungs- und Verwaltungsstrukturen an die Erfordernisse einer modernen Demokratie mit kenntnisreichen und selbstbewußten Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist überfällig.

Die Kooperationspartner werden sich deshalb gemeinsam für eine weitreichende Verfassungs- und Parlamentsreform einsetzen. Grundlage dieser Bemühungen sind dabei die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Parlamentsreform“. Natürlich werden wir alles dafür tun, um im Gespräch mit den anderen Fraktionen dieses Hauses ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung in wichtigen Fragen zu erzielen.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

- A Unser Ziel ist eine über die Empfehlung der Enquete-Kommission hinausgehende Verkleinerung des Parlaments, wobei eine Teilprofessionalisierung der Bürgerschaft geprüft werden soll. Um Mißlichkeiten, die in vielen Parlamenten in Deutschland entstanden sind, künftig zu vermeiden, plädieren wir für die Einsetzung einer externen Diätenkommission.

Mit dem Ziel, den Bürgern direkte und stärkere Mitwirkungs-chancen zu eröffnen, treten wir auf Landesebene für Direkt-wahlkreise und für Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ein. Die Einführung entsprechender Wahl-verfahren — Kumulieren, Panaschieren — könnte die Ein-flußmöglichkeiten der Wähler stärken.

Zur Modernisierung und Effizienzsteigerung wird eine Neuorientierung des gesamten öffentlichen Sektors vorbe-reitet. Als Grundlage für eine schlüssige Aufgabenanalyse und Zieldefinierung soll eine Erfassung der gegenwärtigen Tätigkeiten und Mitteleinsätze durchgeführt werden.

Die Kooperationspartner streben gemeinsam die Umstruk-turierung der Bezirksverwaltung einschließlich der Neuord-nung des Haushaltswesens der Bezirke bis zum Ende der Legistaturperiode an.

Für diese Reform stehen die abgeschlossenen Vorarbeiten des Senats aus der vergangenen Wahlperiode, über die er bereits Beschluß gefaßt hatte, zur Verfügung, werden aber nicht Bedingung.

Die Ausgliederung und Verselbständigung von Verwal-tungseinheiten mit Ergebnisverantwortung, zum Beispiel Stadtreinigung, Stadtentwässerung, Krankenhäuser, Pfl-geheime, werden weiter vorangetrieben.

- B Die Einbeziehung Privater und neue Formen von Public-Private-Partnership werden sorgfältig geprüft.

Das Personalvertretungsgesetz wird novelliert.

Zur zweiten Thematik: Die wohl wichtigste Aufgabe, die sich uns allen gemeinsam und auch gemeinsam mit allen ande-ren Ländern, den übrigen Gemeinden und dem Bund, stellt, lautet in den kommenden Jahren: alles zu tun, um die Menschen in Hamburg in Lohn und Brot zu halten, ihnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben sowie Zu-kunft und Arbeitsplätze Hamburgs in wettbewerbsfähigen Unternehmen und Strukturen zu sichern und auszubauen.

Die tiefgreifende Struktur- und Konjunkturkrise in Deutsch-land geht auch an Hamburger Unternehmen längst nicht mehr spurlos vorbei, selbst wenn wir es bisher noch ge-schafft haben, die Krise in Hamburg erheblich zu dämpfen, selbst wenn wir noch immer deutlich weniger als andere davon betroffen sind.

Für die Zukunft der Menschen bleibt es deshalb vordring-lich, die Stadt als Arbeitsplatz, als Wirtschaftsstandort zu sichern und auszubauen. Dazu gehört vor allem, die Infra-struktur — von Verkehrssystemen bis zur Forschung — so zu fördern und weiter auszubauen, daß die Rahmenbedin-gungen für wettbewerbsfähige Betriebe in Industrie und Handwerk und für den immer wichtiger werdenden Dienst-leistungssektor stimmig sind.

In diesem Zusammenhang ist unter anderem ein strategi-sches Gesamtverkehrskonzept erforderlich. Den notwendi-gen laufenden Strukturwandel zu bestehen, bleibt die Auf-gabe der Unternehmen selbst. Das kann ihnen niemand abnehmen, aber wir können von Fall zu Fall helfen.

Hamburg als Welthandelszentrum und Hafenstadt darf nicht ausgerechnet nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Wiedergewinnung seines angestammten Hinter-landes die Quellen versiegen lassen, von denen unsere Stadt über Generationen hauptsächlich gelebt hat und in Zukunft im Zusammenwirken mit anderen Wettbewerbsvor-teilen wieder stärker leben will.

Die zügige Hafenerweiterung in Altenwerder ist aus diesem Grund und wegen des Strukturwandels vom Hafenum-schlag zum Logistikzentrum für unsere Stadt lebenswichtig. Auch die innere Umstrukturierung des Hafens, die Restruk-turierung seiner Flächen — und damit ein flächenschonender Umgang mit dieser Ressource — und die Modernisie-rung der Infrastruktur des Hafens werden wir vorantreiben.

Außen- und Unterelbe werden abschnittsweise so vertieft, daß auch vollbeladene Containerschiffe der vierten Gene-ration mit einem Tidfenster von mindestens zwei Stunden den Hafen erreichen und verlassen können.

In Altenwerder und Hamburg-Ost werden Güterverteilzen-tren gebaut.

Unternehmen brauchen eine verlässliche Perspektive. Sie können deshalb davon ausgehen, daß wir jährlich etwa 30 Hektar Gewerbeflächen in der Stadt zu erreichen suchen werden, soweit möglich, auch durch Flächenrecycling.

Die vierte Elbtunnelröhre wird gebaut. Die Ortsumgehung Fuhsbüttel wird weiter gebaut.

(Zuruf von Dr. Martin Schmidt GAL — Krista Sager GAL: Mal sehen, was die Gerichte dazu sagen!)

— Lieber Herr Dr. Schmidt,

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie weisen uns auf die Gerichtsbarkeit. Und daß Sie darüber lachen, will ich nicht bewerten, obwohl mir ge-legentlich danach zumute ist, sondern ich möchte darauf hinweisen, daß schon mein Vor-, Vor-, Vorgänger, der da-malige Bürgermeister Peter Schulz, zu Recht immer den alten Satz zitiert hat, auf See und vor Gericht sei man in Gottes Hand. Das ist der exekutiven Gewalt entzogen, wie Sie wissen — übrigens säßen wir sonst in dieser neuen Zusammensetzung heute nicht hier.

Sowohl die vierte Elbtunnelröhre als auch die Ortsumge-hung Fuhsbüttel werden mit Lärmschutz gebaut.

(Krista Sager GAL: Es ist gesetzlich vorgeschrie-ben!)

Die Flughafenanbindung an die A 7 wird zügig aufgenom-men.

Das ÖPNV-Angebot soll weiter verbessert werden, ohne daß der Kostendeckungsgrad weiter sinkt. Die S-Bahn-Anbindung des Flughafens wird so schnell wie möglich verwirklicht.

Für Studenten wird ein Semester-Ticket angeboten. Es wird so ausgestaltet, daß es zu keinen zusätzlichen Aufwendun-gen bei der Finanzierung des ÖPNV kommen muß.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sagen Sie doch, was Sie nicht machen, das geht schneller!)

— Herr Ehlers, über die Privatisierung der Sprinkenhof, ja oder nein, reden wir heute noch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

- A Zur weiteren Entlastung der Stadt vom Autoverkehr wollen wir das Fahrradfahren in Hamburg im Rahmen des finanziell leistbaren und bei strikter Wahrung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer fördern und erleichtern.

Ressourcenschutz und Fortentwicklung des Natur- und Landschaftsschutzes werden auch weiterhin ein besonderes Anliegen des Senats sein. Die guten Erholungsmöglichkeiten in der Stadt sind nicht zuletzt als hervorragender grüner Standortvorteil zu erhalten und zu fördern.

Die hohen Standards des Hamburger Umweltschutzes bilden die Grundlage für die Lebensqualität in der Stadt. Sie werden gesichert und fortentwickelt; dazu gehört auch eine an ökologischen Kriterien ausgerichtete Entsorgungswirtschaft. Die Altlastensanierung wird zur Abwehr von Gefährdungen und zum Recycling von Flächen prioritär fortgesetzt.

Höchstmögliche Sicherheit für Mensch und Umwelt, Energiesparen, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise sind die wichtigsten Ziele unserer Energiepolitik. Das Risiko der Kernenergie ist zu hoch. Daher streben wir so schnell wie menschenmöglich einen Ausstieg aus der Kernenergie an. Die Kündigung des Kernkraftwerks Brunsbüttel wird im Jahre 1996 mit Wirkung für 1999 vorbereitet und anhand folgender Kriterien geprüft und zur Entscheidung aufbereitet:

Voraussetzungen sind gesicherter Strombezug, zum Beispiel aus dem Norwegen-Vertrag mit Wasserkraftstrom über ein Kabel, ein Standort für ein konventionelles Kraftwerk in Schleswig-Holstein und die Tragbarkeit der finanziellen Belastungen. Wir wollen diese Vorgehensweise und weitergehende Optionen auf eine stabile Basis stellen und streben daher mit unseren Nachbarn und der norddeutschen Energiewirtschaft eine konzertierte norddeutsche Energiestrategie an.

B

(Dr. Roland Salchow CDU: Hört sich toll an! —
Günter Elste SPD: Nur kein Neid, Herr Kollege!)

— Kann auch toll werden, Herr Salchow.

Auf eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Umland ist das regionale Entwicklungskonzept gerichtet, an dem energisch gearbeitet wird. Bis zum Sommer 1994 soll die erste Stufe des Konzepts vorliegen.

Die guten Kontakte des Senats zu Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften wollen wir pflegen und ausbauen. Die wirtschaftspolitische Gesprächsrunde macht zwar — gut hanseatisch — nicht viel Aufhebens von sich, ist aber sehr erfolgreich, und schon heute früh ist die Fortsetzung dieser wirtschaftspolitischen Gesprächsrunde, die bekanntlich aus Senatsvertretern, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften zusammengesetzt ist, besprochen worden.

Bei notwendigen Strukturanpassungen werden wir, wie schon bisher, gemeinsam nach Lösungen suchen. Gerade in Krisenzeiten — daß wir diese haben und zunehmend bekommen, kann wohl niemand übersehen — muß man arbeitsplatz- und unternehmensfreundliche Strategien mit langem Atem durchhalten sowie neue entwickeln und umsetzen, um die wirtschaftliche Zukunft Hamburgs zu sichern. Alle nötigen Eckpunkte dafür haben SPD und STATT Partei vereinbart.

Eine gute Zukunft der Stadt ist ohne eine lebendige, vielfältige, den Horizont öffnende Kultur nicht denkbar. Kultur, die Anstöße gibt und uns immer wieder neu inspiriert, gehört

zum großstädtischen Leben. Was die Breite, die Lebendigkeit und die Kreativität des kulturellen Angebots betrifft, braucht Hamburg den Vergleich mit keiner anderen europäischen Metropole zu scheuen. Die Realisierung der in der 14. Legislaturperiode beschlossenen Investitionsprogramme kann erfolgen, der Bestand von Kampnagel wird gesichert, und wir werden darauf hinwirken, das Angebot an bürgernaher Kultur auszubauen.

C

Zum dritten Themenfeld: Hamburg ist eine wachsende Stadt. Zwischen 1988 und April 1993 hat die Bevölkerung um mehr als 100 000 Menschen zugenommen — eine komplette Großstadt in dieser kurzen Zeit. In den kommenden Jahren müssen wir mit weiterem, für Hamburg kaum überschaubarem Zuzug rechnen. Mit den sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung für die Städte und in Stadtteilen, zumal in den Armutsbrennpunkten, wird die kommunale Ebene in ihrer finanziellen Ausstattung und den Steuerungsinstrumenten allein gelassen. „Aufschrei der Städte“ nannte das jüngst der Deutsche Städtetag.

Das stellt uns vor schwer zu bewältigende Probleme und Anforderungen. Wir brauchen neue Wohnungen, neue Arbeitsplätze, mehr Schulen und mehr Kindertagesstätten. Lösungsstrategien für diese brisanten Aufgaben gilt es in einer den Menschen gerecht werdenden, in einer umwelt- und sozialverträglichen Stadtentwicklungspolitik sinnvoll aufeinander abzustimmen. In den Armutsbrennpunkten müssen wir gegensteuern, bevor sie sich verfestigen und bevor es zu spät ist.

Die städtischen Funktionen Arbeiten, Wohnen, Verkehr, Versorgung und Freizeit müssen auf die Anforderungen einer wachsenden Stadt ausgerichtet und mit den natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht werden. Dies erfordert sparsamen Umgang mit Flächen und besondere Anstrengungen im Umweltschutz. Das grüne Gesicht unserer Stadt soll erhalten bleiben. Hamburg hat hier vielleicht bessere Voraussetzungen als fast jede andere europäische Großstadt. Dieses Potential gilt es zu nutzen und zu entwickeln.

D

Das erfolgreiche Wohnungsbauprogramm wird mit ganzer Kraft fortgesetzt. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen etwa 25 000 Wohnungen hinzukommen. Für den überwiegenden Teil dieser Wohnungen sollen öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Wir wollen dabei den öffentlich geförderten Wohnungsbau mehr für breite Schichten öffnen, zum Beispiel durch Ausweitung des dritten Förderweges mit seinen wirklichkeitsnäheren Einkommensgrenzen, ohne die Einkommensschwachen zu benachteiligen. Wir wollen im Wohnungsbau wie auch in der Verkehrsplanung Standards entwickeln, um den Lebensraum Stadt insgesamt kinderverträglicher zu gestalten.

Wir werden Wohnungsneubau- und -bestandspolitik kombinieren, zum Beispiel in Form eines Belegungsbindungs- tauschs, um mit diesem begrenzten Mittel eine etwas gleichmäßigere Verteilung der Belegungsrechte über die Stadt zu erreichen. Gerechte soziale Mischung sichert soziale Stabilität in den Stadtteilen und gerechten Ausgleich zwischen den Stadtteilen.

Der Senat wird 1994 über 4000 neue Kindergartenplätze, vorwiegend für Drei- bis Sechsjährige, schaffen; das sind 1500 Plätze mehr als im KTH III vorgesehen. Das ist ein zusätzlicher Schritt auf dem Weg zur Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Dieser Anspruch wird sich aber in der Realität nur einlösen lassen, wenn alle,

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

- A Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und so weiter, eine große, gemeinsame Anstrengung dafür unternehmen. Den beiden großen Kirchen bin ich dankbar für die am 10. September 1993 unterzeichneten Vereinbarungen.

Mehr denn je gilt, daß Lebenschancen nur durch eine gute Ausbildung verwirklicht werden können. Kinder und Jugendliche müssen gleiche Chancen und auch gleichberechtigte Teilnahmemöglichkeiten an Förderung haben. Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist eine der ganz wesentlichen Bedingungen für die gute Zukunft unserer Stadt.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird voraussichtlich bis zum Jahr 2000 um etwa 28 000 steigen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die engen finanziellen Spielräume werden wir prüfen, ob Schulgebäude, die zwischenzeitlich anderweitig genutzt werden, wieder in Schulen zurückverwandelt werden können.

Zu einem qualifizierten Ausbildungssystem gehört vor allem qualifizierter Lehrernachwuchs. In den Bereichen, in denen Mangel besteht, wollen wir mit gezielten Maßnahmen qualifiziertes Personal hinzugewinnen.

Wissenschaft und Forschung brauchen langfristige, verlässliche Rahmenbedingungen. Daher halten wir das 1992 vorgelegte Struktur- und Entwicklungskonzept für eine sinnvolle Rahmenvorgabe, die im Sinne einer hochschul- und studentenfreundlichen Politik weiterentwickelt werden soll. Aus einem aktuellen Anlaß wegen der letzten Tage möchte ich hinzufügen: Auch der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hält das Verhalten der Bundesregierung auf dem Gebiet der Hochschulbaufinanzierung für unzureichend.

(Martin Jörß GAL: Die meinen aber auch Sie!)

- B Das vierte Thema: Gleichberechtigung von Mann und Frau, soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen bilden für den Senat unverzichtbare Ziele. Wir wissen nur zu gut, daß es an tatsächlicher Gleichberechtigung von Mann und Frau im Beruf wie im privaten Sektor weithin noch fehlt. Im öffentlichen Dienst werden wir deshalb Schritt für Schritt wirksame Frauenförderpläne umsetzen und den Anteil qualifizierter Frauen erhöhen, bis er dem weiblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Mit geeigneten Maßnahmen, wie Anreizen und Auflagen im Rahmen bestehender Förderprogramme und öffentlicher Aufträge, wollen wir auch die Qualifizierung von Frauen und ihre berufliche Gleichstellung in der Hamburger Wirtschaft unterstützen.
- Geeignete Gestaltung und ausreichendes Angebot von Wohnungen sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß Frauen ihr Leben eigenständig ausrichten können. Wir werden daher eine entsprechende Ausgestaltung des Wohnraums und der Wohnumwelt unterstützen.
- Die Regelung zu Paragraph 218 werden wir in Hamburg auch zukünftig so frauenfreundlich wie möglich anwenden.
- Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt und sexuellem Mißbrauch geworden sind, können auch weiterhin unserer Hilfe gewiß sein.
- Das Hilfs- und Betreuungsangebot insbesondere für alleinerziehende Frauen soll im Rahmen der Bekämpfung von sozialen Armutsbrennpunkten verbessert werden.
- Eine Stadt gedeiht nur auf dem Fundament sozialen Friedens. Einkommensschwache und Arme werden wir mit gezielten Maßnahmen unterstützen.

Obdachlosigkeit wollen wir energisch — übrigens auch vorbeugend — bekämpfen. Für Wohnungslose, für Obdachlose, für Kriegsflüchtlinge werden verstärkt dezentrale und kostengünstige Unterbringungsmöglichkeiten gesucht; möglicherweise lassen sich dafür auch freiwerdende Container-Dörfer nutzen, sofern sie geeignet sind und es rechtlich zulässig ist.

Die Stadt hat sich vorgenommen, 3000 ABM-Stellen zu fördern und in 1575 Fällen Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer zu zahlen. Daneben wird das kommunale Beschäftigungsprogramm „Tariflohn statt Sozialhilfe“ nach Paragraph 19 BSHG für mindestens 1600 Personen fortgesetzt.

Um den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollen wir stärker mit privaten Betrieben zusammenarbeiten, Stichwort: Beschäftigungsbrücken.

Um Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, prüfen wir die Einrichtung sozialer Betriebe nach niedersächsischem Vorbild.

Das Hamburger Ausbildungsprogramm HAP für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß — das ist bekanntlich eine schwere Bürde für das Schicksal eines Menschen — wird angesichts des rezessionsbedingten Abbaus von Ausbildungsplätzen fortgeführt.

Um rasch und auch unkonventionell auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen reagieren zu können, wollen wir die Zusammenarbeit der Sozialpartner bei Aus-, Fort- und Weiterbildung intensivieren und weiterentwickeln. Diese Zusammenarbeit war auch in den vergangenen Jahren erfolgreich, wie Sie sicher alle wissen.

Rechtmäßig in Hamburg lebende Ausländerinnen und Ausländer wollen wir so weit wie möglich in unsere gesellschaftliche Ordnung integrieren, zum Beispiel durch eine doppelte Staatsbürgerschaft, durch ein Antidiskriminierungsgesetz und durch die Erleichterung des Ehegattennachzugs, natürlich unter Ausschluß von Mißbrauchsmöglichkeiten.

Darüber hinaus haben wir vereinbart, im Bundesrat den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes einzubringen, das die Zuwanderung in die Bundesrepublik endlich klar regelt — wenn Sie so wollen, das Faktum ehrlich macht, daß die Bundesrepublik in der Realität längst zum Einwanderungsland geworden ist — und zugleich auf ein sozialverträgliches Maß begrenzt.

Hamburgs Weg in der Drogenpolitik ist international anerkannt. Der Senat wird daher weiterhin alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, um Drogenabhängige zu entkriminalisieren. Vorsorgemaßnahmen in den Schulen und in der Jugendarbeit werden wir verstärken. Die Prävention werden wir weiter entstaatlichen.

Viele Menschen, meine Damen und Herren, fühlen sich heute von Gewalt und Kriminalität bedroht. Beides gilt es zu bekämpfen, um das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Sicherheit und Unversehrtheit zu wahren.

Die Polizei steht bei der Bekämpfung der Kriminalität immer am Ende einer Ursachenkette. Der Senat wird deshalb die Ursachen von Kriminalität bekämpfen und zugleich alle geeigneten Maßnahmen prüfen, die im Bereich der Prävention künftige kriminelle Delikte verhindern helfen. Der Senat, die hauptsächlich betroffenen Ressorts und Kollegen werden wirksame Strategien zur Kriminalitätsvermeidung entwickeln.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A (Ole von Beust CDU: Zügig!)

— Wer war das? Herr von Beust!

(Ole von Beust CDU: Ich wollte nur weiterhelfen!
Man hilft ja gern!)

Das hört der Senat von seiner getreuen Opposition gern, verehrter Herr von Beust.

(Krista Sager GAL: Das mit der „getreuen“ hört sich gut an!)

Wir würden das sehr gern zügig entwickeln und auch lösen, aber fürchten wir uns alle vor den demokratischen und gesellschaftlichen Folgen falscher Versprechungen auf diesem Gebiet internationaler Zuspitzung von Gewalt und Kriminalität in den industrialisierten Ländern und verfallen wir nicht in den Fehler, so zu tun, als handle es sich dabei um Berlinensien, Frankfurtersien und Hamburgensien. Das ist nicht die zentrale Ursache.

Es ist nicht allein damit getan, die Polizei zu verstärken, allerdings gehört es dazu. Vor allem kommt es darauf an, daß die Polizei mehr Präsenz im Alltag zeigen kann. Der tägliche Polizeidienst soll daher stärker auf das Bedürfnis der Bürger nach sichtbarer Polizei ausgerichtet werden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Aha!)

Wir wollen dies unter anderem dadurch erreichen, daß wir Revierwachen und Kriminalkommissariate vor Ort weiter integrieren. Die personelle Lage der Polizei wird verbessert, insbesondere durch Umorganisation. Entsprechende Ausstattungen und die Entlastung von hoheitlichen Aufgaben, zum Beispiel Personen- und Objektschutz durch private Wachdienste, kommen hinzu.

B Auch die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, der Strafvollzug müssen in ihrer Funktionalität gesichert werden. Nur eine funktionsgerecht ausgestattete dritte Gewalt kann die ihr von der Verfassung, von der gewaltenteiligen Verfassungsordnung zugewiesene Aufgabe erfüllen, den Rechtsstaat zuverlässig zu schützen und zu sichern, den Rechtsfrieden zu wahren.

Zum fünften Themenfeld: Tatsache ist, die Lage der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik spitzt sich seit Jahren besorgniserregend zu. Mitglieder der Bundesregierung sprechen über Parteigrenzen hinweg von einer — ich zitiere wörtlich — „katastrophalen Lage“. Senat und Bürgerschaft hingegen konnten 1989 Rücklagen bilden.

(Antje Blumenthal CDU: Warum?)

Jetzt aber erreichen die Einnahmeausfälle der Steuerschätzung auch uns. Die Lage des Hamburger Haushalts verschlechtert sich deutlich. Die Gründe sind hinreichend bekannt: die wirtschaftliche Rezession, zunehmende Arbeitslosigkeit, Verlagerung von sozialen Leistungen von Bundesebene auf die Gemeinden und der hamburgische Anteil an der Finanzierung der deutschen Einheit.

Nach den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung aus November müssen wir mit enormen Einnahmeverlusten rechnen. Die Steuerschätzung vom November hat ergeben, daß die zu erwartenden Steuereinnahmen 1993 um rund 188 Millionen DM und 1994 um rund 633 Millionen DM geringer ausfallen werden, als noch vor wenigen Monaten, im Mai 1993, geschätzt worden war. Über 800 Millionen Rückgang der Einnahmeerwartungen in sechs Monaten, das zeigt, wie die Lage ist, und es zwingt zu strenger Ausgaben- und Disziplin in der Finanzpolitik.

C Für den Haushalt 1994 streben die Kooperationspartner daher zusätzlich zu den Konsolidierungsmaßnahmen, die bereits im Planentwurf des Senats enthalten sind, weitere Sparmaßnahmen an in Höhe von insgesamt 300 Millionen DM, davon bis zu 100 Millionen DM im Betriebshaushalt. Sicherstellen werden wir dabei, daß insbesondere die wichtigen, den Standort sichernden Investitionen für die Stadt erfolgen. Die Kooperationspartner haben angesichts dieser Lage auch gemeinsam festgehalten, daß für alle Vorhaben, die in ihrer Vereinbarung enthalten sind, der selbstverständliche und übliche Finanzierungsvorbehalt gelten muß.

Nachdem heute der Senat gewählt wurde, wird er eine Kommission bilden, die den Auftrag erhält, das Einsparvolumen zu konkretisieren, und zwar in der ersten Jahreshälfte 1994. Kammern, Gewerkschaften, Verbände werden wir an diesem Prozeß beteiligen, um Transparenz, Sachlichkeit und Gerechtigkeit zu erleichtern und Einsicht zu fördern.

Hamburg hat in der Vergangenheit immer wieder große Herausforderungen bewältigt und auch schwierigste Situationen gemeistert. Wir haben in den zurückliegenden Monaten vielfach auf die Heimsuchung unserer Stadt durch die Bombenangriffe vor fünfzig Jahren zurückgeschaut. Unsere Stadt war buchstäblich am Boden zerstört und ist durch harte Arbeit ihrer Menschen so prächtig wiederauferstanden. Sollten wir da heute im Angesicht schwieriger, aber doch ganz unvergleichbar geringerer Probleme verzagen? Ich betone das „Wir“ und meine wirklich jeden einzelnen, jede einzelne von uns in Politik und Wirtschaft, in Kammern und Gewerkschaften, in Vereinen und Verbänden, in der gesamten Hamburger Bevölkerung. Es kommt jetzt wieder darauf an, daß wir aufeinander zugehen und gemeinsam handeln.

D Das gilt für die Aufgaben und Herausforderungen in ganz Deutschland, aber es gilt auch in unserer Stadt. Der Staat kann nicht alles leisten, so hat schon Herbert Weichmann beschwörend gemahnt, sondern alle müssen ihren Beitrag erbringen. Das gilt auch für die Bürgerinnen und Bürger selbst nach Maßgabe sozialgerechter Leistungsfähigkeit. Sie können solidarisch handeln, eigene Initiativen entwickeln, mehr Verantwortung für das Ganze übernehmen. Sie sollten bei Mißständen nicht wegschauen und sich ärgern, sondern Zivilcourage im Alltag zeigen.

Das gilt aber auch für Unternehmen, die Verantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen können, etwa bei Aus- und Weiterbildung, bei der Integration von Schwerbehinderten, bei der Entlastung des Berufsverkehrs oder bei der Schaffung sozialer Einrichtungen.

Der von SPD und STATT Partei gebildete Senat ist heute auf zwölf Mitglieder verkleinert worden. Dieser Schritt paßt in die Zeit. Seinen ausgeschiedenen Mitgliedern, die in der letzten Legislaturperiode wertvolle Arbeit geleistet haben, Herrn Bürgermeister Professor Krupp, Frau Senatorin Müller, Herrn Senator Curilla, Frau Senatorin Peschel-Gutzeit und Herrn Senator Zumkley, sagt der Senat von dieser Stelle aus seinen sehr herzlichen Dank.

Die nächsten Jahren werden schwierige Jahre sein, in Deutschland, in Hamburg und, wenn die jüngsten Zeichen weit östlich von uns nicht trügen, in ganz Europa, wenn nicht für die ganze Welt. Zu den wesentlichen Lehren der zurückliegenden Zeit gehört, daß die Verantwortlichen in der Politik, in Regierung und Parlament — und einer unserer Ehrenbürger würde zu dieser politischen Klasse jetzt auch die Journalisten rechnen — niemandem Sand in die Augen

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A streuen. Umgekehrt hat niemand in Deutschland Grund, in Pessimismus oder gar in Resignation zu verfallen. Pessimismus ist fast nie produktiv. Wir müssen uns auf unsere Kraft besinnen und auf unsere Stärken. Zuversicht und Solidarität sind das Gebot der Stunde für unser Hamburg, die stolze, freie, selbstbewußte Hansestadt.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Die Fraktionen haben sich verständigt, eine Besprechung zu beantragen und diese auch sofort durchzuführen. Im Ältestenrat wurde eine Gesamtrededzeit für jede Fraktion von sechzig Minuten vereinbart. Außerdem wird vorgeschlagen, der bisherigen Praxis des Ältestenrates folgend für die fraktionslose Abgeordnete eine Redezeit von fünf Minuten vorzusehen.

Wer wünscht das Wort? Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, unabhängig von allen Debattenritualen, wünsche ich dem neuen Senat viel Erfolg für seine Tätigkeit. Ich wünsche ihm vor allem Mut zu Entscheidungen, Nachdenklichkeit bei gerechter Kritik, Gelassenheit bei ungerechter Kritik, und ich wünsche ihm vor allem auch die notwendige Distanz zu den Parteien, die ihn in diese Ämter berufen haben. Der letzte Wunsch gilt insbesondere den beiden Herren, die von der STATT Partei benannt worden sind. Bewahren Sie sich Ihre Unabhängigkeit, bewahren Sie sich Ihre Distanz von der doch eher unberechenbaren Gruppe, die Sie vorgeschlagen hat. In diesem Sinne viel Erfolg, meine Damen und Herren im Senat.

(Beifall bei der CDU — Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

B Ich glaube, daß der Bürgermeister recht hat, wenn er sagt — und die Erkenntnis ist ja so originell wiederum nicht —, daß wir Politik in einer sehr schwierigen Zeit machen. Sicherlich hat er auch recht, wenn er sagt, Pessimismus ist immer ein schlechter Ratgeber, weil Pessimismus eben keine Motivation schafft, und Motivation brauchen wir dringend.

Wir sind sicherlich in einer Umbruchphase, wie sie seit 1949 neu und letztlich auch einmalig ist. Wir befinden uns vor allem — und das unabhängig von allen Rahmendaten der Politik, der wirtschaftlichen sowie der gesellschaftlichen Rahmendaten — in einer tiefen Vertrauenskrise zwischen den Menschen und Bürgern einerseits und der Politik andererseits. Keiner darf bei einer solchen Vertrauenskrise, die sich in vielen Facetten zeigt, überheblich sein, sondern wir müssen selbstkritisch, aber auch kritisch sein.

Woran liegt diese Vertrauenskrise? Ich glaube, sie liegt einmal daran, daß in vielen Fällen eine tiefe Lücke klafft zwischen dem Anspruch, mit dem Politiker auftreten, und der wirklichen Politik, die sie machen. Herr Voscherau hat es „die Art und Weise der Politik“ genannt. Es liegt daran, wie diese Politik gestaltet wird, nicht nur an Personen.

Ein Hauptproblem, vor dem wir stehen, ist, daß die Menschen in vielen Bereichen Führungsschwäche spüren, das Gefühl der Entscheidungslosigkeit haben, der Problemverschleierung und des Hangs bei vielen Politikern zum Populismus. Wir sollten uns hier — und das ist die Aufgabe einer solchen Debatte — gegenseitig einmal prüfen, wie diese Ursachen der Vertrauenskrise Wirklichkeit in Hamburg gefunden haben.

Da möchte ich zunächst etwas sagen zu den Personen des Voscherau-Wegner-Senates. Herr Wegner ist angetreten, letztlich mit dem Thema Vertrauenskrise innerhalb einer Partei, aber auch symptomatisch eine Vertrauenskrise zu den Parteien. Er hat den Parteien Machtarroganz vorgeworfen. Das äußerte sich in vielen Details; es wurde die Redezeit beschränkt und er hat den Parteien vorgeworfen, sie würden zu populistisch sein und würden nicht die eigentlichen Dinge erkennen. Ich frage mich, Markus Wegner: Was ist eigentlich bei der jetzigen Situation Ihrer Partei davon noch nachgeblieben?

(Krista Sager GAL: Gute Frage!)

Ich habe das Gefühl, aus dem Rebellen von einst ist der typische Parteifunktionär von heute geworden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Denn wie gehen Sie eigentlich, der Sie von Vertrauenskrise sprechen, mit Idealisten in Ihren eigenen Reihen um?

(Claus Müller SPD: Saure Trauben!)

Da wird eine Abgeordnete, weil sie unbequeme Dinge macht, quasi über Nacht aus der Partei ausgeschlossen. Sie erhält Hausverbot, die Schlüssel müssen abgegeben werden. Kritik auf dem Parteitag wird folgendermaßen kommentiert: Das sei — so Wegner — eine kleine Minderheit, die die Mehrheit terrorisiert, weil sie nicht zum Zuge kommt. Herr Wegner, das hätte man mal zu Ihnen sagen sollen, ein Sturm der Entrüstung wäre losgegangen, und er ist ja bei Ihnen auch losgegangen.

Ich erinnere an die ersten Auseinandersetzungen in der Partei, aus der Sie kommen und der ich glücklicherweise noch angehöre. Es ging um die Frage der Redezeitbegrenzung und darum, daß der Vorsitzende immer die ganze Redezeit hat, während Kritikern die Redezeit begrenzt wird. Ich erinnere an die interessante Berichterstattung vom letzten Parteitag der STATT Partei: Redezeitbegrenzung für Kritiker, der Vorsitzende darf immer sprechen, so lange er will. Markus Wegner, der restliche Lack ist ab.

(Beifall bei der CDU und der GAL — Krista Sager GAL: Das ist eben ein Echternach-Schüler!)

Da ist nichts mehr dran von echtem Engagement, von Vertrauenskrise, und das Ganze wird gemischt mit einem schon eigenartigen Personenkult. Der Kollege Berg sagte, der Wegner ist so großartig, man müßte ihn auf Händen durch den Saal tragen.

(Lachen bei der CDU — Claus Müller SPD: Nur kein Neid!)

Personenkult! Herr Wegner, bei Ihnen ist Politik Mittel zum Zweck, und der Zweck sind Sie selbst, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie sind angetreten mit dem Kampf gegen den Populismus. Sie sagten, die Parteien müßten den Mut zur Wahrheit haben, sie sollten keinen Populismus mit sich herumschleppen. Die STATT Partei hat kürzlich — ich möchte das vortragen, weil es so witzig ist — ein Flugblatt verteilt an die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt — wie Herr Voscherau sagen würde —, einen Weihnachtswunschzettel: „Ich wünsche mir von den Politikern unserer Stadt 1994 ... Malen Sie bitte in diese Kringel Ihre Wünsche an die Politik ein.“ Das ist Populismus, Herr Wegner, das ist genau der

(Ole von Beust CDU)

- A Populismus, den Sie kritisiert haben und den Sie munter weiter machen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber wir haben glücklicherweise keinen Wegner-Senat, sondern einen Voscherau-Wegner-Senat.

(*Krista Sager GAL: Wieso „glücklicherweise“? — Günter Elste SPD: Keine Rückzieher! — Dr. Holger Christier SPD: Auch Sie werden glücklich mit diesem Senat!*)

— Wieso glücklicherweise? Es war mehr eine rhetorische Feststellung, das gebe ich gern zu, Frau Sager.

(*Claus Müller und Uwe Grund, beide SPD: Nichts dazugelernt! — Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Das ist nicht das schlechteste!*)

Wir haben eben eine routiniert vorgetragene Regierungserklärung gehört. Das war Routine, fehlerfrei, rhetorisch wunderbar, keine sprachlichen Patzer, ruhig, staatsmännisch, ohne Inhalt. Das war die Regierungserklärung.

(Beifall bei der CDU)

Als er dann kämpferisch wurde, 3 Prozent kämpferisch, da war's so ein bißchen „Helmut Schmidt für Arme“, würde ich mal sagen.

(Lachen bei der CDU)

Wie sieht so ein Tagesplan des Bürgermeisters aus? Er beginnt im Wahlkampf mit der Aktion Morgenröte, einer SPD-Aktion im Wahlkampf. Da steht der Bürgermeister mit „Elbsegler“ — nicht Prinz-Heinrich-Mütze, das wäre Helmut Schmidt — und rotem Schal vor den Betriebstoren, läßt sich natürlich gern fotografieren dabei,

B

(*Jan Ehlers SPD: Er steht nicht allein!*)

schimpft gegen Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben und ist die Rettung der Arbeitnehmer, und die Genossen sind glücklich.

Danach kommt ein Vortrag bei der Handelskammer. Dort ist dann das etwas proletarische Outfit gegen den dunkelblauen Anzug eingetauscht, und da sagt er genau das Gegenteil. Er sagt, auf den Standort Hamburg kommt es an. Sozialabgaben müssen überprüft werden, wir müssen sparen, sparen, sparen. Da sind nicht mehr die Genossen glücklich, da ist dann plötzlich die Handelskammer glücklich.

(*Jan Ehlers SPD: Bald ist die ganze Stadt glücklich!*)

Dann kommt ein Interview zum Haushalt. Da sagt er: „Die Lage ist katastrophal. Wir haben für 1993/94 850 Millionen DM weniger Einnahmen, Heulen und Zähneklappern werden ausgelöst, wir müssen sparen, was das Zeug hält!“ Da sind die Haushaltsexperten glücklich.

Danach, in der Senatssitzung, wird gesagt, wir sparen nur noch 75 Millionen DM von diesen 850 Millionen DM Mindereinnahmen, der Rest ist Neuverschuldung beziehungsweise Veräußerungen aus dem Bodenfonds. Dann sind die Genossen wieder glücklich, weil mit dem Sparen nun doch nicht ernst gemacht wird.

Zwischendurch gibt es noch einige Fototermine, zu denen kommen die Indianer von den Karl-May-Festspielen aus Bad Segeberg,

(Lachen bei der CDU und der GAL)

und er läßt sich mit buntem Federschmuck vor dem Hamburger Rathaus fotografieren. Dann sind die Boulevardpresse und die Fotografen glücklich.

C

Von daher macht der Bürgermeister letztlich — „alle glücklich“ wäre übertrieben — nicht alle glücklich, denn es gibt bei ihm das Problem, wenn der Vergleich zwischen Anspruch und Wirklichkeit hergestellt werden soll, daß dies ausgesprochen schwierig ist, weil er sich in seinen Ansprüchen und der von ihm vermittelten Wirklichkeit immer genau auf seine Zuhörergruppe einstellt. Er sagt hier das, was die einen hören wollen, dort das, was die anderen hören wollen; im Ergebnis sagt er aber nichts aus. Das ist seine Politik, das ist Henning Voscherau „live“.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Martin Schmidt GAL)

Das haben wir auch spüren können bei den Verhandlungen mit den Grünen. Inhaltlich waren wir natürlich nicht unglücklich, daß es keine rot-grüne Koalition gab, das ist gar kein Geheimnis, nur die Art und Weise ...

(*Günter Elste SPD: Ach, Sie wollten mit den Grünen!*)

— Ach, Herr Elste ist auch noch da! Herr Elste, guten Tag. Man hat lange nichts mehr von Ihnen gehört, und ich kann Ihr bisheriges Schweigen verstehen, Sie hätten lieber da oben gesessen, es tut mir leid, daß es nicht geklappt hat; aber das macht zurückhaltend, das ist mir schon klar.

(*Uwe Grund SPD: Kommen Sie zur Sache!*)

— Es ist schon so viel Dialog hier im Parlament, den wünschen wir uns ja alle, das ist nett; kommen Sie zu mir und dann reden wir miteinander.

Es geht gar nicht darum, ob die rot-grüne Koalition gewollt war oder nicht. Wir wollten kein rot-grünes Bündnis, nur die Art und Weise, wie man hier unglaublich Politik machte, die ist gemeint. Voscherau wollte es von Anfang an nicht, das ist ja auch in Ordnung. Es wurde aber hinterher so getan, als seien es die Grünen gewesen, die die Koalition haben scheitern lassen. Das ist einfach unaufrichtig. Dann soll man doch sagen: „Ich will das nicht, ich mag das nicht.“ Die Trickserei aber ist kein Stil in der Politik.

D

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie sagten, ich solle zur Sache kommen. Wenn man eine Politik analysiert, sieht man, daß sie von den Personen und der Sache getragen wird. Da ist es auch notwendig, einmal die Personen in ihrer Struktur, wie sie sich darstellen, zu beleuchten und die Frage zu stellen: Sind diese Personen, so wie sie Politik machen, wie sie sich selber darstellen, dargestellt sehen wollen, wirklich geeignet, das notwendige Vertrauen der Menschen in die Politik wiederzugewinnen? Ich glaube, wenn man so Politik macht, kann man das Vertrauen nicht wiedergewinnen. Daher geht es um die sachlichen Punkte, und da möge man sich die Kooperationsvereinbarung einmal in Ruhe ansehen. Ist das nachprüfbar Politik? Sind das konkrete Ergebnisse, die dort ausgehandelt worden sind?

Nebenbei, Herr Wegner, mal eine Geschichte am Rande: Ich habe mitbekommen, das wurde ausgehandelt im Gästehaus des Senates, dort tagten Parteien. Wenn das andere gemacht hätten, hätten Sie sofort gefragt: Wieso muß der Steuerzahler die Koalitionsverhandlungen von Parteien bezahlen?

(*Karl-Heinz Ehlers CDU: Sehr richtig!*)

(Ole von Beust CDU)

- A Dies nur mal am Rande bemerkt, so verschieben sich die Maßstäbe.

Die Kooperationsvereinbarung, wie sie sich darstellt, zeichnet sich dadurch aus, daß alles Wichtige, was entscheidend für die Stadt ist, in Kommissionen geschickt wurde. Andere Dinge, die im Grunde schon seit Jahren bekannt waren — ich nenne mal das Beispiel Stadtbahn, wo es gar nicht um neue Dinge geht —, werden geprüft. Das Weitere ist völlig unverbindlich, und von den paar Dingen, die einigermaßen verbindlich sind, kommen 80 Prozent aus den Regierungserklärungen oder den Koalitionsvereinbarungen von 1987 und 1991. Da ist schlichtweg heiße Luft oder nichts Neues drin, man muß das mal so deutlich formulieren. Es ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist die Unverbindlichkeit auf der ganzen Linie, dieses läßt sich auch mit Zitaten belegen. Herr Elste, Sie haben nach den Wahlen einmal Maßstäbe aufgestellt, wie die Politik in Hamburg gestaltet werden soll. Der NDR hat darüber berichtet: „Elste hat folgendes gesagt“ — heißt es dort —, „Elste will jetzt knallhart verhandeln, so daß die Fetzen fliegen.“

(Günter Elste SPD: Was?)

Die Zeit der Sprüche und der Gutachten sei vorbei, sagt er. Kein Kneifen mehr vor unbequemen Entscheidungen. In der Koalitionsvereinbarung will er keine schwammigen Formulierungen sehen, sondern einklagbare und überprüfbare Fakten. Dafür hält er seinen Kopf hin. Armer Kopf, Kollege Elste, kann ich nur sagen, armer Kopf.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

- B Das muß in Ihrem Kopf jetzt ganz schön weh tun. Denn wenn man sich diese Koalitionsvereinbarung — oder es heißt ja immer feinsinnig „Kooperationsvereinbarung“ — einmal anguckt und sieht, welche geradezu grandiosen Formulierungen darin enthalten sind, wird man auf Dinge kommen, bei denen man sich fragt: Was in Gottes Namen ist hier eigentlich konkret, was ist hier einklagbar, nachprüfbar, knallhart, daß „die Fetzen fliegen“, Herr Elste?

Hochschulpolitik. Ich will nur mal ein paar Beispiele nennen, weil es dann hoffentlich plastischer wird. Bei „Hochschulpolitik“ steht folgendes — ich sage es einfach mal, weil es so interessant ist — als erster Punkt:

„Die Kooperationspartner sind gemeinsam der Überzeugung, daß angesichts der Ressourcenknappheit für den Bereich von Wissenschaft und Forschung die langfristige Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen, ihre Einbettung in ein Finanzierungskonzept sowie eine höhere Flexibilität für die Hochschulen durch verstärkte Mittelglobalisierung von vorrangiger Bedeutung sind.“

(Beifall bei der CDU und bei Alexander Porschke GAL — Karl-Heinz Ehlers CDU: Donnerwetter!)

Was soll das heißen?

Oder es kommt eine weitere knallharte Aussage, daß die Fetzen fliegen:

„Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die Perspektive einer Europäischen Union eröffnen unserer Stadt zusätzliche Chancen.“

(Günter Elste SPD: Richtig!)

„Das gilt insbesondere für die Bereiche Verkehr, Außenwirtschaft, Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Sozialpolitik, Regionalpolitik und Medien.“

C

Wie originell und geistreich!

(Lachen bei der CDU)

Oder ein anderer Punkt:

„Die Kooperationspartner begrüßen es, daß 1994 das Deutsche Turnfest und der 26. Deutsche Evangelische Kirchentag im Juni 1995 in Hamburg stattfinden sollen.“

Herzliche Begrüßung, welche Erkenntnis!

(Lachen bei der CDU und Beifall bei der CDU und der GAL)

Oder zum Bereich Innere Sicherheit heißt es:

„Die bestehenden gesetzlichen Handlungsgrundlagen werden konsequent angewandt und vorurteilsfrei auf ihre Praxisnähe überprüft.“

Was heißt das denn?

(Lachen bei der CDU)

Ich weiß es nicht!

Man kann das endlos fortführen. Eine weitere Kostprobe zur Wohnungsbaupolitik:

„Die bisherigen Instrumentarien, den langfristigen Leerstand von Wohnungen zu verhindern, werden“

— wieder „konsequent“ —

„konsequent angewandt. Die Einführung neuer und effizienter Instrumente wird angestrebt.“

D

Wann? Welche? In welchem Umfang? Wieder nichts Konkretes. Es ist ein Sammelsurium von Unverbindlichkeiten; und Sie sprechen davon, das Vertrauen in die Politik muß wiederhergestellt werden. Dieser Widerspruch ist eklatant und so nicht tragbar.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich will gar nicht behaupten und so vermessen sein anzunehmen, daß ich für alle Bereiche Patentrezepte hätte; doch wenn man die Erkenntnis hat — Sie haben das ja in Ihrer Regierungserklärung angedeutet —, dann kann ich mir doch solchen Firlefanz ersparen; dann sage ich lieber gar nichts, als Sprechblasen abzugeben. Sie haben sich für die Sprechblasen entschieden, und das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU — Dr. Willfried Maier GAL: Aber konsequent!)

Es geht um zentrale Punkte der Zukunftsgestaltung Hamburg. Herr Voscherau hat die Schwerpunkte theoretisch richtig genannt, die Wahrheit wird sich in der Praxis zeigen. Der erste Punkt ist die Sicherung der Arbeitsplätze und des Wirtschaftsstandortes Hamburg. Dabei richten sich unsere hohen Erwartungen an den neuen Wirtschaftssenator. Es werden harte Aufgaben auf ihn zukommen, denn er wird sehen müssen — und ich gehe davon aus, daß er aufgrund seines Lebenslaufes dazu auch in der Lage ist —, daß wir bisher zu diesem Thema sehr viele Sprechblasen und viele Lippenbekenntnisse gehört haben, aber natürlich steckt der Teufel im Detail, gerade bei der Wirtschaftspolitik und in der täglichen politischen Praxis. Da zählen wir auf Sie, Herr Senator!

(Ole von Beust CDU)

- A Wir zählen auf Sie, wenn es zum Beispiel um die Beschleunigung von Planungen geht. Es bestehen Investitionshemmnisse auch darin, daß Hamburg mit Planungen in vielen Bereichen im Rückstand ist, so beim Generalverkehrsplan und Flächennutzungsplan. Wenn ich mir ansehe, daß nach der Kooperationsvereinbarung allein die Planung für die Hafenuferspanne 1997, in vier Jahren, erst fertig sein soll, stelle ich fest, das ist zu langsam. Es steht so darin; Sie müssen es mal lesen. Wir rechnen auf Sie, daß Sie hier Druck machen.

Gift für die Wirtschaft sind höhere Abgaben, höhere Steuern und Gebühren. In der Vereinbarung steht, „die Einnahmeseite des Haushaltes soll verbessert werden“. Dies heißt doch nichts anderes, als daß über neue Gebühren und Abgaben nachgedacht werden soll. Man will ein City-Billett einführen, die Traute-Müller-Gedächtnisabgabe, nehme ich an, ist das, die Nahverkehrsabgabe, die man einführen möchte.

Das, Herr Senator, ist auch nicht wirtschaftsfördernd für den Standort Hamburg, für Betriebe und Dienstleistungsanbieter in der Hamburger Innenstadt. Zur Infrastruktur Hamburgs als Metropole im Norden, zur Frage: Wie kann Hamburg großräumig umgangen werden: Ost- oder Westumgehung? Elbüberquerung?, findet man nichts in diesem Papier; da kommt es zu einem Knackpunkt, weil es hier Streitigkeiten gibt zwischen den sozialdemokratischen Landesregierungen. Die Frage der Privatisierungen muß tabulos angegangen werden, nicht nur die des Verkaufes von Staatsbeteiligungen, sondern auch die der notwendigen Privatisierung staatlicher Dienstleistungen. Auch da rechnen wir auf Sie. Hier sind viele Dinge zu sehen, zu berücksichtigen.

- B (Jan Ehlers SPD: Das sagen Sie mal ein bißchen konkreter, das interessiert!)

— Das waren, glaube ich, konkrete Punkte, Herr Ehlers, sonst haben Sie nicht zugehört.

Deshalb glaube ich — und kann es Ihnen zusagen —, daß Sie, wenn wir hier gemeinsam zu einem Ziel kommen, auf unsere Unterstützung rechnen können. Wir zählen auf Ihre Unabhängigkeit und darauf, daß Sie sich hier von jahrzehntelanger SPD-Parteimief trennen, der vieles in der Wirtschaftspolitik in dieser Stadt behindert hat. Wir zählen auf Sie und sind gespannt, was Sie in die Scheuer fahren können.

(Markus Wegner STATT Partei: Erst mal zählen wir auf ihn!)

Der nächste Punkt: Haushaltssparsamkeit. Auch hier ist richtig gesagt worden, wir leben in den Zeiten knapper Kassen. Das ist noch gelinde und vornehm ausgedrückt. Herr Voscherau hat die Einnahmeverluste genannt, allein für 1993 und 1994 rund 810 Millionen DM und darüber hinaus sogar über 1 Milliarde DM, die befürchtet werden. Nachher wird es um die Frage gehen: Wie können wir uns durchringen, Sparsamkeit zu erreichen?

Die ersten Signale, die wir vom Senat hören, sind für uns nicht ermutigend. Wenn der alte Senat — zugegebenermaßen — schon beschlossen hat, daß nur 75 Millionen DM durch Einsparungen wiedergutmacht werden sollen und der Rest durch Neuverschuldung oder — um es mal lax zu sagen — Verschönerung des Tafelsilbers, meine ich, das ist der falsche Weg. Wir müssen konsequente Sparsamkeit anwenden, und dieses über Neuverschuldung zu machen,

ist sicherlich kein Weg, um Einnahmeverluste wettzumachen. C

Nach der Kooperationsvereinbarung soll 1994 eine Sparkommission eingesetzt werden, die alles Nähere erst einmal klären soll. 300 Millionen DM sollen von der Sparkommission erarbeitet werden, davon aber maximal 100 Millionen DM aus dem Betriebshaushalt, das heißt natürlich im Umkehrschluß, daß mindestens 200 Millionen DM im investiven Bereich eingespart werden sollen. Auch das, Herr Wirtschaftssenator, ist der falsche Weg. In der heutigen konjunkturellen Lage sind Einsparungen im investiven Bereich genau die falsche Antwort. Wir rechnen mit Ihrer Korrekturkraft und vielleicht kleinen Lehrstunden, auch für die Partei oder Gruppe, die Sie vorgeschlagen hat.

Ich frage mich, wenn es um Haushalt geht, ob bei aller Sparsamkeit nicht auch Haushaltssicherheit ein wichtiger Punkt ist, daß wir uns nicht lange mit einer vorläufigen Haushaltsführung herumplagen, sondern relativ schnell klar wird, in welche Richtung die Haushaltspolitik gehen soll. Haushaltssicherheit ist ein wichtiger Punkt einer vernünftigen Haushaltspolitik.

Wenn ich höre, daß diese Sparkommission für 1994 die Sparvorschläge erarbeiten soll und diese bis zur parlamentarischen Sommerpause erstellt haben soll, dann frage ich mich, wie im April die Haushaltsberatungen stattfinden sollen. Nach den bisherigen Planungen soll im April der Haushalt verabschiedet werden, und die eigentlichen Einsparungen sollen erst im Sommer von der Kommission vorgeschlagen und dann vermutlich diskutiert werden, und im Herbst soll erst die Beschlußfassung vorliegen. Hier ist Haushaltssicherheit erforderlich, und wir meinen, die Sparsamkeit ist mit der Knackpunkt der Glaubwürdigkeit der Politik. D

Ich kann Ihnen für meine Fraktion versprechen, daß wir bereit sind — und Sie können mich darauf festnageln, wenn es soweit ist —, unpopuläre Dinge mitzutragen.

(Markus Wegner STATT Partei: Mach doch mal einen Vorschlag!)

Wir werden Sie, wenn es um Haushaltssicherheit und um Sparsamkeit geht, nicht im Stich lassen, sondern die CDU wird die Partei der kritischen Sparsamkeit sein. Dieses Versprechen kann ich von dieser Stelle abgeben.

Der nächste Punkt, um den es geht

(Claus Müller SPD: Helfen Sie uns doch mal!)

— wir können uns gern einmal treffen, dann helfe ich Ihnen gern; wir haben eine Reihe von Vorschlägen auf Papier —, ist die Frage der Gerechtigkeit. Sind die Sozialpolitik und die Art und Weise, wie wir in Hamburg soziale Probleme angehen, mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit noch vereinbar? Oder neigen wir nicht dazu, und das ist durchaus selbstkritisch gemeint, Menschen, die organisiert sind, die eine Lobby oder eine Klientel haben, mit sozialem Lobbyismus zu belohnen, aber zuzulassen, daß die Menschen, denen es schlechtgeht und die keine Lobby haben, auf der Strecke bleiben? Ich nenne die Themen: Obdachlose, Entzugplätze für ausstiegswillige Junkies, die Frage der Unterbringung alter Menschen in Zwei- und Mehrbettzimmern, den Pflegenotstand.

(Jan Ehlers SPD: Sie haben vor vier Jahren noch das Vierbettzimmer diskutiert!)

(Ole von Beust CDU)

- A Die Aufgabe auch der SPD muß es in der Sozialpolitik sein, nicht die Organisierten zu belohnen und 1,26 Milliarden DM im Haushalt an Zuwendungsempfänger auszuschütten, sondern den Menschen zu helfen, die wirklich Hilfe brauchen und nicht organisiert sind. Hier ist ein Umdenken in der Sozialpolitik dringend erforderlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Der letzte Punkt ist die Frage der Mitverantwortung der Bürger. Wie können die Menschen Mitverantwortung in der Politik finden, damit der Gedanke des Zentralismus verschwindet und die Menschen nicht das Gefühl haben, daß sie ohnmächtig verwaltet und regiert werden, sondern die Chance bekommen, mitzuarbeiten? In der Regierungserklärung ist vorhin gesagt worden, daß es um viele Dinge gehen wird, die in der Enquete-Kommission verabschiedet worden sind. Die Kollegen der STATT Partei lassen sich gern für die wenigen Punkte, die sie durchgesetzt zu haben meinen, feiern, weil diese Punkte mit in der Kooperationsvereinbarung stehen. Ich wage nur den dezenten Hinweis, denn vielleicht wissen das die Kollegen der STATT Partei nicht, daß die meisten dieser Punkte bereits in der letzten Legislaturperiode im Verfassungsausschuß einvernehmlich zwischen den Fraktionen geklärt waren. Sie sind zwar wichtig, nur, das sind keine neuen Dinge, und sie konnten nicht umgesetzt werden, weil die Legislaturperiode vorzeitig zu Ende ging. Daß Sie das als Sternchen auf Ihre Schultertklappen heften wollen,

(Markus Wegner STATT Partei: Überleg mal, warum?)

- B ist makaber und entspricht nicht der parlamentarischen Wirklichkeit in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wird es in der Mitverantwortung aber auch darauf ankommen, vom Zentralismus zu einer effizienten Verwaltung zu kommen, in der die Menschen vor Ort und in ihrer Region mitbestimmen können. Ich glaube, gerade in einer Zeit der Vertrauensängste und der Skepsis sind das Engagement und die Identifikationsbereitschaft der Menschen in ihrem Wohngebiet besonders groß. Das darf keine Sprechblase bleiben, sondern diese Bereitschaft muß umgemünzt werden in die gesetzliche Möglichkeit, sich vor Ort in der Stadt zu engagieren. Das ist unter dem Stichwort Verwaltungsreform mit der wichtigste Punkt, um den es geht. Ich bedauere, daß dieser Punkt auch in eine Kommission verschoben wurde und hier keine klaren Entscheidungen getroffen worden sind.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte wird es darum gehen, gemeinsam für Hamburg gute Jahre zu schaffen. In einer Zeit der Vertrauenskrise und der großen Schwierigkeiten wird es darauf ankommen, daß vor allem auch das Parlament seine Aufgabe erfüllt, man von den Ritualen der Regierung, der Opposition und der festen Blöcke wekommt, um hier gemeinsam in den Schwerpunkten, die wir als relativ identisch erkannt haben, Lösungen für die Stadt zu erarbeiten. Bei diesen Lösungen wird es für uns als Parlamentarier ebenso wie für den Senat darauf ankommen, Mut zu haben, Entscheidungen zu treffen, auch unpopuläre und unbeliebte, bei vernünftiger Kritik nicht selbstgerecht zu reagieren, im Umgang mit Journalisten und einer teilweise überkritischen Öffentlichkeit gelassen zu reagieren und die notwendige Distanz zu den eigenen Lobbies

und Klientelen zu halten. Bei einer solchen Schwerpunktbildung der Politik haben wir die Chance, für Hamburg etwas Gutes zu schaffen, und darauf kommt es für uns alle an. — Danke schön.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei *Rotraut Verheyen STATT Partei*)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Elste.

Günter Elste SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Daß die SPD-Fraktion mit der Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Voscherau übereinstimmt, wird Sie sicherlich nicht überraschen.

(Berndt Röder CDU: Ja, das ist das Niveau!)

Einer Ergänzung oder Unterstreichung dieser dargestellten Position bedarf es nicht. In meinem Debattenbeitrag möchte ich mich deshalb mit einigen anderen Aspekten auseinandersetzen, die auch mit der Regierungserklärung zusammenhängen, aber sich in erster Linie darauf beziehen, wie die politische Arbeit sich in diesem Parlament vollzieht, vollziehen könnte oder besser vielleicht auch vollziehen sollte. Insoweit möchte ich den Versuch unternehmen, mit den bisherigen Ritualen solcher Generaldebatten zumindest in weiten Teilen zu brechen. Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, können sich darauf verlassen, daß ich auch auf die Aussagen Ihres Fraktionsvorsitzenden in gebührendem Maße eingehen werde.

(Birgit Schnieber-Jastram CDU: In alter Manier, hoffe ich!)

Wenn ich mich dabei allerdings auf die inhaltlichen Aussagen beschränken soll, dürfte das sehr schnell gehen.

Die Wahl eines neuen Senats in veränderter Konstellation markiert den Beginn eines neuen Arbeitsabschnittes in diesem Parlament, deshalb ist es meines Erachtens auch geboten, jetzt an dieser Stelle die Schlußfolgerungen, die wir alle aus den Begegnungen mit den Bürgerinnen und Bürgern während des Wahlkampfes und aus den Analysen des Wahlergebnisses gezogen haben, in den Ausblick auf die künftige parlamentarische Arbeit und Auseinandersetzung miteinzubeziehen. Dabei geht es nicht nur um die Inhalte von Politik, sondern auch darum, wie sich politisches Handeln auf der parlamentarischen Ebene darstellt.

Bürgermeister Voscherau hat vorhin gesagt, daß die Bürgerschaftswahl vom 19. September 1993 im Ergebnis eine letzte Abmahnung an die Parteiendemokratie war. Diese Aussage halte ich nicht für übertrieben, und sie stellt auch keine Überdramatisierung dar. Die Tatsache, daß 45,8 Prozent der Wahlberechtigten in diesem Parlament nicht durch Abgeordnete repräsentiert sind, ist für deutsche Maßstäbe ein gesellschaftspolitisch nicht unterzubewertendes Ereignis.

Die Tatsache, daß 7,6 Prozent der Wähler sich in der traditionell liberalen, toleranten und weltoffenen Handelsstadt Hamburg für rechtsextremistische Parteien entschieden haben, die nur aufgrund besonderer Umstände nicht in die Bürgerschaft eingezogen sind, hat in Wahrheit eine politische Dimension, die in ihrer Bedeutung nicht beim Übergang zum politischen Tagesgeschäft untergehen darf. Was wird, wenn sich so etwas schon in Hamburg ereignen kann, unserer bundesdeutschen Demokratie und unserer Parlamentslandschaft dann 1994 nach 17 Landtags- und Kom-

(Günter Elste SPD)

A munalwahlen, den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Wahlen zum Deutschen Bundestag erst blühen?

Dies alles ist Anlaß genug, in diese Debatte die Frage, warum sich die Menschen immer mehr von der Politik und von den etablierten Parteien abwenden, nicht nur im Vorübergehen zu streifen, sondern sehr ernsthaft zu diskutieren und daraus auch Konsequenzen für das konkrete politische Handeln auch auf der parlamentarischen Ebene zu ziehen.

Die mangelnde Akzeptanz der Politik und der Politikerinnen und Politiker hat sicherlich viele verschiedene Gründe. Die Bandbreite erfaßt globale Ängste, Befürchtungen und Sorgen hinsichtlich der bedrohten Umwelt, der riesigen Wanderungsbewegung auf dem gesamten Erdball, aber auch jetzt wieder hinsichtlich der Gefährdung des Friedens in und zwischen den Völkern, ebenso Besorgnisse über Verrohungstendenzen, wachsende Egoismen, schwindenden Gemeinsinn und die Spaltung der Gesellschaft unseres Landes. Sie erfaßt aber auch die existentiellen Ängste der Menschen um den Arbeitsplatz, ihr Einkommen, ihre Wohnung, ihre Sicherheit im Alltag und ihre persönliche Lebensperspektive.

Diesen Ängsten, Sorgen, Befürchtungen und Unzufriedenheiten ist eines gemeinsam: Die Menschen sehen diese Probleme und sagen in unterschiedlicher Weise und Ausprägung, daß die herrschenden Politiker nicht in der Lage sind, diese Probleme schnell, umfassend und wirksam genug zu lösen. Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der politischen Kaste — wie Helmut Schmidt die Volksvertreter, die Regierenden und Parteipolitiker nennt, manchmal schließt er auch die Journalisten mit ein — ist in den letzten Jahren in großem Umfang und mit hoher Geschwindigkeit gesunken.

B

Aber es sind nicht alleine die noch nicht beziehungsweise nicht umfassend oder nicht gerecht gelösten Aufgaben und Probleme, die den Politikverdruß ausmachen. Nein, der Verdruß richtet sich auch dagegen, in welcher Weise Politik gemacht wird, wie Politikerinnen und Politiker sich darstellen und miteinander umgehen. Fast alle von uns werden im Wahlkampf bei Begegnungen mit Politikverdrossenen Sätze gehört haben, die nicht auf eine bestimmte Partei, sondern auf uns alle als Politiker bezogen waren, wie zum Beispiel: „Ihr kümmert euch doch nur um euch selbst und nicht um unsere Probleme. Ihr seid doch weltfremd und wißt gar nicht mehr, was bei uns im Betrieb oder bei uns im Stadtteil los ist. Ihr redet über Blauhelme, uns interessiert aber, ob wir unseren Arbeitsplatz behalten oder ob unsere Kinder endlich einen Betreuungsplatz oder eine Wohnung bekommen.“

So tragen wir selbst neben den Sachproblemen durch unser Verhalten und den Umgang miteinander dazu bei, daß Politikverdrossenheit wächst und es zu den eben genannten „Ihr-kümmert-euch-doch-nur-um-euch-selbst“-Sätzen kommt.

Wir selbst müssen dieser Entwicklung durch eine Veränderung unseres eigenen Verhaltens auch hier im Parlament begegnen. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht vorrangig an einer Politikauseinandersetzung auf der Ebene der Weltanschauungen interessiert, sondern sie fordern ein funktionierendes Politikmanagement, das sich mit der Lösung ihrer tatsächlichen persönlichen Probleme beschäftigt, und zwar nicht abstrakt, sondern sehr konkret mit entsprechenden Folgen in der Lebenswirklichkeit.

C Viele Abgeordnete beklagen sich über den Negativismus in unserer Gesellschaft, daß meistens nur das Negative gesehen wird und in vielen Medien mit Breitenwirkung die schlechten Nachrichten überwiegen und positiv allenfalls über den sportlichen Sieg einer Nationalmannschaft oder andere vergleichbare Ereignisse berichtet wird. Sind wir aber an dem Negativismus gegenüber der Politik und auch in der Politikberichterstattung nicht selbst schuld? Diese Frage richte ich auch an meine eigene Fraktion und an mich selbst. Ist es nicht so, daß sich in den Plenarsälen der Parlamente überwiegend das Ritual des gegenseitigen Übereinanderherfallens vollzieht? Ist es nicht so, daß die Kritik des jeweils anderen stärker in den Vordergrund tritt als das Darstellen eigener konstruktiver Ansätze? Muß es denn wirklich sein, daß zum Beispiel die STATT-Partei-Fraktion als „billiger Jakob“ bezeichnet wird, der sich von der SPD über den Tisch ziehen läßt?

(Krista Sager GAL: Das ist die Wahrheit! — Dr. Roland Salchow CDU: Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Kann man sich derartige Diffamierungen, die Politikverdruß und Negativismus unnötig Nahrung bieten, nicht verkneifen? Ist es denn in unserer Zeit wirklich nicht vorstellbar, Frau Sager, daß politische Verhandlungspartner in Fragen der Stadtpolitik von existentieller Bedeutung in den entscheidenden Punkten nach gängigem Menschenverstand auch einmal eine Grundübereinstimmung aufweisen können, die es ausnahmsweise nicht erforderlich macht, daß bei sogenannten Essentials einer von beiden einlenken muß und daß hier Kompensation verlangt wird?

(Krista Sager GAL: Und was ist mit der Verwaltungsreform?)

D Muß es denn wirklich sein, daß das Ergebnis eines konstruktiven Verhandeln um Politikinhalt wegen großer Übereinstimmung als das bloße graue Abhaken roter Positionen klein-, wenn nicht sogar miesgemacht wird?

(Krista Sager GAL: Das haben Sie doch gemacht in den Koalitionsverhandlungen!)

Wäre es denn bei Verhandlungen zwischen CDU und SPD hinsichtlich der existentiellen politischen Fragen in unserer Stadt nicht auch zu einem sehr weitgehenden „schwarzen“ Abhaken roter Positionen gekommen, allenfalls vielleicht mit ein bißchen mehr profilierungsbezogenem Show-Brimborium zwischen den von den Wählern inzwischen reduzierten großen Fraktionen?

Muß sich eigentlich die eigene Profilierung vorrangig darauf stützen, den politischen Gegner mieszumachen und sich selbst, Frau Sager, manchmal oberlehrerhaft, als den Pächter des Steins der Weisen darzustellen? Wenn wir ehrlich miteinander sind, muß dies doch alles nicht sein! Profilierungsbezogene Hahnenkämpfe, dieser Begriff schließt weibliche Teilnehmer an denselben übrigen mit ein,

(Birgit Schnieber-Jastram CDU: Das nun alles aus Ihrem Munde!)

finden vor allem im öffentlichen Plenarsaal statt. In den Ausschüssen ist es doch in der Regel anders, das wissen Sie doch genauso wie wir. Ich hoffe, daß die Einführung öffentlicher Ausschusssitzungen die dort bisher dominierende Sachlichkeit nicht in den Hintergrund treten läßt. Dies zu verhindern, liegt übrigens in unser aller Hand.

(Günter Elste SPD)

- A Der Wirklichkeit entspricht es übrigens auch, daß der überwiegende Teil von Beschlüssen dieses Parlaments jeweils mit sehr großer Mehrheit und ein beachtlicher Teil öfter, als man es in der Stadt glaubt, sogar einstimmig gefaßt wird. Das allgemein herrschende Bild dieser Bürgerschaft bei der großen Zahl der Politikverdrossenen ist aber ein anderes, nämlich: „Die da kümmern sich nur um sich selbst, streiten sich zum Selbstzweck über die falschen Themen und kümmern sich nicht um unsere Nöte!“

Lassen Sie mich zum Schluß dieses Teils meiner Ausführungen noch einmal herausstellen, daß wir am Beginn eines neuen Arbeitsabschnittes dieser Bürgerschaft die Chance haben, die inhaltliche politische Arbeit gemeinsam auf eine andere Basis zu stellen und unser Erscheinungsbild durch ein verändertes Verhalten insbesondere mit Blick auf die Politikverdrossenheit zu verbessern. Für beide Aspekte gibt es übrigens gute Voraussetzungen. Die inhaltliche Arbeit müßte bei einer konzentrierten Sachauseinandersetzung zu guten Ergebnissen führen können, weil die Struktur dieses Parlamentes das Einbringen unterschiedlicher Aspekte in den Meinungsbildungsprozeß sehr gut möglich macht.

Die Grün-Alternative Liste ist dadurch gekennzeichnet, aus der Analyse von Problemlagen oft sehr pointierte, manchmal sogar radikale — und das ist jetzt nicht negativ gemeint — Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie zieht es reformerisch zügig zu neuen politischen Ufern. Dabei dominiert aus meiner Sicht die vergleichsweise radikale Zielformulierung und drängt die Frage der kurz- und mittelfristigen Realisierbarkeit eher etwas in den Hintergrund.

Die CDU ist gekennzeichnet durch ein manchmal geringeres Tempo in der Reformbereitschaft und durch ein Beharren auf aus ihrer Sicht bewährten traditionellen Politikmustern, wobei — ich gebe es zu — die Sichtweise, was traditionell bewährt oder zeitgerecht ist, von den politischen Wettbewerbern gelegentlich — nicht immer, aber immer öfter — anders beurteilt wird.

Die STATT-Partei-Fraktion ist ein neues Element im Spektrum der Fraktionen.

(Peter Zamory GAL: Wirklich?)

Bei diesen Abgeordneten handelt es sich nach meiner Überzeugung in der Tat — wie der Bürgermeister es zu Recht eben genannt hat — um couragierte Bürgerinnen und Bürger, deren demokratisches Engagement insbesondere dem Aufbrechen von verkrusteten Strukturen in unserem politischen und öffentlichen Leben gilt. Bei aller Wettbewerbssituation zwischen den Fraktionen und aller Skepsis gegenüber politischen Newcomern müssen wir alle diesen neuen Kolleginnen und Kollegen aber Respekt zollen, daß sie in einer Zeit, in der das Ansehen von Politik und Politikern nicht im Zenit steht, den Mumm gehabt haben, sich selbst auf dieses glatte Parkett zu wagen, sich unter den schwierigen Bedingungen eines Feierabendparlamentes zu engagieren, statt sich aufs bloße Beklagen und Lamentieren zu beschränken. Das zeugt doch von Mut, konstruktiver Einsatzbereitschaft und Gemeinsinn.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das mußte mal gesagt werden! — Dr. Andreas Mattner CDU: Da kommen einem die Tränen!)

Manch interessierter und kommentierender Beobachter hat hin und wieder in unterschiedlicher Ausprägung zu bedenken gegeben, daß dieses STATT-Partei-Team nach sieben Monaten organisatorischer und dreimonatiger parlamenta-

rischer Existenz nicht über genügend Professionalität verfüge. Ist dies denn wirklich ein Nachteil für das Funktionieren dieses Parlamentes mit etablierten Parteien? Wie sind Sie von der GAL zum Beispiel vor mehr als einem Jahrzehnt angetreten? Ist es nicht vielmehr gut, daß diese Abgeordneten die politisch von langjährigen Parteikarrieren bemosten Häupter mit der Sichtweise bisher nicht in Parteien mitwirkender Bürgerinnen und Bürger ganz real in der Parlamentspolitik konfrontieren und den sogenannten gesunden, parteipolitisch dann auch unbelasteten Menschenverstand als Korrektiv zu eingefahrenen Gleisen mitbringen?

Meine Erfahrungen aus den vielen Verhandlungsrunden führen jedenfalls zu dem Eindruck, daß es sich hier keinesfalls in der Summe um eine Versammlung oder Ansammlung von Personen handelt, die einseitig vom Fleische einer etablierten Partei sind — im Gegenteil: Was die Nähe zu den Positionen etablierter Parteien angeht, handelt es sich hier durchaus um ein Team mit sehr differenzierter Bandbreite.

(Rolf Harlinghausen CDU: Es weihnachtet sehr!)

Die SPD-Fraktion weist zweifellos im Spektrum der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien die größte innere Bandbreite auf, denn hier gibt es eine Pluralität, die im Ergebnis unterschiedliche inhaltliche Affinitäten zu den anderen Fraktionen aufweist. Trotzdem kommt sie in der Regel auf einen handlungsorientierten Nenner, und das ist der Vorteil einer wirklichen Volkspartei.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Deswegen sollten wir alle in die SPD gehen!)

wobei ich zugebe, daß die gesellschaftspolitisch integrierende Kraft der SPD gelegentlich zu Lasten der Geschwindigkeit des internen Meinungsbildungsprozesses geht. Ich kann es verstehen, daß es Sie erheitert, meine Damen und Herren von der GAL, über die Möglichkeit eines Wechsels zur SPD nachzudenken, nachdem Frau Sager in sehr prägender Weise — ich glaube, im „Spiegel“ war es — ausgedrückt hat, wenn Linke sich mit der Realität befassen, werden sie naturgemäß immer Sozialdemokraten. Ich lade Sie dazu herzlich ein.

An dieser Stelle will ich auch freimütig bekennen, daß es für die SPD in ihrer großen politischen Bandbreite und in der auch bei ihr vorhandenen Emotionalität schwierig war, sich zu entscheiden, mit welchem Partner sie eine stabile und verlässliche Regierungsmehrheit auf die Beine stellen sollte. Eines war nach dem Wahlergebnis sicherlich klar: Ein politisches Bündnis in der Hamburger Bürgerschaft muß den Willen der Wählerinnen und Wähler aufnehmen. Sie haben den großen politischen Parteien Vertrauen entzogen. Die Hamburger SPD wurde reduziert, und zwar auf ein Niveau, das knapp über dem bundesdurchschnittlichen Ansehen der Sozialdemokraten, aber noch deutlich über dem Ansehen der Sozialdemokraten in den Großstädten in der Wählergunst liegt. Die CDU hat einen fast vernichtenden Absturz von 41,9 Prozent in 1986 auf jetzt 25,1 Prozent in der Wählergunst erfahren. Die F.D.P. wurde als Klientel-Partei zum fünften Male innerhalb von fünfzehn Jahren in die außerparlamentarische Opposition verwiesen. Eine Koalition der abgestraften Verlierer dieser Wahl hat die Wahlentscheidung gewiß nicht signalisiert.

(Krista Sager GAL: Das wäre aber das einfachste gewesen!)

Signalisiert hat das Wahlergebnis vielmehr, daß die Sozialdemokraten als stärkste politische Kraft immerhin mit einem

(Günter Elste SPD)

- A Vorsprung von 15 Prozent vor der zweitstärksten Fraktion weiterregieren müssen,

(*Ole von Beust CDU: — und wollen!*)

aber daß sie auch durch den Zwang zur Koalition mit einer politischen Kraft, die zugelegt hat, Bewegung und innovative Fortentwicklung zeigen müssen. Die Alternativen waren einerseits, mit den Grünen den Aufbruch zur radikalen Veränderung zu wagen und sich dabei in einem solchen Bündnis zwangsläufig fast als der Bremser zu betätigen, der vor allem die Realisierbarkeit von idealisierten Vorstellungen im weitgehend gesellschaftspolitischen Konsens ermöglichen muß, und andererseits, die eigene Politik mit dem parlamentswirksam artikulierten Wählerprotest zu konfrontieren, zu überprüfen und zu korrigieren im Hinblick auf die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger, die zwar auch von der etablierten Politik die Nase vollhaben, aber nicht resignieren, sondern mutig agieren, um aktiv zu verändern und nicht nur zu lamentieren.

Mit sehr knapper Mehrheit haben sich die Spitzenfunktionäre der SPD zuerst dafür entschieden, das Wagnis mit der GAL anzustreben. Dies hat in den Verhandlungen den Sozialdemokraten Bewegung abverlangt, die es auch gegeben hat. Dies war der Grün-Alternativen Liste aber nicht genug, und deshalb sind letztlich die Verhandlungen gescheitert. Im nachhinein und mit Abstand betrachtet ist das Scheitern des Zustandekommens eines solchen Bündnisses aus meiner Sicht darauf zurückzuführen, daß die weltanschauliche Betrachtungsweise der Grün-Alternativen Liste die Hürden so hoch gelegt hatte, daß die SPD den Realitätsbezug zur politischen Veränderungsbereitschaft der Gesellschaft verloren hätte. Utopien sind als Prüf- und Orientierungspunkte langfristig notwendiger Veränderungen wichtig und als Nährboden für politischen Fortschritt nicht verzichtbar. Sie allerdings mit Gewalt auf Kosten der Existenz und unter Brechung des Willens der davon Betroffenen durchsetzen zu wollen, führt in aller Regel nicht zum Ziele. Weltanschauung kann nicht zur Maxime der Politik werden, sondern die Realisierung von Problemlösungen in der Lebenswirklichkeit mit Augenmaß muß politisches Handeln bestimmen.

B

(*Krista Sager GAL: Vielleicht so, wie sich der Bürgermeister in der „Bild“-Zeitung geäußert hat?*)

Nachdem die GAL die Verhandlungen mit der SPD ihrerseits hat scheitern lassen, hat die SPD die Verhandlungen mit der STATT Partei aufgenommen, und dies hat zu einem aus meiner Sicht für beide Seiten akzeptablen und tragbaren Ergebnis geführt. Dabei hat die SPD im Prinzip keine Abstriche von den politischen Positionen gemacht, die mit der Grün-Alternativen Liste abzuschließen sie auch bereit gewesen wäre.

(*Dr. Roland Salchow CDU: Aha! — Krista Sager GAL: Das stimmt doch gar nicht!*)

Im Ergebnis bedeutet dies, daß sich die von den Wählerinnen und Wählern zum Regieren bestimmte SPD einerseits mit Blick auf die GAL-Wählerschaft fortentwickelt und andererseits den Anforderungen des parlamentswirksam artikulierten Protestes der Wählerschaft Rechnung getragen hat.

Bewegung in dem Politikverhalten der die Regierung tragenden politischen Kräfte ist erfolgt. Dies ist ein Wagnis. Ob dieses Wagnis den Erwartungen großer Teile der Wählerschaft entsprechen wird, werden die Ergebnisse des politischen Handelns in dieser Legislaturperiode zeigen. Die

Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg werden die Wählerinnen und Wähler letztlich wieder zu treffen haben. Insgesamt ist diese Parlamentsstruktur für die Sacharbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger also gar nicht schlecht, sondern sie ist vielmehr gut in dieser Zusammensetzung. Treibende und beharrende Elemente fordern eine Regierungsmehrheit heraus, die gekennzeichnet ist durch Integrationskraft und die Kombination langgedienter Professionalität mit unvoreingenommener und engagierter Bürgersicht. Dies kann unserer Stadt im sachorientierten Wettstreit der parlamentarischen Kräfte nur nützen.

C

Ich möchte darauf zurückkommen, warum ich meine, daß dieses Parlament in der Lage sein müßte, sein Erscheinungsbild gegenüber den Politikverdrossenen zu verbessern. Das sind auch die persönlichen Erfahrungen aus den Verhandlungen mit der Grün-Alternativen Liste und mit STATT Partei. Beide Verhandlungen wurden durch Sachdiskussionen geprägt. Es hat sich dort weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit gezeigt, daß man hahnenkampffrei um Sachpositionen konstruktiv streiten kann. Dies muß auch im Plenum der Bürgerschaft unter Verzicht auf Verhandlungen zwischen SPD und CDU, Herr von Beust, möglich sein, damit Politik bei den bisherigen Politikverdrossenen wieder Akzeptanz findet. Meine Fraktion ist bereit, sich in diesem Sinne alle erdenkliche Mühe zu geben. Lassen Sie uns es doch alle gemeinsam versuchen, im Interesse der Parteiendemokratie und der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

Nun will ich aber noch zu dem Beitrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Stellung nehmen und mich dabei entsprechend den eben gelobten Vorsätzen bemühen, dabei eben nicht die rhetorische Keule zu schwingen, was Sie sicherlich enttäuscht, Frau Schnieber-Jastram,

D

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU: Richtig!*)

aber sehen Sie es mir bitte nach.

Herr von Beust, nach 72 Tagen, die Sie nun als Fraktionsvorsitzender mit dem heutigen Tage im Amt sind, haben Sie noch eine Restschonfrist von 28 Tagen. Insofern wollen wir hier die Worte auch nicht auf die Goldwaage legen. Ich freue mich allerdings darüber oder habe mich darüber gereut, daß Sie am Beginn Ihrer Ausführungen eine Übereinstimmung darin signalisiert haben, daß es die Notwendigkeit gibt, die Ursachen der Politikverdrossenheit aufzugreifen. Sie haben von der Vertrauenskrise geredet und davon gesprochen, daraus auch Konsequenzen für das politische Miteinander, das Miteinanderumgehen zu ziehen. Was Sie dann allerdings im Anschluß daran gemacht haben, steht nicht in Übereinstimmung mit der Aussage, denn dann haben Sie sich erst einmal an Ihrem Freund Markus abgearbeitet. Das scheint zur Dauerveranstaltung dieser Legislaturperiode zu werden. Darauf will ich auch nicht weiter eingehen. Dann haben Sie, obwohl Sie am Anfang gesagt haben, nun wollen wir nicht wieder in die alten Rituale verfallen, kein gutes Haar an der Regierungserklärung gelassen, sondern gesagt, sie sei inhaltslos.

(*Dr. Martin Willich CDU: Das war ja auch eine Glutze, politisch!*)

— Herr Willich, Sie sind ja noch nicht soweit in Ihrer persönlichen Entwicklung wie Herr von Beust, aber was die Abkehr von Ritualen anbetrifft, können Sie es noch nachholen.

Herr von Beust, Sie stellen sich mit solchen Aussagen, das sei alles inhaltslos, doch selbst in den Widerspruch,

(Günter Elste SPD)

A (Ole von Beust CDU: Ich habe doch zitiert!)

denn Sie haben sehr positiv Stellung bezogen zum Beispiel zu den Essentials, die der Erste Bürgermeister während der laufenden Verhandlungen genannt hat. Da sich diese in der Kooperationsvereinbarung wiederfinden, kann sie doch eigentlich nicht so inhaltslos sein. Sehen Sie, das ist dieses hahnenkampfartige Übereinanderherfallen, was die Leute schlichtweg satt haben. Ich gebe ja zu, ich mache das auch ganz gern. Da kann man sich einmal richtig austoben. Aber es führt uns nicht weiter. Lassen Sie uns das doch einstellen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das waren doch alles Zitate!)

Ihr Verständnis in Sachen Amtsführung des Senats ist allerdings beleuchtenswert. Ich finde es sehr in Ordnung, daß sich der Erste Bürgermeister dieser Stadt darum bemüht, eine sehr enge Kommunikation sowohl mit den Arbeitnehmern als auch mit den Unternehmern dieser Stadt zu führen, denn wir brauchen Arbeitsplätze in den Unternehmen für die Arbeitnehmer dieser Stadt. Und dann muß man doch mit beiden reden. Ich weiß gar nicht, was daran schlecht sein soll.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Und externe Kommentatoren — Herr von Beust, das wissen Sie doch selbst auch genau — sagen doch, daß die Entwicklung Hamburgs — so wie diese Stadt in dieser Bundesrepublik oder im europäischen Wirtschaftsraum dasteht — doch schon fast historisch darauf zurückzuführen ist, daß es hier in der Politik ein traditionelles Bündnis zwischen Arbeitnehmerschaft und sozialverantwortlicher Unternehmerschaft gibt. Auch dem haben wir es zu verdanken, daß es uns heute hier sehr viel bessergeht als anderen. Und das hat sicherlich auch etwas mit sozialdemokratischer Politik zu tun, denn die vier Jahre Regierungsmehrheit, die Sie vor vierzig Jahren gerade so um diese Zeit

B

(Ole von Beust CDU: Nun werden Sie nur nicht nachtragend!)

— ich bin nicht nachtragend, das hat nur eine Parallele —, von 1953 bis 1957 in einem Bürgerblock gehabt haben, die hätten Sie von den parlamentarischen Strukturen heute übrigens auch. Wenn Sie sich mit Frau Sager arrangierten — gelegentlich fliegen hier ja die Komplimente hin und her —

(Krista Sager GAL: Sie sind doch Teil des Bürgerblocks, Herr Elste!)

oder wenn Sie sich vielleicht auch mit Herrn Wegner versöhnen würden, hätten Sie die Mehrheit, um das von 1953 bis 1957 zu wiederholen. Das scheint aber wohl nicht so zu klappen. Sie haben auch nicht gesagt, was Sie konkret anders machen wollen als das, was der Bürgermeister mit seiner Regierungserklärung als programmatische Zielperspektive für die politische Arbeit dieses Senats in dieser Legislaturperiode dargestellt hat. Ich habe jedenfalls nicht gehört, daß Sie an einer Stelle gesagt haben, das, was der Senat sich mit dieser Kooperation vorgenommen hat, sei verkehrt.

Und diese kleinen Taschenspielertricks mit Zitaten aus Presseberichten und nicht aus Reden, Herr von Beust, die wollen wir Ihnen noch 28 Tagen Schonfrist zugute rechnen.

Sie haben die Kooperationsvereinbarung allerdings ein bißchen selektiv gelesen. Wir werden in den nächsten vier

Jahren öfter darauf zurückkommen. Also, widmen Sie sich doch noch einmal intensiv der Lektüre. Wir helfen Ihnen gerne, dann auch die relevanten Stellen zu finden.

C

(Dr. Roland Salchow CDU: Da muß einem auch geholfen werden!)

Und wegen der genannten 28 Tage möchte ich mich auch jetzt nicht auf die Ebene der Revanche begeben, sondern Sie noch einmal animieren, selbst nachzulesen, was Sie in dem CDU-Sofortprogramm, diesem immerhin programmatisch 35 Punkte umfassenden Programm, zur Fehlbelegungsabgabe, zur Umstrukturierung von Mittelverteilung im Wohnungsbau, zu den Baugenehmigungsverfahren und unter Ziffer 33 zu den Möglichkeiten, eine solide Finanzpolitik zu machen, gesagt haben. Und prüfen Sie dann einmal, wie verbindlich das denn war, was Sie dort aufgeschrieben haben, und wie sehr dies den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Interessierten Kolleginnen und Kollegen im Hause gebe ich dieses Exemplar gerne zur Kenntnis.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich den aus dem Senat ausgeschiedenen Senatsmitgliedern auch im Namen meiner Fraktion für ihren Einsatz und ihr politisches Wirken ausdrücklich danken

(Beifall bei der SPD)

und zugleich den neuen Mitgliedern des Senats, und darunter denjenigen, die veränderte Aufgabenbereiche wahrzunehmen haben, in durchaus schwierigen Zeiten Tatkraft und Erfolg wünschen und ihnen die Unterstützung der SPD-Fraktion auf der Grundlage dieser Kooperationsvereinbarung zusichern. Diese Wünsche verbinden sich zugleich aber auch mit Erwartungen an ihre Amtsführung, an deren Erfüllung wir als Regierungsfraktion mit unseren Kräften gern und entschlossen mitwirken wollen.

D

Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Rittershaus, wird es obliegen, im Wirtschaftsressort die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß das vorhandene Arbeitsplatzangebot in der Summe gesichert und angesichts der bevölkerungsmäßigen Wachstumsentwicklung unserer Stadt nach Möglichkeit auch ausgebaut werden kann. Dies ist eine schwierige Aufgabe, denn zum einen erstrecken sich Ihre Wirkungsmöglichkeiten nur auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, und zum anderen werden Sie mit Ihren Senatskolleginnen und -kollegen in einen Konkurrenzkampf um knappe finanzielle und flächenmäßige Ressourcen gestellt werden, in einen Konkurrenzkampf, der nicht von Pappe ist.

Der Rationalisierungsdruck in der deutschen Wirtschaft, der zur Sicherung und oft auch zur Wiedererlangung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich ist, wird zu Umstrukturierungsnotwendigkeiten und Arbeitsplatzverlusten führen, die es im Interesse der Arbeitnehmerschaft dieser Stadt zu kompensieren gilt. Die Chancen, die Hamburgs verbesserte wirtschaftsgeographische Lage bietet, müssen deshalb konsequent für Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Einkommen in unserer Stadt, aber auch unter Wahrung ihrer Lebensqualität genutzt werden.

Ein besonderes Anliegen meiner Fraktion, Herr Bürgermeister, ist es, daß auch in der Dienstleistungsmetropole Hamburg denjenigen Arbeitnehmern, die sich nicht berufen fühlen, einen Dienstleistungsjob hinter dem Schreibtisch oder dem Counter mit Schlips und weißem Kragen wahrzunehmen, sondern einen sogenannten Blaumannjob benötigen,

(Günter Elste SPD)

- A Rechnung getragen wird durch ein besonderes Augenmerk auf den industriell-gewerblichen Bereich in unserer Stadt.

An Sie, sehr geehrter Herr Senator Hardraht, richtet sich die Erwartung meiner Fraktion, neben der notwendigen und verbesserungsbedürftigen, aber angesichts knapper Ressourcen erschwerten Gewährleistung der Funktionsfähigkeit von Gerichtsbarkeit und Strafvollzug vor allem auch auf der Ebene der Bundesgesetzgebung Initiativen vorzubereiten, die insbesondere die Möglichkeiten zum Beispiel polizeilichen Handelns zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit im Alltag verbessern. Dies gilt aber auch im Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen, die wir für die Bewältigung der Drogenproblematik benötigen und im Hinblick auf die Steuerungsmöglichkeiten bei Zuwanderungsbewegungen durch ein Einwanderungsgesetz. Bürgermeister Dr. Voscherau hat bereits auf dieses Vorhaben hingewiesen.

Herr Senator Mirow wird mit der sehr umfassenden Erweiterung seines bisherigen Aufgabengebietes besonderen Herausforderungen und auch Belastungen ausgesetzt sein. Die Fortführung des eingeschlagenen neuen Weges in der Abstimmung der Stadtentwicklungspolitik im Hinblick auf die betroffenen Vertretungen der Bürgerinnen und Bürger und auch im Hinblick auf die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben innerhalb von Politik und Verwaltung ist sicherlich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Aus der Sicht der SPD-Fraktion wird dabei auch der Verbesserung der Lebenssituation in den sozialen Brennpunkten der Stadt eine hohe Bedeutung beigemessen werden müssen, und da sind unsere Erwartungen auch konkret. Diese Erwartungen richten sich in diesem Punkt zugleich natürlich auch an Frau Senatorin Fischer-Menzel im Bereich der BAGS und nicht zuletzt auch an Herrn Senator Runde im Finanzressort.

B

An Frau Senatorin Fischer-Menzel richtet sich die Erwartung, daß auch im Bereich der staatlichen Beschäftigungspolitik neue Wege gefunden werden müssen, um die Erreichbarkeit von Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der Qualifizierung und der Integration in den ersten Arbeitsmarkt noch weiter zu verbessern, was angesichts knapper Ressourcen und einer restriktiven Politik des Bundes sehr, sehr schwierig sein wird. Sie können bei all den Anstrengungen hierbei mit Sicherheit auf die Unterstützung der Sozialdemokraten in dieser Bürgerschaft setzen.

An Herrn Senator Runde richtet sich die Erwartung, auch bei unerläßlich restriktivem Haushaltsgebaren konsequent aus seiner Rolle heraus zur messerscharfen Trennung zwischen politischen Prioritäten und Posterioritäten aus seiner Behörde heraus mit beizutragen, aber, Herr Senator, auch unter der Berücksichtigung der sozialen Verträglichkeit dessen, was wir politisch dann anschließend in schwieriger Lage werden zu verantworten haben.

Wie schwierig dies alles sein wird, werden demnächst alle Fraktionen ihrerseits nachvollziehen können, da sie Konflikte beim Setzen von Vorrangigkeiten oder Nachrangigkeiten auch unter den eigenen Abgeordneten austragen müssen.

(Vizepräsidentin Ulla Bussek übernimmt den Vorsitz)

Und insofern, Herr von Beust, habe ich Ihre Worte sehr wohl gehört, daß Sie bereit sind, Unpopuläres mitzutragen. Es würde mich freuen, wenn Sie diesen Worten dann auch parlamentarische Taten folgen ließen. Zu einem Dialog auch hierüber sind wir in diesem Parlament sicherlich gerne bereit.

An Frau Senatorin Weiss, die künftig auch für das Ressort Gleichstellung zuständig sein wird, richtet sich die Erwartung, nicht nur die berufliche Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst im Sinne einer Schrittmacherefunktion in der Praxis fortzuentwickeln, sondern sich vor allem für entsprechende Verhaltensweisen auch in der privaten Wirtschaft werbend und unterstützend einzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Verbesserung der Bedingungen für die Rückkehr auch derjenigen Frauen, die nach Erziehung und Betreuung ihrer Kinder wieder in das Berufsleben eintreten wollen.

Meine Damen und Herren! Die vor uns liegende Legislaturperiode beinhaltet schwierige politische Aufgabenstellungen. Die aufgrund der Wirtschaftsrezession begrenzten finanziellen Ressourcen, aber auch die mit der Finanzierung der deutschen Einheit verbundenen Lasten werden es schwierig machen, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Staat in unserer Anspruchsgesellschaft zu erfüllen. Es wird hier nicht um die Verteilung von Wohltaten in der Politik, sondern vielmehr auch um die sozialgerechte Verteilung von Beschränkungen und die Reduzierung von Standards staatlicher Leistungen gehen. Im politischen Wettstreit ist deshalb keine Weißfußindianerei gefragt, denn bloßer Opportunismus wird nicht der eigenen Profilierung im Ergebnis dienen, sondern vielmehr denjenigen die Steigbügel halten, die dabei sind, die Spielregeln einer sozialgerechten, humanitären und demokratischen Gesellschaftsordnung zu unterlaufen oder gar auszuhebeln.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam dazu beitragen, Entwicklungen zu verhindern, die uns in die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte im Parlamentarismus zurückführen könnten. An diesem Ziel müssen wir uns orientieren und unser Verhalten in der Politik zur Wahrung der Demokratie und des sozialen Friedens in unserem Land ausrichten.

Wir Sozialdemokraten werden uns konsequent für einen solchen Weg einsetzen und reichen allen in diesem Parlament die Hand für eine konstruktive Zusammenarbeit zur Wahrung von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und sozialem Frieden in unserer Stadt. — Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der STATT Partei — Peter Zamory GAL: Amen!)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Frau Sager.

Krista Sager GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 19. September 1993 haben die Wählerinnen und Wähler dem Voscherau-Senat die Mehrheit entzogen. Ein solches Wahlergebnis kann man eigentlich nur so verstehen, daß die Wählerinnen und Wähler eine politische Veränderung in dieser Stadt wollten.

(Reinhardt Hinze SPD: Knapp an der absoluten Mehrheit vorbei!)

Wenn die SPD fast 8 Prozent ihrer Stimmen verliert, dann ist das mit Sicherheit kein Signal: Der Senat war prima, weiter so, Henning.

Wer nun allerdings glaubt, daß ein solches Wahlergebnis die Hamburger SPD beeindruckt hätte, der kennt in der Tat Hamburg nicht, der kennt die Hamburger SPD und ihren ewigen Senat nicht, und der kennt schon gar nicht den hiesigen Bürgermeister. Der hatte nämlich bereits unmittelbar nach dieser Wahl diagnostiziert: Das Urteil der Wählerinnen und Wähler ist ungerecht; der Senat war doch viel besser.

(Krista Sager GAL)

- A Was ist also passiert? Die Wählerinnen und Wähler haben sich offensichtlich wieder einmal verärgert. Das ist in Hamburg ja schon öfter der Fall gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern ist es nicht so verwunderlich, daß Voscherau sein Urteil über den Voscherau-Senat nun nicht durch das Urteil der Wählerinnen und Wähler erschüttern ließ. Die Aufgabe war also von vornherein klar: schwierig, aber eindeutig. Die Aufgabe lautete: Wie kann die Voscherau-Regierung weitermachen wie bisher, obwohl sie eigentlich abgewählt ist? Nun gibt es ja eine gute alte Tradition der Hamburger SPD, nach der demokratische Wahlen auf die Politik einen möglichst geringen Einfluß haben sollen,

(Beifall bei Karen Ingeborg Koop CDU)

wenn sie die Macht der SPD in Frage stellen.

Leider ist es aber doch wohl so, daß sich die alten Methoden für dieses Problem etwas verbraucht haben. Insofern hat Herr Voscherau natürlich völlig recht gehabt, wenn er gesagt hat, man konnte nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Man mußte a) eine Mehrheit finden, und b) konnte man sich diese Mehrheit nicht einfach durch Nachwahlen organisieren, wie das sonst üblich war — jedenfalls bis jetzt noch nicht.

Ob Henning Voscherau nun den Einzug der STATT Partei in die Bürgerschaft als eine Art Gottesurteil ansah, in dem sozusagen das Wählerurteil von oben korrigiert wurde, wird wohl auf ewig sein Geheimnis bleiben. Mich würde es nicht wundern. Daß er darin allerdings sofort die Chance erkannte, bei minimaler Veränderung maximalen Machterhalt zu bewahren, ist möglicherweise ein Indiz dafür, daß diejenigen SPD-Aktivisten, die ständig betonen, daß es keine personelle Alternative gibt zu Henning Voscherau in der SPD, weil er immerhin der Schlaueste von allen ist, möglicherweise doch recht haben.

Wie nun das Kunststück „aus alt mach neu“ bei Aufrechterhaltung maximaler Macht und politischer Stagnation heute über die Bühne gebracht wurde, dazu kann man dem neuen, alten Bürgermeister eigentlich wirklich gratulieren, denn es ist zweifellos vorrangig sein persönliches Verdienst.

(Uwe Grund SPD: Und Ihr Fehler!)

Mir hat eine Person des öffentlichen Lebens, deren Namen ich nicht nennen möchte,

(Jan Ehlers SPD: Doch, doch, den wollen wir gerne hören!)

aber die man durchaus als eine Person des öffentlichen Lebens hier in Hamburg bezeichnen kann, eine Bewertung dieser alchimistischen Umwandlung des alten in den neuen Bürgermeister zukommen lassen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil sie literarischer Natur und deshalb durchaus geeignet ist, auch in diesem Haus zur Erbauung beizutragen.

(Jan Ehlers SPD: Dann gehört er nicht zu uns!)

Es handelt sich — das wird Sie nicht verwundern — um ein Zitat aus dem „Faust“:

„Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister. Nun, da er es ist, wird er nur täglich dreister.“

Meine Damen und Herren! Mit diesem Zitat — das wird einige nicht verwundern — komme ich zu den Auslassun-

gen von Henning Voscherau aus der „Bild“-Zeitung vom Montag. Ich komme bei diesen Auslassungen in ganz zentraler Weise auf die Erklärungen unserer Fraktion zur Regierungsbildung. Ich tue das nicht vorrangig, weil dieses „Bild“-Interview durchaus geeignet ist zu erklären, warum die GAL in diesem Voscherau-Senat falsch aufgehoben gewesen wäre. Wir hätten nach diesem „Bild“-Zeitungsinterview mit Sicherheit schon zwei Tage vor der Regierungsbildung die erste Regierungskrise gehabt.

(Beifall bei der GAL)

Ich tue das deshalb, weil mit Sicherheit die Frage der zunehmenden sozialen Spaltung in unserer Stadt bei gleichzeitiger Notwendigkeit, eine größere Zahl von Menschen nichtdeutscher Abstammung zu integrieren, eine der ganz großen Zukunftsaufgaben für diese Stadt ist. Und interessant an einer neuen Regierung ist, daß sie vorrangig nicht so weitermacht wie bisher — die Auseinandersetzung mit den sattsam bekannten Positionen von Positionen aus, die ebenfalls sattsam bekannt sind —, sondern besonders interessant ist natürlich die Auseinandersetzung mit dem, was man glaubt, was die neuen Töne sind, wo man sich fragt, was kommt denn da eigentlich auf uns zu, gerade von einem Bürgermeister, der sich heute noch einmal ausdrücklich zugute gehalten hat, daß er einen Anti-rechts-Wahlkampf geführt hätte und dazu auch noch einen konsequenten.

(Uwe Grund SPD: Das stimmt!)

Ich glaube, das ist Anlaß genug, sich in der Antwort auf eine Regierungserklärung mit diesen Auslassungen in besonderer Weise auseinanderzusetzen.

Ich habe mir dieses Interview mehrmals durchgelesen und nichts, aber auch nichts gefunden, was geeignet wäre, das, was dort gesagt worden ist, zu beschönigen oder wegzuerklären, wie dies in den letzten Tagen mehrfach versucht worden ist.

Herr Voscherau wird von der „Bild“-Zeitung auf die Wohnungspolitik angesprochen. Nun gibt es viele Möglichkeiten, sich auf das Thema Wohnungspolitik einzulassen. Man könnte über die Bonner Fehlförderungspolitik, über die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, über Zweckentfremdung von Wohnraum und auch über die Notwendigkeit und Möglichkeit veränderter Belegungspolitik sprechen. All das tut der Bürgermeister nicht. Er wird auf die Wohnungspolitik angesprochen, und er verweist auf die Zuwanderungsgeschwindigkeit. Er verweist auf die Veränderungsgeschwindigkeit getreu der Propaganda aller Rechten: „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Wohnungen weg.“ Und er tut das in einer Situation, in der die Zuwanderung ganz deutlich abnimmt, in der die größte Gruppe Kriegsflüchtlinge sind, die nichts lieber wollen, als in Frieden in ihrer Heimat leben. In dieser Situation spricht er bei der Frage Wohnungsnot an erster Stelle über Zuwanderungsgeschwindigkeit und als nächstes über Wilhelmsburg als gefährdeten Stadtteil. Er spricht nicht über ausländische Bürger, Arme und Sozialhilfeempfänger als Gefährdete, die zu schützen sind vor Armut oder vor Gettoisierung, sondern er spricht von gefährdeten Stadtteilen, die gerade durch Ausländer, Arme und Sozialhilfeempfänger gefährdet sind.

Ich frage Sie: „Soll das etwa die Sprache sein, die Menschen in Armutsgettos helfen soll, oder ist es nicht gerade diese Sprache, die Menschen und Stadtteile stigmatisiert?“

(Beifall bei der GAL)

(Krista Sager GAL)

- A Aber es bleibt ja nicht nur bei dieser Sprache, sondern es geht munter weiter. Als nächstes ist von Stadtteilen die Rede, in denen 50 Prozent und mehr Ausländer leben. Und das wird unmittelbar auf Wilhelmsburg gemünzt und gesagt: „Jetzt ist Schluß.“ Und der bürgermeisterliche Kronzeuge versichert den interessierten Leserinnen und Lesern der „Bild“-Zeitung, daß zumindest in Wilhelmsburg „das Boot voll“ ist.

Wir haben also die sattem bekannte Palette der rechtsradikalen Propagandabilder. Die ausländische Flut, die armen Deutschen, die kurz vor dem Absaufen sind, im kleinen Boot, die Beschwörung, daß die Deutschen auf dem Wege sind, Minderheit im eigenen Land zu werden. Und dann haben wir noch den starken Mann, der endlich sagt: „Jetzt ist Schluß.“ Und zur Zuzugssperre sagt er: „Notfalls muß auch das möglich sein.“ Und in diesem Notfallpassus des Interviews geht es ausschließlich um Ausländer, und ich bitte Sie, sehen Sie sich das Interview selber noch einmal an. In diesem Notfallpassus geht es nur um Ausländer. Es geht nicht um Armut, um verfehlte Wohnungspolitik, und es geht nicht um Stadtentwicklungspolitik. Es geht eindeutig und ausschließlich nur um den Notfall durch Überfremdung.

Und wenn man dann beim Notfall ist, dann kann man sich natürlich auch gleich an das Grundgesetz heranmachen. Hierzu erklärt dann der starke Mann ganz salopp: „Ich wäre dazu bereit.“ Ich frage Sie: Nun ja, die SPD hat das Grundgesetz schon einmal wegen der vielen Fremden geändert, warum nicht gleich ein zweites Mal?

Herr Voscherau, Sie haben dieses Interview autorisiert. Sie wissen genausogut wie ich, daß man Dinge, bei denen man sich in einem Interview vergaloppiert hat, aus dem Interview auch wieder herausstreichen kann. Sie wissen das nicht nur, sondern Sie machen das auch, wenn Sie das für opportun halten, und Sie haben es oft genug getan. Ich übrigens auch. Das gebe ich gerne zu.

B

Sie können sich aber bei diesem Interview nicht mit der Nichtverantwortung für Überschriften herausreden. Dieses Interview ist inhaltlich und nicht von der Überschrift her fremdenfeindlich. Es bedient sich der Sprache und der Bilder rassistischer Propaganda, es greift rechtsradikale Forderungen auf, und es diskriminiert Menschen, die es zu schützen gilt vor Armut, Gewalt und unfreiwilliger Gettoisierung.

(Beifall bei der GAL und bei *Karen Ingeborg Koop CDU*)

Und — das sollten Sie auch wissen — es bedient sich dabei auch noch der Unwahrheit. Es bedient sich der Unwahrheit, weil in Wilhelmsburg viele ausländische Menschen leben. Aber es sind nicht 50 Prozent und mehr. Das ist schlicht ein demagogischer Umgang mit Zahlen, der hier betrieben wird, und man fragt sich: Warum? In Wilhelmsburg sind es gerade die ausländischen Familien, die gegenüber vielen dort lebenden deutschen Sozialhilfeempfängern sogar zu einer sozialen Stabilität und Normalität im Sinne eines bürgerlichen Lebens mit Erwerbsarbeit und Familienleben beitragen. Viele — behaupte ich —, die in Wilhelmsburg rechts gewählt haben, haben das vielleicht gerade als Protest gegen Ihre Politik gemeint und nicht so sehr als Feindschaft gegen ihre ausländischen Nachbarn. Aber denen ist gerade vom Bürgermeister höchstpersönlich bestätigt worden, daß es nicht an der Politik liegt, sondern an den Ausländern, die man begrenzen muß, damit es den anderen bessergeht. Und die Lobhudelei der Nationalen Liste, die wir ätzender-

weise auch noch erleben mußten — hat Sie wahrscheinlich auch angeätzt —, beweist doch nur eines: Wer den Rechten recht gibt, der stärkt letztlich nur das Original, und zwar auf Kosten eines humanitären und demokratischen Konsenses.

(Beifall bei der GAL und bei *Karen Ingeborg Koop CDU*)

Herr Voscherau, Sie haben zu diesem Interview in dieser Regierungserklärung nichts gesagt. Ich finde das unververtretbar. Sie können sich nicht aus der Verantwortung für dieses Interview davonstehlen. Schon gar nicht, indem Sie hier erklären, Sie hätten nur auf ein soziales Problem aufmerksam machen wollen, um das sich andere herumdrücken und das niemand beim Namen nennt. Das ist nicht so. Und daß das nicht so ist, kann ich vor dem Hintergrund sagen, daß gerade in dem von der GAL vorgelegten Entwurf für einen Koalitionsvertrag mit Ihnen wortwörtlich steht, daß die Belegungspolitik dahin gehend verbessert werden muß, daß Arme nicht in Gettos zusammengedrängt werden. Das steht dort wortwörtlich. So klar beim Namen wird das weder im Kooperationsvertrag noch in Ihrem eigenen Entwurf benannt.

Es geht hier nicht darum, daß andere diese Dinge nicht beim Namen nennen, sondern es geht wirklich darum, daß Sie in diesem Interview nicht einen Beitrag geleistet haben, um ein soziales Problem beim Namen zu nennen und aufzugreifen, sondern dieses Interview ist eine völlige Entgleisung. Ich finde es wirklich schade, daß Sie nicht den Weg gefunden haben zu sagen, dieses Interview ist ein Fehler gewesen. Ich hätte es für das politische Klima in dieser Stadt wichtig gefunden. Ich habe mich ehrlich gesagt auch gefragt, wie eine solche Entgleisung von einem intelligenten und medienerfahrenen Menschen zu erklären ist, und dann ausgerechnet noch in der „Bild“-Zeitung.

D

Irgendwie bin ich ganz froh, daß ich Ihnen heute nicht meine Stimme geben mußte, aber ich habe mich natürlich trotzdem gefragt, wie das möglich ist. Ich habe mich das deshalb gefragt, weil ich Sie natürlich nicht für einen Rassisten halte. Dann hätte man ganz einfache Erklärungen parat. Und ich sage Ihnen noch eines: Ich sehe in Ihrer Politik die Gefahr, daß sich diese Rolle des starken Mannes, der in schwierigen Zeiten mit harter Hand sagt: Jetzt ist aber Schluß!, in eine ganz gefährliche Eigendynamik hineinbewegt. Wer nämlich zu den Menschen aus ausländischen Familien, wer zu Langzeitarbeitslosen und zu Sozialhilfeempfängern sagt: Jetzt ist aber Schluß!, der müßte dann auch sagen, wohin die dann sollen. Der müßte dann auch der starke Mann sein, der zu Miethaien, Bodenspekulanten, aber auch zu ganz anständigen Wohnungsbaugesellschaften, vermietenden Hausbesitzern oder entlassenden Unternehmen sagen könnte, jetzt sei aber Schluß.

Der müßte dann nicht nur sagen können, jetzt ist aber Schluß, sondern der müßte möglichst auch noch die Baukosten und die Wirtschaftskonjunktur im Griff haben. Aber so stark ist man als Kommunalpolitiker und auch als Erster Bürgermeister nicht. Deswegen muß man mit solchen markigen Worten verdammt vorsichtig sein, weil man den Schwächsten der Schwachen nicht sagen kann, wo sie hingehen sollen, wenn man in Wilhelmsburg sagt, jetzt ist aber Schluß.

Ich sehe noch eine weitere Gefahr in Ihrer Politik, die sich auch in diesem „Bild“-Zeitungsinterview zeigt. Ich weiß, daß es sehr viele Pädagogen gibt, die dazu neigen, alle

(Krista Sager GAL)

- A Probleme pädagogisch lösen zu wollen. Ich sehe auch, daß es eine Menge Juristen gibt, die jedes Problem juristisch lösen wollen. So werden aus den Juristen in der Politik zwar nicht unbedingt furchtbare Juristen — mit solchen Begriffen sollte man vorsichtig sein —, aber manchmal doch furchtbare Politiker. Wer gegen Bettelei mit Strafrechtsänderungen angehen will und gegen Gettobildung Grundgesetzänderung und Zuzugssperre heranziehen will, der ist in der Tat dabei, mit juristischem Handwerkszeug zu einem furchtbaren Politiker zu werden.

(Beifall bei der GAL)

Ich will mich durchaus mit Ihren Vorschlägen inhaltlich auseinandersetzen. Wenn die von Ihnen vorgeschlagene Zuzugssperre der richtige Hebel sein soll, um Gettoisierung zu verhincern, dann frage ich ganz spontan: Warum wollen Sie diesen Hebel eigentlich nur dort einsetzen, wo die Not groß ist und es viele Menschen aus ausländischen Familien gibt? Warum haben Sie dann nicht den Mut, diesen Hebel zum Beispiel dort vorzuschlagen, wo der Reichtum groß ist und es wenige Menschen aus ausländischen Familien gibt? Man könnte genausogut eine befristete Zuzugssperre für Deutsche in denjenigen Vierteln verlangen, in denen der Ausländeranteil unterdurchschnittlich ist, oder eine Zuzugssperre für Menschen oberhalb eines bestimmten Jahreseinkommens in den Vierteln, in denen die Mieten explodieren.

(Jan Ehlers SPD: Oder vielleicht taugt das Instrument überhaupt nichts!)

— Richtig, Herr Ehlers. Das sehe ich genauso wie Sie. Aber wenn man glaubt, daß es taugt, dann würde das die Mietpreisentwicklung in den guten Wohnvierteln verändern und es könnten dort vielleicht ein paar Sozialhilfeempfänger und ausländische Familien einziehen.

- B

(Jan Ehlers SPD: Dann machen Sie doch nicht so eine Show!)

Ich gebe Ihnen vollkommen recht: Es geht hier nicht darum, gegen die Gettoisierung gutverdienender Deutscher durch Zuzugssperren anzugehen, weil dieses Instrument in der Tat völlig irre ist; ich halte davon überhaupt nichts. Die Argumente sind in der Öffentlichkeit schon ausgetragen worden, und deswegen brauche ich sie hier nicht zu wiederholen.

(Jan Ehlers SPD: Das stand gar nicht drin im Interview!)

— Doch, Herr Ehlers, es stand auch das darin.

Ich möchte mit diesem Beispiel auf eines aufmerksam machen: Wenn man es so dreht, daß man sagt, Diskriminierung nicht in Wilhelmsburg, sondern Diskriminierung in Blankenese, dann wird deutlich, daß diese Vorschläge politische Bomben sind. Kein Mensch kommt auf die Idee, politische Bomben auf Blankenese zu werfen. Man sollte aber auch keine politischen Bomben auf Wilhelmsburg werfen,

(Beifall bei der GAL)

weil das letztlich dazu führt, daß die realen Brandstifter in Ihnen ihre Helfershelfer erkennen, und zwar zu Recht.

(Reinhardt Hinze SPD: So ein Quatschkram, Mensch!)

Wenn Sie Versuche mit solchen Vorschlägen machen wollen, dann fangen Sie lieber klein an. Gucken Sie mal, ob der

in Hamburg durchschnittliche Ausländeranteil von 15 Prozent in Ihrem Hockeyklub erreicht ist,

C

(Reinhardt Hinze SPD: So ein Quatschkram!)

und machen eine Zuzugssperre für Deutsche, bis er erreicht ist. Wenn Sie dann soziale Erfahrungen damit gesammelt und geguckt haben, wie sich das auf das Binnenklima ausgewirkt hat, dann können Sie uns mal davon berichten, ob das heilsame Auswirkungen auf das Binnenklima hatte.

(Reinhardt Hinze SPD: Ich habe immer gedacht, Sie könnten Äpfel von Birnen unterscheiden!)

Ich habe bewußt diese aktuelle Auseinandersetzung in den Mittelpunkt meines Beitrages zu dieser Regierungsdebatte gestellt, weil solche Entgleisungen wirklich Schlimmes befürchten lassen für das zukünftige Regierungshandeln. Es ist offensichtlich nicht so, daß die Grünen die Visionäre sind, die nur nicht ganz realitätstüchtig sind, auch nicht in der ökonomischen Realität. In der Wahrnehmung ökonomischer Realitäten liegen wir gar nicht so weit auseinander, wir liegen in den Instrumenten auseinander. Das hat aber nichts damit zu tun, daß wir uns nicht auf die Realität einlassen, sondern wir haben andere Vorschläge, auch in der Wirtschaftspolitik.

Es zeichnet sich ab, daß es in den nächsten vier Jahren ein weites Auseinanderdriften zwischen uns und Ihnen in der Bewertung der Frage geben wird, wie mit der sozialen Spaltung dieser Gesellschaft umzugehen ist. Das ist etwas, was wir sehr im Auge behalten müssen, denn auch Stagnation und Stillstand sind nicht so schlecht, daß man nicht befürchten könnte, daß es nicht noch schlimmer kommen kann.

Nun sind Stagnation und „Weiter so!“ mit Sicherheit keine angemessenen Antworten auf die Hamburger Probleme. Aber wenn die Regierung auf der Suche nach neuen Lösungen ausgerechnet in Fremdenfeindlichkeit, Einschränkung der Bürgerrechte und soziale Kriegserklärung abdriftet, dann steht in der Tat zu befürchten, daß wir es nicht nur mit Rot-Grau zu tun haben, sondern schwärzesten Zeiten entgegensehen. Vor solchen Lösungen sozialer und stadtentwicklungspolitischer Konflikte können wir jedenfalls nur warnen.

D

(Reinhardt Hinze SPD: Bin ich froh, daß das nichts geworden ist!)

Aber eines hat mich doch sehr verwundert, nun komme ich zu Ihnen, Herr Wegner: daß ausgerechnet Sie als Vertreter der STATT Partei die gesetzliche Beschneidung der Bürgerrechte durch Zuzugssperre und Grundgesetzänderung positiv zu würdigen wußten und sagten, Herr Voscherau bewege sich auf dem richtigen Pfad.

(Reinhardt Hinze SPD: Ja, natürlich!)

Das hat mich doch sehr gewundert. Die STATT Partei beschränkt sich offensichtlich nicht nur auf die Rolle des Steigbügelhalters, sondern hat mit dem ganzen Thema Bürgerrechte, wenn es nicht gerade um den engen Rahmen der Verfassungsreform geht, überhaupt nichts am Hut. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, daß Sie die wesentlichen Fragen von Bürgerrechten, die im GAL-Entwurf für einen Koalitionsvertrag enthalten waren, selber nicht aufgegriffen haben. Ich nenne hier zum Beispiel das Klagerecht für anerkannte Naturschutzverbände, ich nenne die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes, ich nenne ein Informationsfreiheitsgesetz nach der Empfehlung der EG-Minister-

(Krista Sager GAL)

- A präsidenten, ich nenne Namensschilder für Polizisten, ich nenne einen Polizeibeauftragten, ich nenne auch die Eingliederung der E-Schichten in den normalen Polizeidienst. Das alles sind Fragen, die verdammt viel mit Bürgerrechten zu tun haben

(Anna Bruns GAL: Kommunales Ausländerwahlrecht!)

— dazu komme ich gleich — und damit, daß der Bürger gegen die Übermacht von Staat und Verwaltung geschützt werden soll.

Aber mit diesen Themen haben Sie offensichtlich nichts am Hut und gehen sogar noch weiter. Sie haben es immerhin geschafft, der SPD das kommunale Ausländerwahlrecht zu streichen. Das zeigt doch, daß Ihre Partei mit bürgerlicher Liberalität überhaupt nichts am Hut hat,

(Beifall bei der GAL und bei Karen Ingeborg Koop CDU)

sondern im Gegenteil gegenüber den Liberalen eher rechtslastig ist, was auch Ihren Umgang mit Ihrer innerparteilichen Opposition durchaus erklärt.

Womit werden wir es zu tun haben, wenn wir einen Ausblick auf die nächsten vier Jahre wagen? Herr Voscherau hat Eckpunkte vorgelegt, die das einzig Konkrete im Kooperationsvertrag sind. Diese Eckpunkte sind von der STATT Partei pur gefressen worden, die CDU hat sie schon im Vorfeld bejubelt, und Herr Voscherau wird sie jetzt umsetzen können.

Wir haben es in der Regierung also politisch gesehen mit einer Großen Koalition im Westentaschenformat zu tun und insgesamt in Hamburg mit einer neuen Variante des Hamburger Bürgerblocks: eine christdemokratisierte SPD an der Regierung, eine wohlmeinende CDU in der Opposition und eine antiliberaler bürgerliche STATT Partei als Mehrheitsbeschaffer.

(Beifall bei der GAL — Günter Eiste SPD: Selbst bei den Grünen gibt es nur wenig Beifall!)

Herr Wegner, es wird Ihnen schwerfallen, Ihren Wählerinnen und Wählern zu erklären, warum Sie nicht nur wesentliche Grundprinzipien Ihrer eigenen Politik quasi über Nacht in den Mülleimer geworfen haben,

(Dr. Roland Salchow CDU: Genau!)

Sie werden Ihren Wählerinnen und Wählern auch kaum erklären können, warum Sie dann nicht darauf beharrt haben, wenigstens als Gegenpreis Kernelemente in den strittigen Fragen — denn es gab strittige Fragen — Ihrer eigenen Politik abzusichern.

Jetzt komme ich zur Verwaltungsreform. Sie haben im Kooperationsvertrag nur die Dinge aus der Verfassungs- und Parlamentsreform abgesichert, die schon zu einem Zeitpunkt völlig unstrittig waren, als Sie noch gar nicht im Parlament waren,

(Beifall bei der CDU)

nämlich die Dinge, die die Enquete-Kommission festgelegt hat: Bürgerinitiative, Bürgerbegehren — das war alles nicht strittig. Die externe Diätenkommission war ein Vorschlag der Enquete-Kommission. Dafür kann man sich doch nicht bei Ihnen bedanken, sondern nur bei denjenigen Kräften in dieser Stadt, die damals den Diätenskandal zu Fall gebracht

(Markus Wegner STATT Partei: Wunderbar!)

und damit dazu beigetragen haben, daß es die Enquete-Kommission „Parlamentsreform“ überhaupt gab. Sie haben doch nur die Dinge gesichert, die sozusagen von vornherein abgenickt und klare Sache waren. Sie sind bei den Fragen von Bürgerbegehren und Bürgerinitiative noch nicht einmal so weit gegangen, die Quoren mit der SPD festzulegen. Interessant wäre gewesen, ob diese Instrumente über die Quoren ausgehebelt werden; aber darauf haben Sie verzichtet.

(Dr. Roland Salchow CDU: So ist es!)

Beim eigentlichen Streitpunkt, bei der Verwaltungsreform, haben Sie in der Tat Ihr Anliegen nicht durchgebracht. Es wird zwar gesprochen von Neustrukturierung, Neuorientierung, Umstrukturierung, aber es wird nicht gesprochen über Demokratisierung und Dezentralisierung, und die Frage der Kompetenzen und Etathoheit der Bezirke ist nicht geklärt.

Auch nicht geklärt ist die Wahl des Bezirksamtsleiters durch die Bezirksversammlung. Herr Voscherau hat — das nehme ich ihm auch ab — zu uns in den Sondierungsgesprächen gesagt, wer diese Frage nicht klärt, sondern als offenen Punkt mitschleppt, der verhindert die Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode. Sie wissen also, worauf Sie sich eingelassen haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Wegner, was hätte denn eigentlich dagegen gesprochen, das Zustandekommen dieser Kooperation mit der SPD von dem tatsächlichen Durchsetzen dieser Essentials abhängig zu machen? Möglicherweise die Tatsache, daß Sie dann als Voscherau-Unterstützungsverein nicht mehr gefragt gewesen wären. Möglicherweise die bloße Tatsache, daß dann offenkundig geworden wäre, was jetzt der Fall ist: daß nämlich die SPD ihre Wahlniederlage bis heute nicht akzeptiert hat, daß sie bis heute nur das Ziel hat, Voscherau pur mit Voscherau fortsetzen zu können, und Sie nichts weiter sind als das Feigenblatt für die Arroganz der Macht.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind von der Protestpartei über Nacht zum Feigenblatt für die Arroganz der Macht der SPD geworden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das werden Sie Ihren Wählerinnen und Wählern noch erklären müssen, denn ich glaube nicht, daß die das so schnell begreifen werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir heute erspart, mich mit den Politikfeldern auseinanderzusetzen, die für uns alle nichts Neues sind. Unsere Positionen zu Altenwerder, zur vierten Elbtunnelröhre sind bekannt. Die Positionen der SPD dazu sind auch bekannt. Das können wir sicher in den nächsten Jahren, falls diese Regierung nicht an persönlichen Eskapaden schon eher scheitern sollte, noch zur Genüge austragen. Es wäre nicht sehr unterhaltsam gewesen, das alles hier lang und breit auszubreiten.

Aber eines möchte ich doch sagen: Die heutige Regierungsbildung ist für die SPD der Weg gewesen, eine Wahlniederlage hinzunehmen, die absolute Mehrheit zu verlieren und sich dann noch einmal durchzumogeln. Ich prophezeie Ihnen eines: Mit diesem Durchmogeln werden Sie spätestens bei der nächsten Wahl, wenn die Wählerinnen

(Krista Sager GAL)

- A und Wähler wieder ihr Urteil abgeben dürfen, nicht mehr durchkommen, sondern die Quittung dafür bekommen.

(Lebhafter Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Wegner hat das Wort.

(Anna Bruns GAL: Das hat doch Herr Elste alles schon gesagt!)

Markus Wegner STATT Partei: Sehr verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Da Sie gerade über Satzung gesprochen haben:

„Die Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie.

Sie hat die ständige Aufgabe, die Kritik am Regierungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten.“

Herr von Beust und Frau Sager, wo haben Sie eigentlich heute abend die Kritik am Regierungsprogramm hier vertreten? Danach suche ich die ganze Zeit.

(Zurufe von der CDU: Da ist ja keiner da!)

Ich habe sie jedenfalls noch nicht gefunden.

Rousseau hat 1762 sein sehr berühmt gewordenes Buch „Gesellschaftsvertrag“ eingeleitet mit den Worten:

„Der Mensch ist frei geboren und liegt doch überall in Ketten.“

(Krista Sager GAL: Auch in der STATT Partei! — Beifall bei der CDU und der GAL)

- B Ein bundesdeutscher Parteienkritiker, von Arnim, beschreibt den Zustand der Demokratie in Deutschland mit den Worten: Heute sind die Ketten zwar raffinierter, aber sie haben einen ähnlichen Effekt, die Entmündigung des Volkes.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Der hat von der STATT Partei geredet!)

Die Bewegung von STATT Partei ist angetreten, diesen Zustand zu ändern. Die Wähler Hamburgs haben uns in die Bürgerschaft entsandt, mutig und mit großem Vertrauensschuß

(Alexander Porschke GAL: Und irrtümlich!)

mit dem Ziel, im Sinne von „mehr Demokratie“ eine möglichst umfassende und intensive Mitwirkung der Bürger an politischen Entscheidungen zu ermöglichen, durch überzeugendes, aufrichtiges und am Gemeinwohl orientiertes Handeln auf politische Veränderungen Antworten zu geben, die notwendigen Entscheidungen für Hamburg vorzubringen und durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit einem Senat die Handlungsfähigkeit zu ermöglichen, die Besetzung öffentlicher Führungspositionen nicht nach Parteibuch vorzunehmen, sondern aufgrund fachlicher Kompetenz auszuwählen.

Das sind einige der Kernpunkte aus den Programmgrundsätzen von STATT Partei.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Lesen Sie doch einfach weiter!)

— Sie können in der Kooperationsvereinbarung weiterlesen. — Sie sind zugleich Kernpunkte der Kooperationsvereinbarung zwischen der SPD-Landesorganisation Ham-

burg und der STATT Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft, die dieser Senatsbildung zugrunde liegt.

Wieso ist STATT Partei gewählt worden?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der GAL)

Viele Bürger sind nicht nur unzufrieden mit der Machtfülle politischer Parteien, sie sind auch unzufrieden mit Entscheidungsschwächen, fehlender praktischer Vernunft und mangelndem Verantwortungsbewußtsein mancher Abgeordneter. Ich wiederhole: mangelndes Verantwortungsbewußtsein mancher Abgeordneter. Frau Sager und Herr von Beust.

(Hartmut Engels CDU: Sie meinen Frau Hauptmüller!)

Was Sie hier abgeliefert haben, erweckt bei mir diesen Eindruck.

Oftmals entsteht bei dem Bürger der Eindruck, daß sich politisches Handeln nicht mehr am Gemeinwohl orientiert. Deshalb ist eine kritische öffentliche Diskussion erforderlich, die die Problematik von mehr Bürgerverantwortung statt Parteienmacht und die Entwicklung von diesbezüglichen Lösungskonzepten verfolgt. Dies kann zum einen erreicht werden, indem wir politische Entscheidungsprozesse demokratisch verändern, zum Beispiel bei der Verfassungsreform oder durch Modernisierung und Effizienzsteigerung des öffentlichen Sektors, zum anderen durch Runde Tische, Workshops und demokratische Gespräche über Parteigrenzen hinweg, in denen Strategien für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Hamburgs durchdacht werden können. Entsprechendes wurde in der Kooperation vereinbart.

Herr von Beust, wenn man schon einmal so eine Kooperationsvereinbarung vor sich hat, dann sollte man sie doch recht deutlich durchlesen. Was hier vereinbart wurde, kann man doch beim Namen nennen. Wenn Sie 33 Seiten engbeschriebenen Schreibmaschinentextes zwei Sätze entnehmen, die Sie für zu langatmig oder nicht aussagekräftig halten, ist das Ihr persönliches Problem.

(Ole von Beust CDU: Exemplarisch! — Anna Bruns GAL: Für beides halten wir das!)

Ich möchte an dieser Stelle nur mal einen kurzen Satz zitieren, der eigentlich Wasser auf Ihre Mühlen sein müßte: Das Personalvertretungsgesetz soll novelliert werden.

Oder nehmen wir den von Ihnen angesprochenen Gesamtverkehrsplan: Der Senat wird ein Gesamtverkehrskonzept für Hamburg mit Zielvorgabe „bis Juni 1995“ vorlegen.

(Dr. Martin Willich und Ole von Beust, beide CDU: In welche Richtung denn, Herr Wegner?)

— Herr Willich, das ist doch keine unklare Formulierung. Bestätigen Sie mir doch lieber, anstatt hier zu stören, daß das eine klare Aussage ist.

(Dr. Roland Salchow CDU: Was wollt ihr denn erreichen mit der Änderung? — Hartmut Engels CDU: Ein Störer muß beseitigt werden!)

So geht es hier von Seite zu Seite weiter, wo derartige Formulierungen enthalten sind.

Kommen wir zu den Finanzen. Zusätzliche ausgabenwirksame Programme ohne Haushaltsdeckung kann es nicht geben. Hier steht auch, wie diese Sparkommission für das Jahr 1994 zu arbeiten, bis wann sie ihre Vorschläge vorzu-

(Markus Wegner STATT Partei)

- A legen und, vor allen Dingen, was sie in dieser ersten Jahreshälfte noch zu leisten hat. Sie soll „kurzfristig wirksame Maßnahmen erarbeiten, vor allem aber auch ein mittelfristig ... Konsolidierungskonzept entwickeln“. Vielleicht ist Ihnen auch dieser Satz entgangen, aber Sie sind ja etwas leichtfertig über dieses Papier hinweggegangen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Konzepte fördern kann man immer! — Dr. Martin Schmidt GAL: Ich hab's ganz gelesen!)

— Ja, ja, aber hier ist immerhin ein Partner bei der SPD, der dieses auch einfordern wird.

(Ingeborg Kripper CDU: Nicht einfordern, machen müssen Sie es!)

— Sie sind im Moment noch nicht dran.

Wir wollen zukünftig etwas demokratischer sein. In letzter Zeit fällt manchmal auf, daß Sie dieses Wort hier oft in den Mund nehmen. Demokratisch sein heißt zugleich auch ernst nehmen, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Ernst nehmen heißt, daß alle Staatsgewalt dem Wohle des Volkes zu dienen hat, heißt, auf den Bürger zu hören, ihm die Beteiligung an politischen Prozessen zu ermöglichen. Die Bürger müssen in einzelnen Sachfragen stärker als bisher mitbestimmen können. Dies ist auf Seite 2, Frau Sager, enthalten. Wir fordern eine möglichst umfassende und intensive Einbeziehung der betroffenen und beteiligten Bürger in alle wichtigen Entscheidungsprozesse. Lesen Sie das doch und hören Sie auf mit diesem demagogischen Dazwischengerede.

(Krista Sager GAL: Welche Quoren haben Sie denn ausgehandelt?)

- B Zu diesem Zweck werden sich die Kooperationspartner in der nächsten Legislaturperiode für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einsetzen, ob Sie dieses in der letzten Legislaturperiode hier beraten haben oder nicht. Das ist einer der Kernpunkte.

Frau Sager, wenn Sie sagen, die von der Enquete-Kommission angesprochenen Punkte seien im Parlament umzusetzen, dann werde ich Ihre Fraktion zu gegebener Zeit darauf hinweisen, daß Sie genau für diese Vorschläge sind.

(Krista Sager GAL: Das brauchen Sie nicht! Wir weisen Sie auf etwas hin!)

— Das werden wir dann sehen.

In diesem Punkt weise ich Sie noch auf etwas hin. Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, daß Verfassungsänderungen einer Zweidrittelmehrheit bedürfen. Es ist klar, daß zwei Kooperationspartner nicht von vornherein erklären können, wie dieses Parlament aussieht, denn sie sind darauf angewiesen, daß auch Ihre Fraktionen an den entsprechenden Vorschlägen mitarbeiten und ihre Arbeit einbringen; darauf hoffe ich doch sehr.

(Dr. Martin Willich CDU: Danke, vielen Dank!)

Zu diesem Zweck werden wir uns an Volksbegehren, Volksinitiativen und so weiter beteiligen. Wir werden mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger, die sich auf ihr Interesse an den politischen Abläufen auswirken, stärker ins Auge fassen. Wir werden uns deshalb bemühen, die politischen Prozesse möglichst transparent zu gestalten, nicht nur, damit der Bürger mitkontrollieren kann, was Politiker tun, sondern auch, damit er durch konstruktive Kritik

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Was das ist, bestimmen Sie!)

neue Ideen einbringen kann.

Die Hamburger Bürgerschaft soll zum Resonanzboden der engagierten, nachdenklichen und reformbereiten, kreativen Bürger dieser Stadt werden und sich nicht — wie Sie — an einer winzig kleinen Zeitungsartikelaussage hochziehen,

(Krista Sager GAL: Das ist nicht winzig klein!)

anstatt zum Regierungsprogramm Stellung zu nehmen, wie es Ihrer Aufgabe gebühren würde. „Mehr Demokratie“ bedeutet für uns aber auch, daß wir die Initiativ- und Kontrollfunktion des Parlaments stärken, und es bedeutet eine bürgernahe Entbürokratisierung der Verwaltung.

Diese organisatorischen Reformen allein werden aber nicht genügen. Die Parteien und Politiker selbst müssen sich verändern; Herr Elste hat vorhin einige Ausführungen dazu gemacht.

(Birgit Schnieber-Jastram CDU: Nur Sie nicht, Herr Wegner!)

Vor allem müssen sie ihre Machtansprüche zurückschrauben. Jürgen Rüttgers hat es wie folgt formuliert: Die Parteien müssen dem Bürger lassen, was des Bürgers ist. Rückzug heißt daher die Devise. Er schafft Freiräume für die Entfaltung der Bürgergesellschaft.

Genau in diese Richtung zielt die Vereinbarung der Kooperationspartner, zukünftig die Ernennung von Beauftragten und Mitgliedern in Aufsichtsräten und nichtparlamentarischen Gremien oder sonstigen Wahlorganen ebenso wie die Besetzung von Führungspositionen in Behörden und öffentlichen Unternehmen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der fachlichen Kompetenz vorzunehmen. Ist das nicht etwas, das Ihnen wie Wasser runtergehen müßte? Aber nein, hier wird nur Theater gemacht.

Wir wollen ernst nehmen, daß alle Staatsgewalt dem Volke zu dienen hat. Das heißt vor allem, daß die Politiker das Interesse des gesamten Gemeinwesens im Auge haben müssen. Sie dürfen nicht aus irgendwelchen opportunistischen Gründen einzelne Sonderinteressen bestimmter Gruppen dem Allgemeinwohl überordnen. Sie dürfen aber vor allem nicht ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen. Die Kooperationspartner werden deshalb unter anderem für externe Diätenkommissionen eintreten. Es darf nicht mehr der Eindruck entstehen, daß Politiker nur sich selbst bedienen — ich meine das nicht nur auf Diäten bezogen, sondern ganz allgemein auf ihr Handeln —, anstatt dem Volk zu dienen.

Entscheidend ist, was dem Volke dient. Alle buchhalterischen Überlegungen, wer sich in den Kooperationsverträgen wievielmals durchgesetzt hat, sind deshalb völlig unangebracht.

(Dr. Martin Willich CDU: Dann hätten Sie es doch sein lassen können!)

Wer sich wirklich als Diener des Volkes begreift, der fragt nicht danach, Herr Dr. Willich, von wem die Idee kommt, sondern ob sie gut und richtig ist.

(Beifall bei der SPD — Dr. Martin Willich CDU: Deshalb haben wir Ihren Senatsvorschlägen zugestimmt, Herr Wegner!)

(Markus Wegner STATT Partei)

- A Ihre Fraktion hat vor der Vereinbarung monatelang davon geredet, daß die Eckpunkte des Herrn Dr. Voscherau die Eckpunkte und Essentials dieser Stadt seien. Sie haben sich angedient und in den Zeitungen gesagt, sie seien bereit, mit Herrn Voscherau näher in Verhandlungen einzutreten, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD — *Dr. Roland Salchow CDU*: Ach, ich dachte, Sie sind für mehr Ehrlichkeit!)

Entsprechend konnte man vor zwei Tagen von Eckart van Hooven — ein Mitglied Ihrer Partei — im „Hamburger Abendblatt“ lesen:

„... welche Parteien bereit sind, den Wählern die Wahrheit über die Zukunft der Stadt zu sagen, anstatt vornehmlich Themen aufzutischen, die der eigenen Machterhaltung dienen.“

Weiter hat er ausgeführt:

„Das ‚Neue Hamburg‘ hat hier noch große Hürden in den derzeitigen Denkansätzen zu überwinden.“

Wir sehen, daß dieses bei GAL und CDU hier offensichtlich großartig der Fall ist. Insoweit ist die Überreichung der Sparschweine an den Senat seitens der Fraktion STATT Partei als ein sehr ernst gemeinter Hinweis auf den haushaltspolitisch heraufziehenden Sturm mit möglicherweise katastrophalen Folgen für uns alle zu verstehen.

(*Dr. Martin Willich CDU*: Ich dachte, das war Theater!)

Eine Aussage, die in der Kooperationsvereinbarung wie folgt formuliert wurde, sollte doch auch bei Ihnen auf Respekt stoßen:

- B „Für alle Vorhaben dieser Kooperationsvereinbarung besteht ein Finanzierungsvorbehalt.“

Sie müßten doch gerade wissen, wie ernst die Situation ist. Sie sind doch diejenigen, die genau dieses hier immer wieder angemahnt haben. Nun haben Sie jemanden, der auf Sparen dringt, und dann sind Sie nicht bereit, dieses anzuerkennen.

(*Ole von Beust und Dr. Roland Salchow, beide CDU*: Sie setzen eine Kommission ein!)

Sie weinen pausenlos, daß Sie bei der letzten Wahl schmählich vernachlässigt worden sind; Sie haben ungefähr 28 Prozent Ihrer Wählerschaft verloren.

(*Ole von Beust CDU*: Aber noch fünfmal soviel wie Sie!)

Wir von STATT Partei sind angetreten für eine ideologiefreie Politik mit der Bereitschaft, Vorhandenes, Überkommenes in Frage zu stellen, neue Ideen zu entwickeln und zu verwirklichen sowie voneinander zu lernen. Politische Hahnenkämpfe wird es von unserer Seite aus nicht geben. Das allein bedeutet schon eine Erneuerung der politischen Kultur in Hamburg.

Aber es gibt noch zwei andere Dinge, die unsere Kooperation von den herkömmlichen Koalitionen unterscheidet. Zum einen ist — vielleicht ist es Ihnen noch nicht aufgefallen — kein gewählter Abgeordneter von STATT Partei in den Senat gewechselt. Statt dessen haben wir versucht, kompetente unabhängige Fachleute für zwei Senatorenämter zu benennen. Wir haben sie gefunden, und wir danken ihnen.

C Zum zweiten das Thema Fraktionszwang, das Ihnen offensichtlich im Moment viel Spaß bereitet. Es wird ihn bei STATT Partei nicht geben,

(Zurufe von der CDU: Ach, dann wird man rausgeschmissen!)

auch wenn es von einigen ganz lautstark behauptet wird. Es gibt ihn offensichtlich auch nicht bei der CDU, denn sie hat gerade heute gewisse Senatoren mitgewählt. Es sollte ihn auch nicht und wird ihn auch nicht geben bei SPD und GAL.

Daß die Kooperationspartner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen, bedeutet lediglich, daß sie partnerschaftlich miteinander und nicht etwa gegeneinander arbeiten. Keiner von uns muß jedoch zu allem, was der Partner sagt, stets sein Plazet geben. Der einzelne Abgeordnete kann auch nein sagen oder wird sich enthalten, aber wir werden die Partnerschaft nicht brechen. Ein Fremdgehen mit der CDU oder mit der GAL wird es nicht geben.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU*: Igittigitt! — *Krista Sager GAL*: Ne, das möchte ich auch nicht!)

Was wäre die Partnerschaft auch wert, wenn wir uns darauf nicht wechselseitig verlassen könnten? Ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit: Fraktionszwang wird es bei uns nicht geben, denn ein solcher Zwang ist verfassungswidrig und mit dem freien Mandat eines Parlamentsmitglieds unvereinbar.

(*Alexander Porschke GAL*: Den gibt es nirgendwo!)

Etwas ganz anderes ist dagegen eine Disziplin.

(Lachen bei der CDU)

D Zwang bedeutet Handeln unter Druck von außen, Disziplin dagegen bedeutet Handeln aus innerer Überzeugung. Fraktionszwang würde den Abgeordneten der Befehlsgewalt anderer unterwerfen und ihn somit entmündigen.

(*Alexander Porschke GAL*: Womöglich Hausverbot erteilen!)

— Es wurde gar kein Hausverbot erteilt, erzählen Sie doch nicht solche Lügen hier.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Nur den Schlüssel weggenommen!)

Fraktionsdisziplin ist demgegenüber eine politische Leistung. Diese Fraktionsdisziplin kann nur überzeugend erbringen, wer begreift, daß er als demokratisch gewählter Abgeordneter in Bürgerverantwortung steht und stets zur Rechtfertigung seines Handelns als Parlamentarier verpflichtet ist.

Fraktionszwang wäre Mandatsverrat. Fraktionsdisziplin besagt im Gegensatz dazu gesteigerte Entscheidungsfähigkeit und politische Zuverlässigkeit im Dienste am Gemeinwohl orientierter Bürgerverantwortung. Diese Zuverlässigkeit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit haben wir im Wahlkampf versprochen, und wir werden sie jetzt auch einhalten.

Manche Hamburgerin und mancher Hamburger wird sicherlich fragen, ob wir uns nicht zuviel zutrauen. Aber wenn wir so schnell in ein Regierungsboot einsteigen, das in den vergangenen Jahren aufgrund nahezu derselben Besatzung und unklarer Steuerung zwischen Backbord und Steuerbord ziemlich voll Wasser geschlagen ist, dann tun wir es

(Markus Wegner STATT Partei)

A deshalb, weil wir die Überzeugung haben, daß wir uns der Lösung der Probleme nicht entziehen können und wollen.

Vor der Wahl sind wir häufig auf unseren Veranstaltungen genau danach gefragt worden: Was macht ihr, wenn...? Unsere Antwort: Hamburg braucht schnellstmöglich eine handlungsfähige Regierung. Und nun einmal im Ernst: Wie soll sie denn aussehen? Zwischen Ihnen und der SPD hat es nicht geklappt. Ich habe gerade gehört, daß die SPD froh darüber ist, daß es nach Ihren Ausführungen, die Sie vorhin gemacht haben, mit Ihnen nicht geklappt hat. Und wir sind auch froh, daß es mit der Hamburger CDU, die fast 28 Prozent ihrer Wähler verloren hat, nicht klappt.

(*Ole von Beust CDU: Wir wollten ja auch nicht!*)

Insofern haben wir uns dieser Verantwortung gestellt. Das sollten Sie doch irgendwie respektieren. Daß Sie das nicht können, verzeihe ich Ihnen.

Die Abgeordneten von STATT Partei sind angetreten, um sich an Mehrheitsentscheidungen zu beteiligen. Dazu gehört auch die Entscheidung über eine neue Regierung, einen neuen Senat; viele Regierungsvarianten gab es ohnehin nicht. Und wer will ernsthaft behaupten — ich sage es noch einmal, Herr von Beust —, daß die sogenannten Eckpunkte des Ersten Bürgermeisters nicht die notwendigen investiven Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Stadt darstellen?

(*Krista Sager GAL: Wir!*)

Hafenerweiterung, Hafenuferspange, Elbtunnel und Flughafen haben Sie doch selber die ganze Zeit gefordert.

(*Ole von Beust CDU: Seit fünfzehn Jahren fordern wir das!*)

B Unser Kooperationspartner ist einer unserer ersten Forderungen entgegengekommen. Er hat dem Rücktritt des gesamten Senats zugestimmt.

(*Alexander Porschke GAL: Mit nachhaltiger Wirkung!*)

Wir konnten deshalb heute — nach 1987 seit ungefähr 1955 das zweite Mal — eine komplett neue Regierung wählen

(*Krista Sager GAL: Das war der Fehler! Der erste Schritt war gut, der zweite Schritt war schlecht!*)

— Frau Sager, es sollte Ihnen doch mittlerweile aufgefallen sein, daß ich mich durch dieses pausenlose Theater von Ihnen oder Ihrer Fraktion hier nicht aus der Ruhe bringen lasse, vielleicht lernen Sie das, und dann können wir in den nächsten vier Jahren hier friedlich miteinander umgehen; wenn wir das könnten, wäre es ganz fein; dann hören wir gegenseitig zu und sagen uns hinterher, was wir davon zu halten haben —,

(*Dr. Holger Christier SPD: Das ist die Angst der Oppositionsparteien vor der 5-Prozent-Klausel!*)

eine Handlung, die nicht nur von symbolischem Wert ist. Die Hoffnung besteht, daß auch die Regierungsmitglieder, die schon seit längerem dieses Amt innehatten, sich einem neuen Aufbruch und einer neuen Verantwortung für die Stadt nicht verschließen.

Die Abgeordneten der STATT Partei sind ihrem Grundsatz treu geblieben, nicht selbst ein Regierungsamt zu übernehmen; Wegner wurde — wie angekündigt — nicht Senator. Vielmehr haben wir nach den unabhängigen Personen Aus-

schau gehalten. Mit Professor Dr. Erhard Rittershaus und dem Staatssekretär aus dem sächsischen Justizministerium, Klaus Hardraht — einer von ganz wenigen, die auf dieser Ebene kein Parteibuch haben —, sind wir fündig geworden und konnten zwei Senatoren vorschlagen. Daß ihre Wahl auch von zahlreichen Abgeordneten dieses Hauses unterstützt wurde, ehrt sicherlich unseren Vorschlag, aber vor allem diese Senatoren. Das ist ein erstes Zeichen parteiübergreifenden Handelns. Danke schön.

Zudem konnte im Hinblick auf Sparziele bei der gegenwärtigen finanzpolitischen Misere ein weiteres Zeichen gesetzt werden. Ganz oben, bei der Anzahl der Senatoren, haben wir ins Fleisch geschnitten nach dem Motto: Da waren's nur noch zwölf.

(*Anna Bruns GAL: Bei Ihnen sind's nur noch sieben, Herr Wegner!*)

— Sie sind so unvorstellbar intelligent, ich kann es Ihnen gar nicht sagen.

Meine Damen und Herren Senatoren! Ich wünsche Ihnen bei Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit für die Stadt Mut zur Umsetzung der notwendigen Entscheidungen, Entschlossenheit bei der Abwehr von unberechtigten Individualinteressen und Kungeleien, Ehrlichkeit, Dialogbereitschaft und aufrichtiges Handeln über alle politischen Grenzen hinweg. Ich bin sicher, Sie, verehrte Damen und Herren Senatoren, können auf dem Weg zu einem neuen Hamburg mit dazu beitragen, daß die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein der Politiker gewinnen. Die Neuwahl eines Senats am heutigen Tag ist sichtbares Zeichen.

An dieser Stelle möchte ich an ein Wort von John F. Kennedy erinnern:

(*Anna Bruns GAL: „Ich bin ein Berliner!“*)

Man sollte nicht danach fragen, was die Stadt für uns tun kann, sondern was wir für Hamburg tun können. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Bürgermeister Voscherau.

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde nicht, daß wir den Hamburgerinnen und Hamburgern vier Jahre lang ein ganz besonderes Schauspiel liefern sollten, nämlich ein parlamentarisches Schauspiel der Sonderbehandlung einer neuen Fraktion aufgrund der vergiftenden Auswirkungen eines Sonderverhältnisses.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Es gehört zu unserer demokratischen Ordnung, daß man aus Parteien austreten kann. Es gehört dazu, daß man selbst neu kandidieren kann. Es gehört zu den Rechten der Wählerinnen und Wähler, daraus welche Schlußfolgerungen auch immer zu ziehen. Alle anderen müssen das respektieren. Der Verfall der traditionellen Parteienordnung, wie in Italien, aber auch in anderen europäischen Ländern, bietet keineswegs die Gewähr, daß das nicht auch in Deutschland weiter voranschreitet. Wir sollten uns — im Umgang — allmählich in demokratischem Respekt daran gewöhnen, daß so etwas möglich ist, statt den Bürgerinnen und Bürgern als Folge dieses vergiftenden Sonderverhält-

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A nisses ein Schauspiel abzuliefern. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich das nicht Sitzung für Sitzung fortschleppen würde.

Im übrigen habe ich mich deswegen gemeldet, um auf Frau Sager zu antworten, und zwar, weil bei dem Thema der kommunalen Steuerung einer sozialverträglichen Bevölkerungsmischung in Stadtteilen — das ist etwas anderes als in einer Gesamtstadt — und gerade in sozialen Brennpunkten jetzt viele versuchen, ihr Süppchen zu kochen und dabei so zu tun, als sei das Rezept, zu dem sie sich äußern, von mir. Zum Teil — die Leute können ja lesen — geschieht das wider besseres Wissen. In dem Popanz, der teilweise böswillig aufgebaut worden ist, erkenne ich meine nüchterne Problematisierung unzureichender kommunaler Steuerungsinstrumente — darüber reden wir seit zehn Jahren, übrigens ohne großen Erfolg — nicht wieder. Deswegen eine notwendige Klarstellung über meine Einstellung, die aber dem Haus und auch Ihnen, Frau Sager, gut bekannt ist.

Erstens: Ich halte Deutschland für ein Einwanderungsland. Ich bin für ein ehrliches Einwanderungsgesetz. Ich bin für doppelte Staatsangehörigkeit. Ich habe das Gesetz über das kommunale Wahlrecht ausgefertigt. Ich trete immer wieder für Integration und für Toleranz ein, unabhängig von Rasse, Nationalität, Geschlecht und Religion, überall und in jedem Forum, immer unverändert.

Zweitens: Auf dieser festen persönlichen Grundlage — und wer die nicht inzwischen als Teil meines Wesens erkannt hat, sollte sich schämen — habe ich beklagt, daß die Gemeinden mit den sozialen Folgen von zunehmender Armut, von Bevölkerungswachstum einschließlich solcher durch
B Einwanderung und von Arbeitslosigkeit weitgehend allein gelassen werden, im Hinblick auf Geld und im Hinblick auf rechtliche Steuerungsinstrumente. Belegungspolitik allein funktioniert nicht, wie man übrigens in Hamburg sehen kann.

(Krista Sager GAL: Das ist ja auch die falsche!)

Drittens: Der Hinweis auf die unzureichende Steuerungsmöglichkeit der Binnenwanderung in Städten bezog sich eindeutig auf den Gesichtspunkt der Vermeidung von Gettobildung unter allen Kriterien, keineswegs isoliert auf Ausländer. Artikel 11 des Grundgesetzes bezieht sich bekanntlich überhaupt gar nicht auf Ausländer, sondern allein auf deutsche Staatsbürger. Das steht im Grundgesetz, das weiß doch auch jeder. Der Fehler, wenn man so will, geradezu der Widerspruch liegt in der Kürzung des gesprochenen Textes auf das Kriterium der Nationalität. Das hätte mir bei der redaktionellen Durchsicht nicht durchrutschen dürfen, auch nicht unter dem Druck des vergangenen Wochenendes. Das tut mir sehr leid.

Viertens: Das Grundgesetz sieht vor, Frau Sager, daß Freizügigkeit eingeschränkt werden kann, wenn keine „ausreichende Lebensgrundlage“ — das ist ein wörtliches Zitat aus dem Grundgesetz Artikel 11 Absatz 2 — vorhanden ist. Aber seit dieser für die Gemeinden hochwichtigen Vorsorge der Mütter und Väter des Grundgesetzes ist dieser Gesetzesvorbehalt in der sozialen Wirklichkeit unwirksam, gegenstandslos geworden. Dieser verfassungsrechtliche Gesetzesvorbehalt wird in der Praxis infolge des Sozialstaatsprinzips und der Sozialhilfeleistungen entwertet. Denn dadurch wird die Lebensgrundlage im Ergebnis wiederhergestellt. Aber in den sozialen Brennpunkten gehen die Städte, die Gemeinschaft, die Toleranz kaputt. Dagegen muß ge-

handelt werden. Gesundheitsbeten mit moralischen Appellen hilft nicht. C

Fünftens: Diese Zusammenhänge liegen zutage. Mir stellt sich die Frage, ob wirklich alles das — einschließlich aller der Dinge, die ich bisher getan habe — durch eine Schlagzeile weggewischt werden kann, die aus meiner Sicht erkennbar nicht in Ordnung war und gegen die ich mich nicht wehren kann. Hätte die „Bild“-Zeitung getitelt: Voscherau für bessere Belegungsinstrumente und gerechteren Ausgleich zwischen Stadtteilen,

(Birgit Schnieber-Jastram CDU: Aber so kann man nicht titeln! — Jan Ehlers SPD: Das wäre ja langweilig! — Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

dann hätte es die ganze Diskussion nicht gegeben. Hätte ich die Schlagzeile auf Seite 1 und die bösen Auswirkungen überhaupt für vorstellbar gehalten, dann hätte ich lieber das gesamte Interview, das sich in Wahrheit auf ganz andere Themen bezog, nicht gegeben und mir eher die Zunge abgebissen. Denn ich halte es für verderblich, in Fragen der Toleranz gegenüber Ausländern zu zündeln. Auch das weiß die Bürgerschaft, ich habe das oftmals mahnend gesagt.

(Günter Elste SPD: Sehr richtig!)

Ich bitte, mir nicht zu unterstellen, das sei meine Absicht gewesen.

(Peter Zamory GAL: Ist das Boot nun voll — oder nicht?)

Es besteht ein großes kommunales Problem in der Wirklichkeit. Darüber sachlich und instrumentell zu reden, ist offenbar nur schwer möglich. Das Problem muß aber gelöst werden, sonst geraten Toleranz und Demokratie ins Rutschen. Deswegen halte ich es mit Herbert Wehner: Nicht zündeln, aber — das hat er immer gesagt — aussprechen, was ist. D

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Schnieber-Jastram.

Birgit Schnieber-Jastram CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist heute ein sehr feierlicher Tag, und ich freue mich, Herr Elste, daß ich hier zum erstenmal, seit ich in diesem Parlament sitze, einen ganz anderen Elste erlebt habe.

(Günter Elste SPD: Ja, was tun wir nicht alles für Sie!)

Das war ein guter Anfang, bleiben Sie dabei. Ich denke, mehr ist zu Ihrem Beitrag allerdings auch nicht zu sagen.

Das ist ein feierlicher und für diese Stadt im übrigen auch ein sehr wichtiger Tag, ähnlich wie es im privaten Leben eine Hochzeit ist oder vielleicht das Zusammenziehen zweier Menschen in eine Wohngemeinschaft. Vielleicht nennt man das heute — das habe ich vorhin gelernt — Public-Private-Partnership; auch dieses Wort könnte stimmen.

Ich denke, die beiden Partner von heute sollte mehr verbinden als das gemeinsame Dach über dem Kopf. Sie sind einander anders verpflichtet und tragen in dieser Stadt auch eine andere Verantwortung. Da kann sich nicht einer von beiden wegstellen — darin stimme ich mit Herrn Wegner überein, der sehr häufig von seinem Verantwortungsbe-

(Birgit Schnieber-Jastram CDU)

A wußtsein spricht —, und deswegen will ich bei dem Bild der Hochzeit bleiben.

In Schillers Glocke gibt es als Rat an alle Hochzeitskandidaten den klugen Spruch:

„Drum prüfe, wer sich ewig bindet,
ob sich das Herz zum Herzen findet!“

(Dieter Obermeier STATT Partei: Ob sich nicht noch was Besseres findet!)

Dieser Spruch hat bis heute für jede denkbare Ehekonstellation Gültigkeit, auch bei dieser heutigen Hochzeitsfeier, auf der ein eher alter Knacker mit einiger Eheerfahrung auf dem Rücken eine ziemlich junge und unerfahrene Braut ehelicht, sozusagen STATT F.D.P.

(Uwe Grund SPD: Das ist nur eine Bindung auf Zeit!)

— Sie sagen, es ist eine Bindung auf Zeit. Wollen mal sehen, wieviel Zeit wir brauchen.

Was haben die beiden Partner zu bieten? Was hat dieser alte Mann SPD, Herr Elste, mit seiner jungen Braut gemeinsam, und welche Herzensangelegenheiten sind es, die diese Eheleute verbinden?

(Dieter Obermeier STATT Partei: Geld!)

Ich bin der Meinung, es ist nicht einfach, auf diese Frage eine Antwort zu finden. Die junge Braut ist ein völlig unbeschriebenes Blatt. Es ist unbekannt, ob sie etwas im Kopf hat, was sie im Kopf hat, ob sie etwas im Herzen hat, was sie im Herzen hat. Das einzige, was klar ist: Gemeinsam mit ihrem frisch angetrauten Partner drängt sie an die Macht. Wenn man den Versprechungen im Wahlkampf glauben kann, dann werden hier ganz andere Zeiten anbrechen.

B

Es wird öffentliche Senatssitzungen geben. Keine Parteitaktik. Der gestrige Senatsrücktritt spielt dabei keine Rolle. Der Name Hauptmüller spielt keine Rolle, hat mit Parteitaktik nichts zu tun. Kein Filz, nur Lösungen zum Wohle der Bürger. Oder auch nicht?

Parteitaktik. Originalton Herr Voscherau auf dem Parteitag der SPD:

„Die STATT Partei, diese Organisation, diese Wählervereinigung in Hamburg, die sich anschickt, auch in anderen Ländern und auf Bundesebene der CDU/CSU Stimmen abzugraben, ist für uns Sozialdemokraten ihrerseits ein politisch und strukturell interessanter Partner.“

Ist das Parteitaktik?

(Ole von Beust CDU: Reine Taktik! — Dr. Roland Salchow CDU: Darum geht es! — Krista Sager GAL: Das ist Machtstrategie, sogar eine kluge!)

Es wird hier einfach alles gut.

Wir haben — Herr von Beust hat das vorhin schon deutlich gemacht — diesen Ehevertrag mehrfach durchgelesen. Wir haben gedacht, vielleicht finden wir die Antwort auf die Frage, was die Herzen dieser beiden Partner verbindet, ob es mehr ist als Liebe auf den zweiten Blick, denn immerhin war der Flirt mit der GAL recht intensiv, der hat diesen Vertrag vielleicht noch ein Stückchen befördert, denn Eifersucht befördert die Geschäftstätigkeit. Wir haben gedacht, es müßte Gemeinsamkeiten geben. Warum sonst sollten sich zwei so ungleiche Partner zusammentun, und wo sonst

sollten in diesem — ich nenne es einfach so — Koalitionsvertrag die politischen Ziele stehen? Wie sollen Bürger mitreden, wenn sie die Absichten der Regierenden gar nicht kennen? Und mitreden sollen sie ja wohl. Ab 5 Prozent, hieß es im Wahlkampf, sind sie dabei. Und mitreden heißt doch wohl auch mitentscheiden — oder?

C

Auf keine der brennenden Fragen, die uns bewegen, haben wir in diesem Papier eine Antwort gefunden, vor allen Dingen auf keine der brennenden sozialen Fragen. Das erstaunt uns dann doch sehr, denn soziale Fragen, Herr Elste, sollen doch eigentlich eine Herzensangelegenheit der SPD sein — oder? Das muß doch wohl auch heißen, daß es konkrete Aussagen für Betroffene gibt. Das muß heißen, daß wir Solidarität in dieser Stadt haben, denn das kommt nicht von allein. Und das muß heißen, daß wir Entscheidungen treffen, aber gerade daran mangelt es hier.

Sie prüfen, schreiben fort — ich könnte die Zitate, die Herr von Beust genannt hat, unendlich weiterführen —, streben an, entwickeln, sagen aber nie, was Sie konkret machen wollen. Es wird auch kein Satz dazu gesagt, wie Sie an die Sachen herangehen wollen. Vor dem Hintergrund der leeren Kassen gerade im kostenintensiven Sozialbereich darf nicht abgebaut, sondern muß umgebaut werden. Das wäre für eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient und die den sozialen Frieden in dieser Stadt auf Dauer garantieren soll, wichtig gewesen.

Hamburg hat den höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern im ganzen Bundesgebiet. Immer mehr Kinder und Familien sind betroffen. Und was sagen Sie? Sie wollen die Armutsberichterstattung fortschreiben. Donnerwetter! Das hilft den Betroffenen wirklich ungemein. Ich möchte Ihnen einmal deutlich machen, daß wir schon weiter waren. Wir haben — übrigens auf Antrag der CDU-Fraktion — das Thema Armut intensiv diskutiert und Betroffene angehört. Vielleicht lesen Sie sich einmal unsere Forderungen zu dieser Problematik durch.

D

Wir werden in dieser Stadt auch immer mehr alte Menschen haben, die nicht alle durch gesundheitliche Probleme beeinträchtigt sind. Wir finden kein Wort über diese Gruppe, aber eine mehr als zynische Aussage über diejenigen, die in Hamburg in Heimen leben. Dazu heißt es:

„Die in der Alten- und Krankenpflege erreichte Qualität wird gesichert.“

Wovon, Herr Elste, Herr Wegner, reden Sie hier eigentlich?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Was ist das für eine Lebensqualität insbesondere in unseren staatlichen Heimen nach einem arbeitsreichen Leben? Wo sind in diesem Zusammenhang — darüber hätte ich auch gern eine Aussage von Herrn Wegner gehört, der meint, er müsse gar nicht mehr zuhören — Ihre Aussagen zur Pflegeversicherung, die am Freitag im Bundesrat zur Diskussion steht? Sie verwehren doch mit Ihrer Haltung den Betroffenen und all jenen Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, die nötige Hilfe und Unterstützung. Sie treiben systematisch pflegende Angehörige weiter in die Sozialhilfeabhängigkeit. Im übrigen entziehen Sie der Stadt den ausreichenden finanziellen Spielraum — da nützen die ganzen Sparschweine nichts — für wichtige Aufgaben in der Sozialpolitik.

Keine Aussagen zur ambulanten Pflege, nichts Neues zur Arbeitsmarktproblematik, Absagen an Hilfen für Familien,

(Birgit Schnieber-Jastram CDU)

- A keine neuen Ideen zur Kinderbetreuung, null Aussagen zur Betreuung schulpflichtiger Kinder im Hort und so weiter, dafür gewichtige Sätze wie „Verstärkung von Bemühungen um Verbesserung“, und das Ganze natürlich unter „Finanzierungsvorbehalt“, für dies und jenes, jedenfalls für nichts Konkretes, Stochern im Nebel.

Die Sozialpolitik kann es also nicht sein, die die Herzensangelegenheit der beiden Partner ist. — Schade!

Doch ein Gutes muß alles haben: Der in der Sozialbehörde tätige Distrikt der SPD-Nord muß Gott sei Dank keinen frischen Wind befürchten. Die neue Senatorin kommt aus dem gleichen Stall und wird — wie schon ihr Vorgänger — dafür sorgen, daß nur die Leute mit dem Stallgeruch weiterkommen. Aber das hat mit Parteitaktik und mit Filz überhaupt gar nichts zu tun. Außerdem muß man die kleinen Fehler seines Ehepartners auch einmal entschuldigen — darin ist Herr Wegner groß, er hat es heute mehrfach gesagt — getreu dem Trauspruch: Wo du hingehst, da will auch ich hingehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Ehlers.

Jan Ehlers SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens hatte ich mir vorgenommen,

(*Dr. Roland Saichow CDU:* — Fraktionsvorsitzender zu werden!)

einen klugen Gedanken, den Herr von Beust in seiner Rede bringen würde, ausdrücklich zu loben.

(*Krista Sager GAL:* Welchen denn?)

- B Damit komme ich zum zweiten Punkt. Diese Regierungserklärung — darauf haben einige Redner hingewiesen — ist so formuliert, daß sie eigentlich, bildhaft gesprochen, wie eine Scheune mit geöffnetem Tor wirkt. Für die Opposition, die nach der Verfassung die Aufgabe hat, Alternative zur Regierung zu sein, ist das eine Einladung. Andere Vorstellungen und alternative Gedanken, um die Scheuer einzufahren, gab es bisher nicht.

Im Vergleich zu früheren Regierungserklärungen, die einige von uns schon erlebt haben, fällt auf, daß auf der Grundlage des Kooperationsvertrages — das Ergebnis ist den meisten über die Presse bekannt — sehr sachlich dargestellt wurde, welche Politik wir im wesentlichen zu erwarten haben.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, den sehr viele von uns schon sehr lange kennen, hat auch eine bemerkenswert andere Rede gehalten.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Das ist sogar Ihnen aufgefallen?)

Jeder von uns kennt ihn als jemanden, der auch ein kräftiges Wort dort, wo es not tut, zu gebrauchen weiß. Zu seiner hier gehaltenen Rede wird man aber zumindest sagen können: Sie war sehr moderat.

(*Peter Zamory GAL:* Und langweilig! — *Dr. Ulrich Karpén CDU:* Weil nichts drin ist!)

Wie kommt das? Mir scheint, daß es viele ein Stück schwerer haben zu begreifen, was sich in unserer Gesellschaft eigentlich abspielt; ich will mir nicht anmaßen, daß ich es begriffen hätte. Aber eine der Merkwürdigkeiten ist doch — wenn man sich die Meinungsumfragen ansieht —, daß die

C Menschen darüber sprechen, was ihrer eigenen Erfahrung zugänglich ist. Das betrifft so wichtige Sachen wie Arbeitsplatz, Einkommen, Wohnung. Für diese Industriegesellschaft, in der wir leben, signalisieren sie eine auffällig große Zufriedenheit. Aber alles das, was darüber hinausgeht, weggeht von den eigenen Erfahrungen, was jedoch notwendigerweise über die Medien vermittelt wird, wird als Bedrohung, als Unsicherheit für die Zukunft empfunden. Die Zufriedenheit zerrinnt. Wir als Politiker haben es in den letzten Jahren oder schon länger nicht verstanden, die Antworten zu geben, die diese Sicherheit vermitteln. Eigentlich sind Politiker von Berufs wegen nichts anderes als Menschen, die Sicherheit zu bringen haben.

Wenn wir uns das alles anschauen, dann muß man sich natürlich darüber im klaren sein, daß in der Politik vieles mit der Welt der Symbole zu tun hat. Ich will nicht verhehlen — und viele meiner Parteifreunde sehen das sicherlich ähnlich, eine ebenso große Gruppe wird es anders sehen —, daß ich der Meinung bin, daß in dieser Zeit nach einem solchen Wahlergebnis ein neuer Aufbruch — etwas, was mitreißt — wünschenswert und eine rot-grüne Koalition — so, wie die Bevölkerung denkt — wahrscheinlich das richtige Symbol gewesen wäre. Ich will hier unumwunden zugeben, daß ich das denke. Das hätte zu mehr Zuschreibungen an Kompetenz für eine Erneuerung geführt. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß es sich um Zuschreibungen und nicht um Realität handelt.

D Ich kann das, ohne der GAL-Fraktion zu nahe zu treten, deutlich machen: Bei der Wahl 1991 befand sich Ihre Partei in einem absolut desolaten Zustand; Sie werden das nicht leugnen können. Trotzdem haben die hamburgischen Bürger Sie gewählt, und zwar mit einem größeren Prozentanteil als die Freien Demokraten, die man schon etwas länger kannte.

(*Alexander Porschke GAL:* Seitdem ist alles relativ!)

Damals wurde deutlich, daß die Kompetenz, die Sie hatten, und die, die Ihnen von den Bürgern zugeschrieben wurde, weit auseinanderklafften.

(Zuruf von der GAL)

— Darauf komme ich noch. Sie sind die Profiteure einer solchen Entwicklung, aber Sie sollten nicht übersehen, was sich da abzeichnet. Aus den vielen Gesprächen, die geführt worden sind, ist klargeworden, daß es eine Lücke zwischen dem, was Ihre Kompetenz ausmacht, und dem, was Sie einlösen können, gibt. Das ist dadurch deutlich geworden, daß Sie sich von Ihren Positionen hinsichtlich des Ausstiegs aus der Kernkraft verabschiedet haben. Das ist auch auf einem Gebiet, das Ihnen von der hamburgischen Bevölkerung zugeschrieben worden wäre, deutlich geworden, nämlich bei der Müllentsorgung; Ihre Vorschläge waren nicht praktikabel, denn die „kalte Rotte“ war keine Antwort auf die Lösung unserer Probleme, wenn ich auch zugebe, daß die thermische Verwertung manchmal ein Euphorismus bei uns ist. Jedenfalls führt man zu dieser Zeit die Müllentsorgungsthematik nicht zu einer Lösung, wenn man auf die Verbrennung verzichten will.

Ich könnte noch mehr Beispiele aufzeigen. Ich denke, daß es sehr glaubwürdig war, was uns aus den Verhandlungen berichtet wurde; das hat die hamburgische Bevölkerung auch verfolgen können. Ich sage das auch ohne jede Häme, weil ich selber hinsichtlich des Ergebnisses enttäuscht bin.

(Jan Ehlers SPD)

- A Nach meiner Einschätzung hätten wir eine bessere Chance gehabt. Aber es gibt auch eine große Fehleinschätzung bei Ihnen. Es gab keinen Zwangslauf in Richtung rot-grün. Für eine solche Partei, die für vier Jahre in eine Regierung gehen würde, ist der Anspruch auch zu groß, über Jahrzehnte richtungweisende Entscheidungen treffen zu wollen und das Ruder in Fragen herumzureißen, die für die Stadtentwicklung von erheblicher Bedeutung sind.

Ich fürchte — und das macht vielleicht die Ambivalenz einer solchen Bemerkung deutlich —, daß aus der Sicht der SPD die GAL-Fraktion erst dann koalitionsfähig wird, wenn sie genauso gut mit der CDU gehen könnte. Das wäre natürlich in vieler Hinsicht schmerzhaft, auch bezüglich dessen, was im nächsten Jahrzehnt vor uns stehen könnte.

Ich denke, daß auch die Antwort auf die Regierungserklärung, die Frau Sager gegeben hat, zu einem Großteil Mißbrauch von Redezeit war.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Ich bin sehr froh und auch dankbar dafür, daß der Bürgermeister hier mit klarstellenden Worten Ausführungen gemacht hat, die jedenfalls keinen Zweifel lassen an seiner Position und an dem, was wir von diesem Senat zu erwarten haben. Denn es war in der Tat so, daß es so, wie die „Bild“-Zeitung es dargestellt hat, auch Irritationen auf der Seite der Sozialdemokraten und bei vielen anderen gab. Insofern waren diese klärenden Worte sehr wichtig, und ich begrüße das ausdrücklich.

Aber, Frau Sager, Sie haben eigentlich nur die Gunst der Stunde genutzt und danach geschnappt, um sich in die Position der letzten Grundrechtspartei, die wir dann in dieser Gesellschaft noch hätten, hochzustilisieren. Das reicht aber nicht aus, um in dieser Stadt eine handfeste, eine pragmatische Politik in Sinne der Interessen der Bürger zu machen.

B

Frau Sager, Sie haben gesagt, dieses Wahlergebnis darf nicht dazu führen, daß ein sozialdemokratischer Senat oder ein Koalitionssenat oder jedweder Senat dann so fortfährt. Sie haben die Vokabeln „durchmogeln“, „weitemachen“ gebraucht und sich auf die Stagnation berufen. Ich sage Ihnen, wenn Sie den Begriff Stagnation für das Regierungshandeln in dieser Stadt in den Vordergrund stellen, ist das eine falsche Analyse hamburgischer Politik. Dann nehmen Sie bestimmte Dinge von entscheidender Bedeutung nicht wahr.

Wie ist es denn um die Wohnungsbaupolitik in dieser Stadt bestellt im Vergleich zu dem, was an Vorgaben, Richtungsweisungen und an dem Einsatz von Mitteln zu diesem Thema aus Bonn kommt? Diese Stadt ist Gegenmacht zu dem, was sich in Bonn unter CDU- und F.D.P.-Herrschaft vollzieht.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Das gleiche vollzieht sich in der Beschäftigungspolitik.

Ich sage noch etwas: Der Bürgermeister hat die Zahl von 100 000 Zuwanderern in einer bestimmten Zeit genannt. Er hat über die Nationalität dieser Zuwanderer nichts gesagt. Aber hier sitzen doch genügend Politiker — auch bei der GAL-Fraktion — im Saal, die genug Phantasie haben, sich vorzustellen, welche Nationalität diese 100 000 Zuwanderer denn haben. Und da muß ich sagen, das ist eine achtbare Leistung dieses Senats und seiner Verwaltung, das so vollzogen zu haben, daß wir hier kein Höllenfeuer haben,

sondern eine friedliche Stadt, in der viele Bürger auch mit den schwierigen Problemen untereinander umgehen können, ohne daß das in Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß und ähnliches ausrutscht, wie das in anderen Städten zu bemerken war.

C

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Wir sind da sehr wohl Partei gewesen.

Nun zu dem Thema STATT Partei. Wenn ein „bemoostes Haupt“, Herr Fraktionsvorsitzender, sich doch zu Wort meldet, habe ich natürlich immer ein bißchen Zweifel, wenn man STATT Partei als eine Alternative ansieht, die programmatisch zunächst einmal nicht Partei, sondern Statt Partei ist. Und für eine Organisation, die 130 Jahre als Partei auf dem Rücken hat — und das nicht von ungefähr —, überlegt man sich, wenn man das dann zum Erfolg macht, ob man sich dann eigentlich den Ast absägt, auf dem man sitzt. Und darüber bin ich mir nicht so ganz im klaren. Und ob es denn so ist, kommt sehr darauf an, welche Erfahrungen wir in diesen vier Jahren miteinander machen werden.

Ich selber — das gilt vielleicht nicht für alle — habe als sehr wohltuend empfunden, was berichtet worden ist, daß in Ihren Gruppierungen, jedenfalls in den Gesprächen mit Ihnen, etwas stattfand, was heute nicht mehr selbstverständlich in der Politik ist, nämlich daß Sie Ihrem Gegenüber auch einen Vorschub an Glaubwürdigkeit entgegengebracht haben. Da war nicht von vornherein Häme, sondern es wurde zugehört und Argumente wurden aufgegriffen, die mindestens so lange gelten — aber auch keine Sekunde länger —, bis das Gegenteil bewiesen ist.

Ich fand es auch wohltuend, daß das sogar gegenüber Senatsmitgliedern gelten soll. Das ist in Hamburg nun absolut unüblich und wäre neuer Stil, und ich hoffe, daß wir das so praktizieren können, auch mit den beiden Mitgliedern, die Sie in den Senat nominiert haben.

D

Ich glaube, daß das schon Elemente sind, die ein wenig dazu beitragen könnten, eine Veränderung in dem politischen Klima in unserer Stadt zu bewirken. Ich hoffe, daß das dem dient, daß letztlich die Kraft des Argumentes in der Politik siegt. Sie haben sich als überzeugungswillig, aber auch überzeugungsfähig erwiesen. Und wenn davon ein wenig auf uns abfärbt, dann werden wir gemeinsam eine ganze Menge zuwege bringen können.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Auf die Zukunft bezogen — zugegeben, die Daten für die Zukunft sehen bekanntlich nicht so rosig aus, über die Ursachen werden wir sicherlich auch noch einmal diskutieren müssen, aber die Gesellschaftsanalysen sind ja sehr unverbindlich geworden — zeigt die Kooperationsvereinbarung ein wenig auf, wie diese aussehen wird mit all den Fragezeichen, die sehr wohl für jedermann, jede Frau lesbar hineinformuliert worden sind. Ich halte es nicht für sträflich und verwerflich, auch Fragen aufzuwerfen, die man nicht gleich beantworten kann, und manches erst einer Prüfung zu überlassen.

Ich denke, die sozialdemokratische Fraktion wird mit dieser Kooperationsvereinbarung insbesondere in einem Punkt, den sie als ganz besonders bedeutsam betrachtet, umgehen, auch deshalb, weil sie ja wohl der größere Partner bei dieser Kooperation ist. Dieses wird für uns alle in der Stadt nur zu einem Erfolg werden, wenn wir das, was dort aufge-

(Jan Ehlers SPD)

- A schrieben ist, in aller Solidität abarbeiten. Und für diese Solidität, für diese Zuverlässigkeit auch im Einhalten des Vereinbarten, wollen wir stehen.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Herr Bürgermeister hat sein „Bild“-Interview in gewisser Weise bedauert. Er hat die Überschrift der „Bild“-Zeitung bedauert und daß er an einer Stelle von „Ausländern“ gesprochen hat. Ich werde das noch einmal zitieren, möchte aber auch sagen, daß dann der ganze Absatz dementiert werden muß. Herr Voscherau hat auf die Frage: „Heißt das Zuzugssperre?“, gesagt:

„Notfalls muß auch das möglich sein. Wenn Sie zum Beispiel in einem Stadtteil 50 Prozent oder mehr Ausländer haben, muß es möglich sein, zu sagen, jetzt ist Schluß. Ich sage nicht, das Boot ist voll. Aber in Wilhelmsburg ist es voll.“

So stand es — und dieser Text ist nicht dementiert worden — in der „Bild“-Zeitung. Ich würde dem Sinne nach vermuten, daß Herr Voscherau ihn bedauert, aber der ist gesagt und in der „Bild“-Zeitung nicht dementiert worden.

Und dann möchte ich Sie an das Urteil von Flensburg in der letzten Woche gegen die Attentäter von Mölln erinnern. Das Urteil hat in einer, wie ich finde, vorzüglichen Weise die öffentliche Debatte im November des Jahres 1992, in dem das stattfand und in dem unaufhörlich von verschiedenen Parteien und Politikern davon geredet wurde, daß das Boot voll sei, dargestellt. Das Gericht hat in äußerster Vorsicht darauf hingewiesen, daß dieses eine emotionelle und, wie man neudeutsch vielleicht sagen kann, mentale Ausgangsbasis für solche Handlungen wie die in Mölln ist. Deswegen ist es natürlich allerhöchste Verantwortung eines Bürgermeisters, solche Sätze, wie sie in der „Bild“-Zeitung abgedruckt waren, nicht zu sagen.

(Beifall bei der GAL)

Hier hat der Bürgermeister kein Augenmaß bewahrt und den Bogen deutlich überspannt.

Ich will hier nicht noch einmal auf die STATT Partei und ihre Probleme eingehen, obwohl es naheläge, über den wunderbaren semantischen Unterschied von Fraktionszwang und Disziplin zu reden. Das eine muß man, das andere darf man, aber das Ende ist offenbar dasselbe.

Ich will aber ein wenig auf die Dinge eingehen, die von der SPD uns gegenüber gesagt worden sind. Da ist einmal der Punkt, den uns Herr Ehlers eben vorgehalten hat. Das ist eine seltsame Definition und für mein Gefühl auch eine Beschreibung der Kleinkariertheit dessen, was auch in der Kooperationsvereinbarung steht.

Herr Ehlers hat gesagt, wir sollten uns nicht vornehmen, Politik über Jahrzehnte hin gestalten zu wollen. Offenbar sollen wir uns nur an eine Legislaturperiode halten. Und wenn überhaupt an dem Gerede von der angeblichen allgemeinen Politikverdrossenheit etwas dran ist, dann wohl dieses, daß die Leute das Gefühl haben, daß die Politiker nur auf vier Jahre gucken und nicht auf Jahrzehnte. Und deswegen werden wir diesen Anspruch wahrlich nie aufgeben, eine Politik zu entwerfen, deren Ergebnisse länger halten als bis zur nächsten Wahl.

(Beifall bei der GAL)

Die Beispiele, die Herr Ehlers gesagt hat, sind schon sehr klassisch. Er hat uns gesagt, wir hätten unsere Atomausstiegspolitik aufgeben müssen. Na gut, ein bißchen mag daran sein. Man kann lange darüber reden, wer was aufgeben muß. Aber ich sage Ihnen eines: Wenn morgen ein neues Tschernobyl in Deutschland passiert, dann wird in diesem Haus einstimmig für einen Ausstieg aus der Atomenergie votiert werden. Und Gott bewahre uns vor einem solchen Ereignis. Aber ich möchte, Sie würden sich vorstellen können, daß das passiert und daß Sie auch dennoch einstimmig für den Ausstieg und für den sehr schnellen Ausstieg votieren und sich nicht vorstellen, daß Sie vielleicht 1996, wenn die Finanzlage der Stadt es erlaubt, der Strom aus Norwegen sicher ist und in Brunsbüttel ein Kohlekraftwerk gebaut wird, aus dem ersten Atomkraftwerk aussteigen könnten. Das ist in der Tat ein Blick auf die kleinkarierteste Ebene von Politik, und nicht das, was Sie und wir alle unseren Nachkommen schuldig sind.

(Beifall bei der GAL)

Und dasselbe — und da komme ich auf einen Punkt, der in den Koalitionsverhandlungen offensichtlich die Krise herbeigeführt hat — trifft auf die Verkehrspolitik zu. Es war — das muß ich zugeben — für mich eine große Überraschung, daß das Ganze nicht an den Großprojekten, der berühmten vierten Röhre und der Fata Morgana Hafenquerspange, geplatzt ist, sondern die eigentliche Krise der Verhandlungen zwischen GAL und SPD bei dem Verhandeln über die normale alltägliche Verkehrspolitik stattgefunden hat. Und warum? Weil die SPD keinen Mut hat zu populärer Politik. Hier wird dauernd verlangt und unaufhörlich gesagt — Herr von Beust, vielleicht sollten wir uns einmal über diesen Sprachgebrauch unterhalten —, wir müßten Mut haben zu unpopulärer Politik. Machen wir vielleicht einmal das einfachere zuerst, nämlich Mut zu populärer Politik. Es ist völlig eindeutig, daß die Mehrheit der Bevölkerung dieser Stadt eine andere Verkehrspolitik wünscht. Aber sie wird nicht durchgeführt, weil niemand Mut zu dieser populären Politik hat.

Statt dessen werden Partikularinteressen vorgehalten. Und als wir in den Koalitionsverhandlungen gesagt haben, wir wollten gerne, daß die gesetzlichen Möglichkeiten dazu angewendet werden, um die Bevölkerung vor Lärm und Abgasen auf verschiedene Weise zu schützen, hat die SPD uns wörtlich erklärt, dies sei eine Kriegserklärung an die Bevölkerung. Jetzt frage ich Sie, wer eigentlich wem hier den Krieg erklärt hat. Wir wollten Gesundheitsschäden beseitigen, und dazu gehört eine andere Verkehrspolitik. Und die andere Verkehrspolitik ist die Kriegserklärung an die Bevölkerung. Herr Elste hat so eine wunderschöne Parteienlandschaft gezeichnet: die Ideologen links,

(Günter Elste SPD: Das Wort habe ich kein einziges Mal gebraucht, Herr Schmidt! Sie lügen!)

die Konservativen rechts und natürlich die echten Pragmatiker in der Mitte. Wahr ist, daß sich herausgestellt hat, daß Sie bei den Koalitionsverhandlungen zur Diskussion über die wahren Dinge, die eigentlichen konkreten verkehrspolitischen Dinge, nicht willens oder nicht fähig waren und daß Sie ideologische Verkehrspolitik in hohem Maße betrieben haben.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus diesen Verhandlungen, die wir miteinander geführt haben. Das war die vierte Elbtunnelröhre. Als sich herausgestellt hat, daß Sie einem Formelkompromiß zugunsten der Stadt nicht zustimmen wollten, der besagt hätte — was übereinstimmend war —, es wäre

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A besser, wir würden eine Schienenröhre bauen als eine Straßenröhre, haben Sie gesagt, das ginge wegen der juristischen Schwierigkeiten nicht. Dann habe ich gefragt, würde denn das, was Sie uns zugestanden haben, nämlich eine neue Verkehrspolitik im Süderelberaum, eine konzertierte Aktion Nahverkehr Süderelbe nach Hamburg, nicht möglicherweise auch juristisch die vierte Elbtunnelröhre gefährden, haben Sie uns zugestanden, das ja.

Und das heißt folgendes: Sie sind bereit, alles mögliche Verkehrspolitische zu machen, nur eines nicht: ein einmal vor sieben Jahren beschlossenes Ding irgendwann wieder in Frage zu stellen. Wenn es irgend etwas gibt, was man als ideologisch bezeichnen kann, dann ein solches Verhalten. Im Jahr 1983 hat der Senat beschlossen, er bräuchte die vierte Elbtunnelröhre. Und im Jahr 1993 haben Sie kein anderes Argument als das von vor zehn Jahren. Und die Frage, wie Sie in zehn Jahren Verkehrspolitik machen und wie diese sein soll, stellt sich nicht. Und wie das mit dem uns von Herrn Ehlers vorgehaltenen Vorwurf, über Jahrzehnte zu denken, zusammenhängt, das erzähle ich Ihnen nun wirklich nur sehr global.

Ein Fahrradfan wie ich konnte sich bis vor kurzem immer auf China berufen, wo alle Leute mit dem Fahrrad fahren. Neuerdings ist das aus. Die chinesischen Städte betreiben eine Politik „Fahrräder raus aus der Stadt“, weil sie Platz für Autos brauchen. Nun frage ich Sie: Können Sie sich vorstellen, daß in dieser Welt, daß in China soviel Auto gefahren wird wie in Deutschland? Und ich sage Ihnen, da braucht man kein Ideologe zu sein, das kann man rechnen, das würde für unser aller Klima, unsere Luft verheerend sein.

B Warum machen die Chinesen das aber? Weil wir es so machen. Weil in Europa, in den USA der technische Fortschritt als Vorbild dasteht. Und wenn wir nicht endlich in dieser Stadt ein anderes Vorbild liefern, indem darauf verzichtet wird, so weiterzumachen wie bisher, dann werden wir vielleicht noch zu unseren Lebzeiten erfahren, daß nicht nur in China, sondern in vielen anderen Ländern der Welt, von denen man es heute noch gar nicht denkt, soviel Auto gefahren werden wird wie bei uns. Und das haben wir mit unserer Politik, der kleinkarierten, die auf eine vierte Elbtunnelröhre nicht verzichten zu können glaubt und die Lärm- und Schadstoffbeseitigung für einen Angriff auf die Bevölkerung hält, dann mitverursacht. Das ist wirklich der Unterschied von Ideologie und Wirklichkeitswahrnehmung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Verheyen.

Rotraut Verheyen STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Reihen haben sich schon etwas gelichtet. Ich denke, das hat auch etwas damit zu tun, daß hier heute abend ein erschreckendes Maß an Polemik zum Tragen kam,

(Günter Elste SPD: Das war doch noch gar nichts!)

an persönlichen An- und Abmahnungen, von denen ich eigentlich nicht so ganz genau weiß, ob sie an diese Stelle gehören. Manchmal glaubte ich, wir seien in einer Aktuellen Stunde.

Herr Dr. Schmidt, ich habe immer gedacht, Trauerarbeit leiste man doch in einem kleineren Kreis als hier in der Öffentlichkeit der Bürgerschaft.

(Beifall bei der STATT Partei)

So ganz zu passen schien mir das nicht.

C

Hier ist so manches gelobt und vieles gescholten worden. Manchmal auch bezogen auf das, was STATT Partei und SPD in der Kooperationsvereinbarung aufgeschrieben haben. Kritiker sagen, es gebe zu viele Formulierungen, die nur etwas „anstreben“, „überprüfen“, „einleiten“ wollen, und sie warnen uns — vielleicht zu Recht —, damit der SPD gar einen Freibrief für Politik rot pur gegeben zu haben. Sie, die Kritiker, und unser Kooperationspartner sollten aber wissen, daß dem nicht so ist. Im Gegenteil.

Im Gegensatz zu solch einem üblichen Koalitionsvertrag, von dem wir natürlich zugeben müssen, daß wir ihn nicht so kennen, bei dem sich aber nach unserer Wahrnehmung beide Seiten mit viel Taktik detaillierte Gewinn- und Verlustpunkte oft mit Dauerbauchschmerzen für vier Jahre abhandeln — ein kleiner Anstrich nach Bonn, das darf man ja auch einmal sagen —, soll die vorliegende Kooperationsvereinbarung zwischen SPD und STATT Partei überwiegend Rahmenbedingungen, wie Ziele und Grundsätze für gemeinsames Handeln in der kommenden Legislaturperiode, festlegen.

Wir könnten zwar auch, wenn es denn sein sollte, solch ein Papier mit achtzig Punkten und Erfolgen vorlegen. Aber was soll es eigentlich? Denn weitere Details dieser Rahmenbedingungen sollten nicht in der Hektik der Verhandlungen untergebuttert oder — wie andere sagen — festgezurr und alle einzeln erwähnt, sondern erst nach eingehenden Überprüfungen der diversen Vorhaben festgelegt werden. Erst nach Einholung des Rates von Fachleuten und Bürgermeinung, die wir zugegebenermaßen noch brauchen, weil wir halt glauben, noch nicht ganz so klug zu sein wie andere, die es vielleicht sind — ich weiß bloß nicht, warum sich das noch nicht durchgesetzt hat —,

D

(Beifall bei Christian Bölckow STATT Partei)

wird entschieden: So können wir die Durchführung gestalten und — wie wir es den Wählern versprochen haben — auch kontrollieren.

Wir, STATT Partei, sind keine Traumtänzer wie Sie, Frau Sager, und viele der Grünen es immer noch sind.

(Krista Sager GAL: Das ist doch Spinnkram!)

Wir haben viele Stunden mit der SPD verhandelt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre vereinbart. Wir haben damit den Grundstein gelegt, um die Bürgerbeteiligung in vielfältiger Weise zu intensivieren und sie mit unserem Kooperationspartner umzusetzen. Die bewußt offenen Formulierungen sehen wir als Chance und Herausforderung, die wir zum Wohl der Bürger nutzen wollen.

Es entspricht dem Politikverständnis von STATT Partei, daß wir wichtige und für Hamburg bedeutsame Vorhaben konsequent angehen werden. Wir sind stolz darauf, sachbezogene und inhaltliche Diskussionen zu führen, und wir werden auch weiterhin nicht in das Töpfchendenken der Altparteien verfallen — auch die Grünen gehören jetzt schon dazu —, denn Geschichte — auch eine zehnjährige — ist anscheinend eine Last. Wir haben noch keine Geschichte. Denn anscheinend erwarten dann alle Gruppen und Grüppchen innerhalb solcher Parteien — Frau Sager hat das eben so ganz genau gesagt, welche Gruppen alle bedacht werden wollen und sollen —, in Zusammenarbeitsverträgen erwähnt zu werden. Da könnte man doch eigent-

(Rotraut Verheyen STATT Partei)

A lich auch eine Presseveröffentlichung machen. Das wäre dann doch ausreichend.

Dabei ist es doch eigentlich selbstverständlich, daß die Bürger Hamburgs — unser aller Wähler — auch weiterhin in einer grünen Stadt leben, ihre Parks und Grünflächen erhalten, zu Fuß gehen, Fahrrad fahren und vielleicht sogar auch Auto fahren möchten.

(Heike Sudmann GAL: Vielleicht möchten sie auch eine Wohnung haben!)

Solche Grundbedürfnisse, Frau Sager, werden abgenickt, sind ganz klare Sache. Und die brauchen doch eigentlich auch nicht Gegenstand einer politischen Vereinbarung zu sein. Es bedarf doch wohl keines interfraktionellen Antrages, um sicherzustellen, daß alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien die Vielfältigkeit und Lebensqualität Hamburgs erhalten und fördern wollen. Politisches Erbsenzählen ist mühsam und wenig sinnvoll. Die Gewinn- und Verlustrechnung sollte vielmehr am Ende einer Legislaturperiode aufgestellt und dann möglichst von quantifizierbarem Nutzen zum Wohl der Stadt Hamburg bilanziert werden.

(Heike Sudmann GAL: Dann brauchen Sie auch keinen Kooperationsvertrag!)

In der gegenwärtigen, tiefgreifenden Rezessions- und Umstrukturierungsphase gilt es, den Wirtschaftsstandort Hamburg zu stärken und damit Arbeitsplätze sinnvoll zu sichern. Darunter verstehen wir auch die Unterstützung der für Hamburg notwendigen Großprojekte, die auch der Bürgermeister schon erwähnt hat.

Wir halten jegliches Taktieren um diese Essentials für die Hamburger Wirtschaft für absolut unrealistisch und deshalb auch für unehrlich. Ohne funktionierende Wirtschaft können wir in den nächsten Jahren nichts sichern, nichts umverteilen und auch keinerlei neue Akzente für die Bürger setzen.

B

(Krista Sager GAL: Sie wählen aber die falschen Instrumente!)

Der Schwerpunkt unserer Arbeit wird besonders darauf gerichtet sein, den Verwaltungs- und Verordnungswust abzuspecken, zu entbürokratisieren und wirtschaftshemmende Zulassungs- und Genehmigungsvorschriften abzubauen. Es muß Dampf gemacht werden, meine Damen und Herren, um die Konjunkturlokomotive auch in Hamburg wieder in Gang zu bringen.

Kleine, effiziente, zeitlich begrenzte Workshops mit Betroffenen und Experten werden Strategien entwickeln, die die Kooperationspartner dann gemeinsam umsetzen werden. Fingerhakeln wäre auch hier vertane Zeit.

Meine Damen und Herren! Es wurde schon vielfach angesprochen: Unsere einigermaßen egalitäre Gesellschaft, eine Errungenschaft der neueren deutschen Geschichte seit 1949, ist in höchstem Maße gefährdet durch das Auseinanderdriften von Arm und Reich, von Jung und Alt. Es gilt deshalb, sofort etwas zu tun und mittelfristig Perspektiven aufzuzeigen. Den sozial gefährdeten Stadtteilen, die zu Gettos oder gar zu Slums zu werden drohen, gehören unsere ungeteilte Aufmerksamkeit und die gemeinsame Anstrengung von SPD und STATT Partei. Es ist fünf vor zwölf, und alle, der Staat, aber auch alle in sozialer Sicherheit lebenden Mitbürger, müssen kreative Konzepte entwickeln, um Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

In diesen Stadtteilen muß die Jugendarbeit in allen Bereichen verstärkt und motivierend gestaltet werden. Ganz-

tagsbetreuung vom Kindergartenalter an und gezielte Förderung von Freizeitaktivitäten der Jugendlichen sind erste Schritte in die richtige Richtung. Kleine und große Hamburger Unternehmen fordern wir auf, statt dauernd zu klagen, endlich einmal auf diesem Gebiet Sponsoring zu betreiben und damit Solidarität mit den Menschen und der Entwicklung der Stadt zu beweisen.

C

Überhaupt werden wir die Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen im Bildungsbereich erhöhen. Die ideellen und finanziellen Förderungen für Schulen aller Schulformen müssen angemessen und vergleichbar werden. Durch organisatorische Veränderungen möchten wir die Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen verstärkt in den Mittelpunkt von Schule stellen; zum Beispiel für besonders schwierige Klassenstufen die Einführung von Klassenlehrerstunden ermöglichen.

Gemeinsam werden wir sichern, daß allen Jugendlichen einigermaßen wohnungsnah alle Schulabschlüsse ermöglicht werden. Und trotz der schwierigen Haushaltslage werden wir an Flexibilisierungsmodellen arbeiten, um langfristig erreichen zu können, daß Schule nicht nur Schüler verschiedener Altersstufen hat, sondern auch die Lehrerkollegien generationsmäßig durchmischt sind, das heißt, daß Lehrermangel langfristig schulformbezogen beseitigt wird.

Ob unsere Verhandlungsergebnisse, die in den Kooperationsvereinbarungen niedergelegt sind und in der Regierungserklärung des Bürgermeisters zum Teil erwähnt wurden, ein wirklicher Erfolg werden, wird die Zukunft zeigen. Nicht nur im Sport ist es aber manchmal gar nicht so ungünstig, klein zu sein und deshalb von anderen unterschätzt zu werden. Abgerechnet wird erst an der Ziellinie. Es gilt nun, die Vereinbarung in den nächsten Jahren mit Leben zu erfüllen. Leider können wir im Angesicht der drängenden Finanzprobleme niemandem und keiner Gruppe dieser Stadt für die kommenden Jahre einen Rosengarten versprechen.

D

Wir fordern auf zu intensiver Bürgermitwirkung und sagen auch zu unserem Kooperationspartner: „We never promised you a rose garden“, aber wir versprechen vertrauensvolle Zusammenarbeit, natürlich immer im Sinne von „Vertrauen ist gut, Kontrolle durch STATT Partei ist besser“. — Danke.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Es ist jetzt in Wirklichkeit aber nicht fünf vor zwölf, sondern zwei vor zehn. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese ungefähr zwei Stunden Redezeit, die noch zur Verfügung stehen, nicht ausgeschöpft werden müssen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir in der Geschäftsordnung einen Paragraphen 35 haben, in dem es unter anderem heißt, daß nach Möglichkeit nicht weit über 22 Uhr hinaus debattiert werden sollte.

Als letzter Redner hat jetzt Herr Porschke das Wort.

(Krista Sager GAL: Woher wissen Sie, daß er der letzte ist?)

Alexander Porschke GAL: Ich bedanke mich für diese freundliche Einführung, aber ich möchte doch gerne nach den Ausführungen von Herrn Ehlers, der aus meiner Sicht

(Alexander Porschke GAL)

- A einen etwas nachdenklicheren Ton in die Runde eingebracht hat, eine kleine Erwiderung auf das Bild geben, was in dem Vergleich der beiden Koalitionsverhandlungen — oder Kooperationsverhandlungen, das ist ja im Prinzip das gleiche — als Unterschied beschrieben worden ist.

Herr Ehlers zeichnet das Bild, daß bei der GAL sozusagen die Lücke zwischen Wirklichkeit und politischem Willen zu groß gewesen ist, und nimmt dafür gerade zwei Beispiele, die ich eher als Beispiele für die Lernfähigkeit der GAL bewertet hätte oder für die Bereitschaft der GAL, sich auf eine Situation beim Vortragen von Argumenten neu einzustellen, die man früher anders bewertet hat. Herr Ehlers, genau mit dem Argument — das haben Sie sich berichten lassen als besonders vorteilhaftes Ereignis bei der STATT Partei — möchte ich Sie aber bitten, auch wahrzunehmen, daß genau diese Bereitschaft, diese Fähigkeit von uns zwar unter Beweis gestellt worden ist, aber eben auch nur in den Bereichen, in denen wir wirklich in bestimmten Punkten gesehen haben, daß eine solche Position sich nicht durchhalten läßt.

Das ist zum Beispiel bei der Frage der vierten Elbtunnelröhre anders gewesen. Da war es mehr oder weniger deutlich so, daß es sogar dem Ersten Bürgermeister egal gewesen wäre, ob Autos oder Züge hindurchfahren; ihm ging es im wesentlichen darum, daß diese 500 Millionen DM in Hamburg investiert werden. Dieser Eindruck wurde uns massiv vermittelt. Heute weiß jeder vernünftige Mensch, daß die Fortsetzung der Autogesellschaft ins nächste Jahrtausend hinein ein Irrweg ist. So etwas wollen wir nicht mitmachen. Bei uns gibt es durchaus eine Lernbereitschaft, aber keine Bereitschaft zum „Weiter so“. Denn dieses „Weiter so“ hat Frau Verheyen eben noch einmal in rührender Bereitschaft vorgestellt. Sie sagen, daß die egalitäre Gesellschaft in höchstem Maße gefährdet sei. Dem ist meines Erachtens zuzustimmen. Die Maßnahmen, die Sie aber als Kern Ihres Kooperationsvertrages vortragen, die Maßnahmen, die in erster Linie aus dem Voscherau-Wort, es brenne lichterloh bei den Industriearbeitsplätzen und so weiter, abgeleitet werden, sind Maßnahmen, die diese Unterschiede noch beschleunigen und die Unterschiede zwischen Arm und Reich noch vergrößern werden. Ihre Politik, die darauf setzt und was in der kapitalistischen Logik durchaus verständlich ist, den Standort Hamburg im Verhältnis zu Bremen zu verbessern, damit es Bremen dann noch schlechtergehen solle, diese Politik führt nur zu noch größeren Unterschieden. Sie führt nicht zu der von Ihnen geforderten egalitären Gesellschaft. Das ist hundertmal bewiesen. Der Bürgermeister zitiert den Herrn Wehner hier:

„Man soll sagen, was ist.“

Wenn heute so getan wird, als wären die Rücklagen, die sich Hamburg in den Jahren 1989 und den folgenden im Staatssäckel hat bilden können, das Ergebnis der erfolgreichen SPD-Politik, dann muß ich sagen: So ist das nicht! Da würde ich vielleicht halb scherzhaft, aber doch mit ernstem Ton meinen, unsere Freunde vom Bündnis 90 in der ehemaligen DDR haben mehr dazu beigetragen, daß in Hamburg diese Rücklagen entstehen konnten, weil sie es nämlich geschafft haben, daß das DDR-Regime zusammengebrochen ist und letztlich nur durch das vom Bürgermeister so nett genannte neue Hinterland die Möglichkeiten entstanden sind, Hamburg in eine Lage zu bringen, daß hier die Unternehmen zusätzliche Gewinne erwirtschaften konnten. Dieser Vorteil ist weitgehend verbraucht.

(Jan Ehlers SPD: Aber wir hätten doch dafür zum Beispiel die HEW-Aktien kaufen können!)

Jetzt wird wieder mit den alten Rezepten der siebziger Jahre versucht, die Probleme zu lösen, die man schon in den siebziger Jahren nicht lösen konnte: Mit den Rezepten des Standortwettbewerbs, mit einer Aussage, man solle Hamburg wieder zu einem Industriestandort machen. Hier wird wieder versucht, den gleichen Irrweg wie in den letzten zwanzig Jahren zu gehen. Nichts wurde aus der Vergangenheit gelernt, und ein solches „Weiter so“ nützt vielleicht den Hafenunternehmen und einigen wenigen Industriellen, aber den von der Hamburger Politik betroffenen Menschen, denen nützt das sicherlich nicht.

(Beifall bei der GAL und bei Walter Zuckerer SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung abgeschlossen und die für heute vorgesehene Tagesordnung erledigt. Wir sehen uns morgen um 16 Uhr wieder.

Ich wünsche Ihnen einen guten Abend, einen guten Heimweg.

Schluß: 22.04 Uhr

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Hans Jakob Kruse und Ralf Mairose.